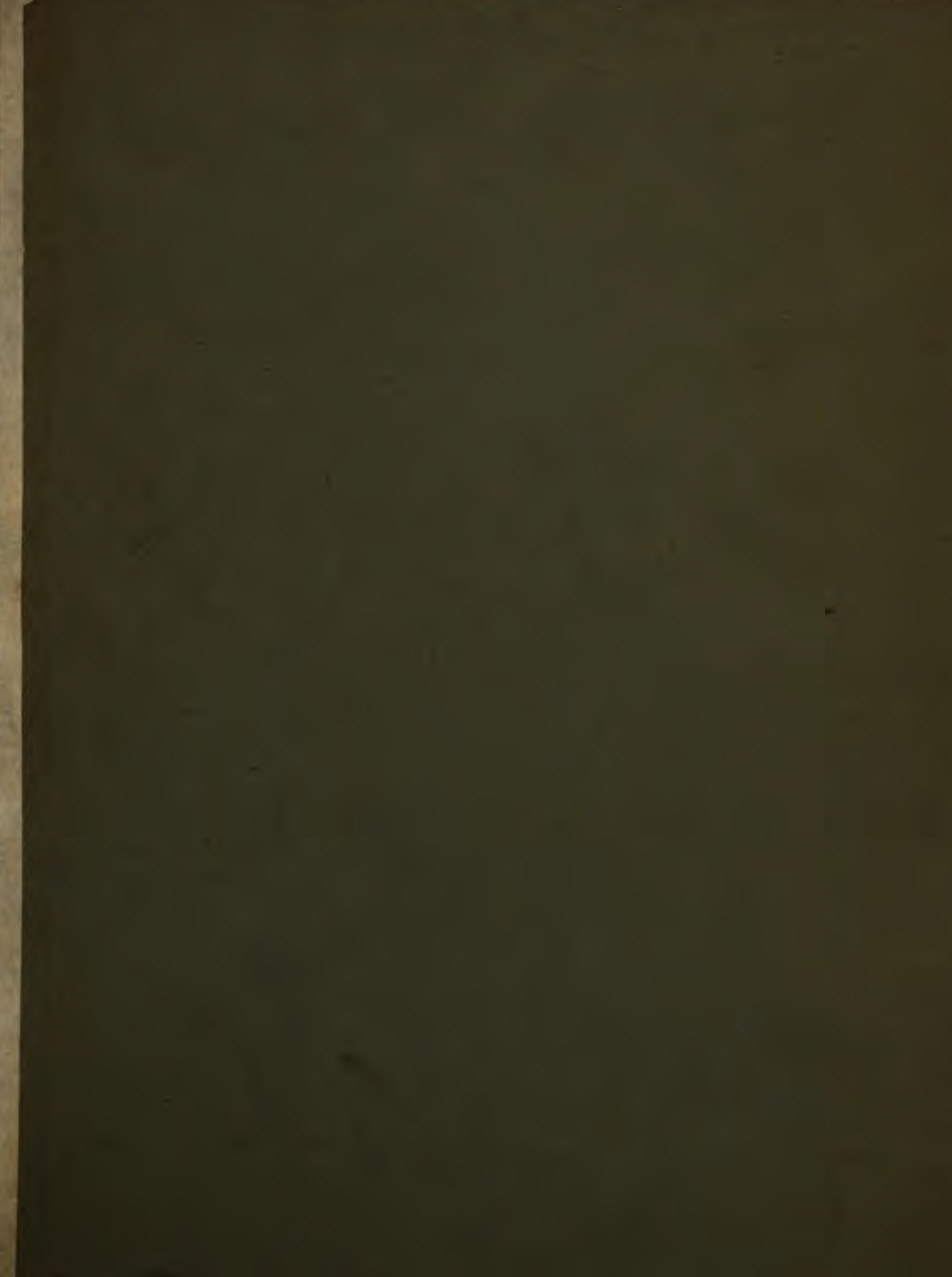
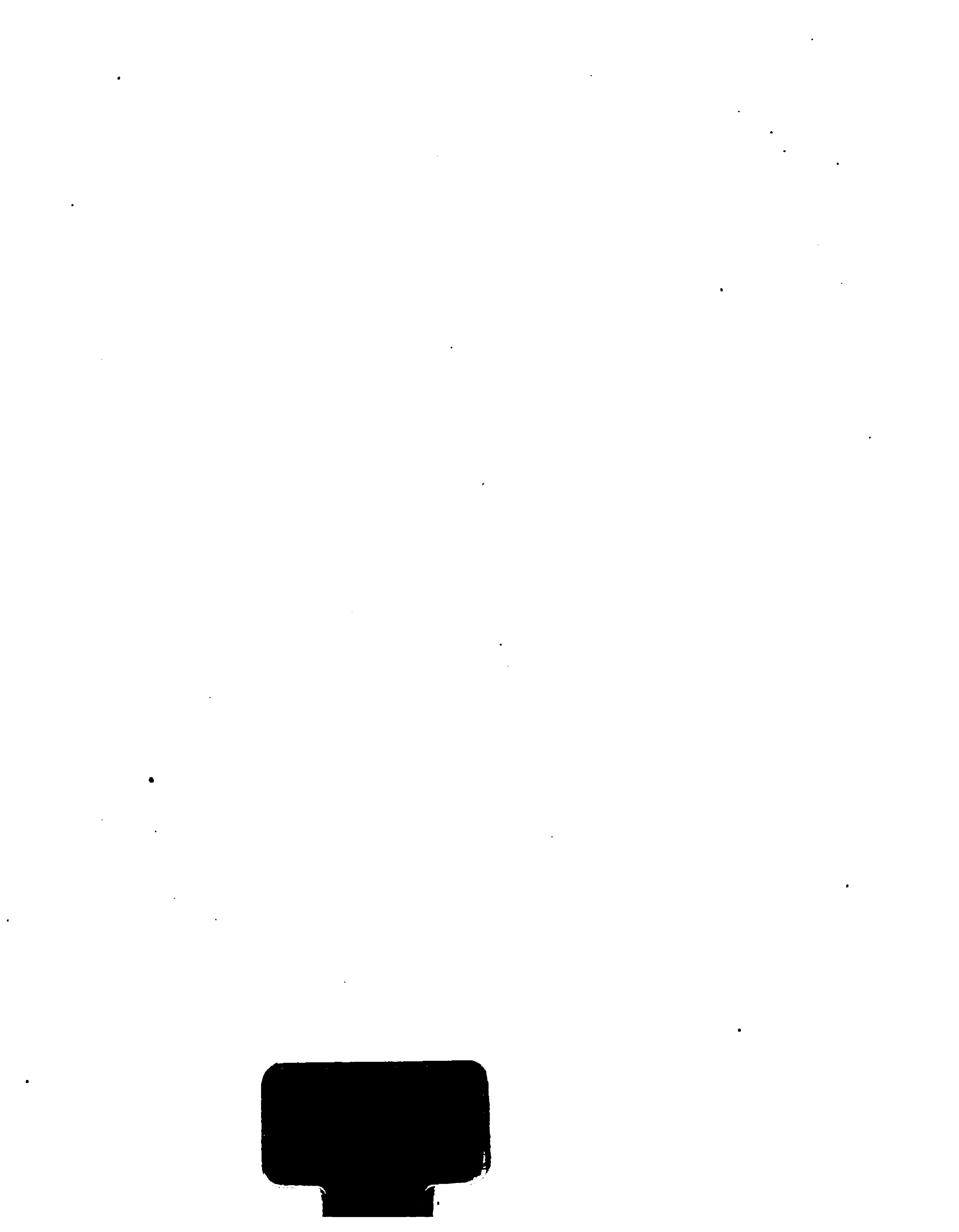




Zu der

am 17. October 1886 Vormittags 11½ Uhr

stattfindenden

feierlichen Einführung

des

neuen Rectors der Universität

ladet ein

der zeitige Rector

Emil Mannkopff,
Doctor und ordentlicher Professor der Medicin, Director der medicinischen Klinik.

Dem beigefügten Jahresbericht ist vorausgeschickt: Zur Geschichte des Bannes von W. Sickel, Doctor und ordentlichem Professor der Rechte.



MARBURG.
C. L. Pfeil'sche Universitäts-Buchdruckerei.
1886.



Zur Geschichte des Bannes.

I. Der Unterthanendienst.

Lex Ribuaria 65, 1: Si quis legibus in utilitatem regis sive in hoste seu in reliquam utilitatem bannitus fuerit et minime adimpleverit, si egritudo eum non detenuerit, 60 solidos multetur.

Der Gesetzgeber geht von der Voraussetzung aus, dass die Rechtssätze, welche den Inhalt der Staatsgewalt begrenzen, zugleich Grenzen für die Strafbarkeit des Unterthans sind, welcher einem obrigkeitlichen Befehl ungehorsam ist. Das Recht den Unbotmässigen zu strafen ist ihm nicht selber ein Recht, eine für sich bestehende, dem Anspruch auf die Leistung etwa coordinirte Berechtigung, sondern eine Wirkung des Rechts auf die Handlung, eine Bethätigung dieses hinter ihm stehenden Rechts. Wenn der König, indem er seine Gewalt ausübt, auf Widerstand stösst, so hat er die Befugniss denselben nach Möglichkeit zu beseitigen, denn sein Recht herrscht nur dadurch, dass die ihm entsprechende Pflicht erzwingbar ist; ohne diesen Zwang, also angewiesen auf geistige Mittel, würde sein Befehl in Wirklichkeit eine Bitte sein. Aus einem derartigen Verhältniss zwischen Gebot und Zwang ergibt sich, dass jenes rechtmässig sein muss, um zu diesem zu berechtigen; der Ungehorsam an sich, unabhängig von der materiellen Befugniss des Befehlenden, ist nicht strafbar. So ist nicht nur die Gültigkeit des Befehls, sondern auch die Strafbarkeit des Ungehorsams durch das Recht, nicht durch den Willen des Königs bestimmt.

Für den verfassungsmässig dem Monarchen zu leistenden Dienst stellt das Gesetz eine absolute, jede Dienstversäumniss gleichmässig treffende Norm auf, von der es nur eine, in dem nächsten Satz formulirte, aber hier nicht interessirende Ausnahme zu Gunsten bestimmter Unterthanen macht, deren Bann es auf die Hälfte herabsetzt. Das Gesetz kennt keinen Unterschied, ob nach dem Gegenstande der Leistung eine nachträgliche Erfüllung möglich oder ob durch die Verzögerung der Pflichterfüllung die Erfüllbarkeit selbst aufgehoben ist; ob die Leistung ihrer Natur nach vertretbar ist und sich dazu eignet auf Kosten des Pflichtigen hergestellt zu werden, oder ob sie nur persönlich zu machen ist; ob eine directe Erzwingbarkeit ausführbar oder mit dem Zwecke der Handlung nicht wohl vereinbar ist: der Unterthan, der bei einer öffentlichen Arbeit ausbleibt, wird ebenso behandelt wie der, welcher auf dem Kriegszug fehlt. Das Gesetz nimmt keine Rücksicht auf die un-

endliche Mannigfaltigkeit der individuellen Verhältnisse, auf die Ungleichheit des Vermögens und auf die Ungleichheit der Verschuldung: wie der Reiche nicht mehr opfert als der Arme, so büsst der völlig unentschuldbar Ausgebliebene nicht mehr als der Mann, dessen Unfolgsamkeit etwa durch die Noth für Weib und Kind zu sorgen verursacht ist. Der Gesetzesartikel schliesst jedweden Entschuldigungsgrund indirect aus, indem er erklärt, dass der Anspruch des Staats nur da aufhöre, wo die körperliche Unfähigkeit den betreffenden Dienst zu thun vorhanden sei. Das physische Nichtkönnen, das die Leistung unmöglich macht, ist eine natürliche, nicht eine rechtliche Schranke. Und wie das Gesetz keinen Unterschied in dem öffentlichen Werthe der Handlung anerkennt, so lässt es auch den Umstand einflusslos sein, ob der König zum Dienste aufbietet oder ob ihn ein Beamter, ein höherer oder ein niederer, fordert. In allen Fällen soll der Unterthan, der den rechtmässigen Befehl erhalten hat dem Könige zu dienen, bei eintretendem Ungehorsam die Sechzigschillingbusse verwirken. Er wird in die Geldstrafe nicht in dem Sinne genommen, dass er die Wahl hätte zu dienen oder zu zahlen, so dass das Recht auf den Dienst durch die Busse zu einem eventuellen Recht auf Geld geworden wäre, sondern der unterlassene Dienst wird bestraft, um dadurch allgemein auf den Willen des Pflichtigen so einzuwirken, dass er sich fügt. Der Staat, welcher die reale Vollstreckung: die zwangsweise Einstellung des Dienstpflichtigen, und den etwaigen Ersatz des Schadens: die Herstellung auf Kosten des Säumigen, nicht zur Anwendung bringen will, greift bei seinem Rechtsanspruch wegen des Ungehorsams zu dem Surrogat der Strafe.

So lässt das in dem ribuarischen Gesetzbuch überlieferte Territorialrecht mit seiner abstracten Haltung und rücksichtlosen Generalisirung einer weiteren und umfassenden Entwicklung Raum. Allein der Rechtssatz stellt noch andere und schwierigere Fragen als die nach seiner Zukunft. Zunächst taucht die Frage nach seiner Vergangenheit auf. In Betreff der monarchischen Zeit ist unser Wissen dürftig und in Betreff der vormonarchischen wissen wir nichts. Wir verfolgen die Bildungsgeschichte bis zu dem auf ribuarischem Boden nicht lange zuvor erlassenen Gesetz zurück, welches den Polizeidienst ebenso behandelte, wie jetzt die Dienste des Unterthans überhaupt behandelt wurden, aber dieses Wenige ist vielleicht alles, was über die äussere Vorgeschichte zu ermitteln ist. Insbesondere vermögen wir schwerlich den beiden an der Feststellung jenes Rechtssatzes betheiligten Factoren, dem Könige mit seinen konkreten Verfügungen oder seinen für die Dauer bestimmten Verwaltungsbefehlen, und dem Beamtenthum mit seinen Einzelentscheidungen, ihren historischen Antheil noch einigermassen nachzurechnen. Keine Antwort erwarten wir auf die Frage, ob oder für welchen Dienst die vormonarchische Zeit eine Ordnung entwickelt und welche Mittel der Sicherstellung sie gewählt hatte, vor allem, ob die königsrechtlichen Normen eine im fränkischen Volksrecht vorausgehende und in der Art der Rechtsfolge des Ungehorsams vorbildliche Normirung besessen haben. Wir wissen es nicht und können es nicht einmal vermuthen.

Eine fernere Frage ist die nach der staatsrechtlichen Bedeutung des Gesetzes. War es ein Verfassungsgesetz oder eine Verwaltungsvorschrift; war es gegen den Herrscher selbst gerichtet und wollte es seine Strafgewalt im Mittel und Mass beschränken, oder sollte es den Unterthan und den Beamten verpflichten, ohne den Monarchen zu hindern für die Aufrechterhaltung seiner Ansprüche auf andere Art, mit directem Zwang, mit höheren Bussen, mit sonstigen Strafmitteln zu sorgen und etwa auch auf den schuldhaften Willen Rücksicht

zu nehmen? Ein Monarch, der in dem Recht auf Dienstleistungen materiell beschränkt ist, ist in Folge der inhaltlichen Begrenzung seiner Macht einer zweiten, seinen Zwang und seine Strafe einengenden Norm zugänglich. Die gestellte Verfassungsfrage kann beantwortet werden, aber nicht aus dem Reichsgesetze selbst sondern nur aus dem rechtlichen Schicksal der einzelnen Leistungen.

Was ich gegenwärtig veröffentliche, ist keineswegs eine Geschichte des Rechtssatzes; es ist eine Vorstudie über ihn, die sich auf eine Seite, den Zwang und die Strafe, beschränkt und sich hier auf Vorlegung von Materialien richtet. Anderes werden die folgenden Seiten nur gelegentlich berühren.

1. Der Heerbann.

Es mag aus sachlichen Gründen wahrscheinlich dünken, dass die Sechzigschillingbusse für Versäumung eines Aufgebots zu einem Unterthanendienst von der Wehrpflicht ausgegangen und von dort her auf andere Leistungen ausgedehnt ist, aber ein äusseres Zeichen für diese zeitliche Folge liegt schwerlich vor, es sei denn der späte und seltene Gebrauch des Ausdrucks Heerbann für die Königsbusse überhaupt, welche der Unterthan verwirkte, wenn er dem Befehl eine pflichtmässige Leistung zu machen nicht gehorchte. So konnte Karl 811 verordnen: ut non per aliquam occasionem, nec de wacta nec de scara nec de warda nec pro heribergare neque pro alio banno heribannum comis exactare praesumat, Boretius, Capitularia 1, 166, 2. Wir wissen ferner nicht, wo der Königsbann bei dem Kriegsdienst begonnen hat, ob in einem Merovingerstaate mit vorwiegend fränkischer Bevölkerung oder in einem mehr romanischen Reiche. Denn die Thatsache, dass er ebenso wie der Polizeibann dieser Art zuerst in Ribuarien auftaucht, vermag wohl nur die Muthmassung nahe zu legen, dass er dort zuerst festen Boden gewonnen hat, eine Wahrscheinlichkeit, die durch die Weiterführung der Ordnung seitens der karolingischen Dynastie zunehmen wird, aber die Lücke in unserer Ueberlieferung wird dadurch nicht sicher ausgefüllt. Endlich ist, soviel ich sehe, die Vorgeschichte nicht weiter aufzuhellen, als dass die Vermögensstrafe das einzige Mittel war, welches die Merovinger, soweit unsere spärlichen Nachrichten einen Schluss gestatten, von jeher bei dem Heeresaufgebot angewendet haben.

So war es in der zweiten Hälfte des sechsten Jahrhunderts, in der die Mittheilungen beginnen, unbestrittene Uebung. Damals war am Hofe wie im Lande die Auffassung herrschend, dass hier einer der Fälle vorliege, wo eine directe Erzwingung des Inhalts der dem Könige geschuldeten Pflicht unthunlich sei und dass daher nichts übrig bleibe, als den Ungehorsamen in Strafe zu nehmen. Dies ist der Zustand, den Gregor von Tours kennt. Er erzählt in seiner Geschichte der Franken 5, 26, dass Chilperich I. nach Beendigung einer Heerfahrt von den freien Hintersassen zweier Kirchen in Tours bannos jussit exigi, pro eo quod in exercitu non ambulassent. Der König, der auf unbekannte Weise von ihrem Ausbleiben Kenntniss erhalten hatte, gab Befehl von ihnen bannos einzuziehen, obwohl die Unbotmässigen, wie Gregor berichtet, auch für kriegerische Leistungen nicht in Anspruch genommen zu werden pflegten, aber in diesem Fall wurden sie als mitaufgeboten behandelt und für ihren Ungehorsam bestraft. An wen erging der Befehl und wodurch wurde der Betrag jener öffentlichen Vermögensstrafe bestimmt, durch das geltende Recht oder durch einen Specialbefehl und hier durch eine Einzelverfügung des Königs selbst? Und war es der König, der auch sonst von Fall zu Fall darüber Beschluss fasste, ob oder wie die säu-

migen Kriegsleute zu bestrafen seien? Lässt sich wohl keine der Fragen aus der Stelle selbst mit einiger Sicherheit beantworten, so wenden wir uns zunächst an zwei weitere Angaben Gregors. Post haec, nach einem Kriegszug, meldet er 7, 42, edictum a judicibus datum est, ut qui in hac expeditione tardi fuerant, damnarentur. Biturigum quoque comes misit pueros suos, ut in domo beati Martini — hujusmodi homines spoliare deberent. Hier ist auf den ersten Blick der Vorgang klar: die Grafen, die in der Regel das königliche Aufgebot übermittelten, sorgen kraft ihres Amtes für die Bestrafung der Ungehorsamen; sie bedürfen zu der Eintreibung keines besonderen Auftrags. Beide Angaben sind wohl zu vereinigen. Das königliche Specialmandat, das der erste Fall zeigt, trifft eine bestimmte Gruppe von Kriegern, deren Strafbarkeit angezweifelt wurde; in dem zweiten Fall wird zwar auch eine Einwendung gemacht, aber der Eintreibungsbefehl war allgemein von der verwaltungsmässig zuständigen Stelle, dem Grafenamt, gegeben, ohne dass wir Ursache hätten, eine entsprechende Dienstanweisung des Königs an die Grafen als Grund des gräflichen Befehls anzunehmen *).

Was die Höhe der Vermögensstrafe betrifft, so sehe ich nicht, wie wir eine Bestimmtheit derselben nachweisen könnten. Die Worte der vorigen Gregor-Stellen: bannos exigi und praecia dissolvitis lassen eine irgendwie, durch den König oder die Beamten, auf Dauer fixirte Summe sehr wohl zu, aber sie thun sie nicht dar, und wenn es anderwärts, bei Gregor 6, 12, heisst, dass die Säumigen crudeliter sunt damnati, so wurde ein beständiger Betrag nicht eingehalten. Eben das Schwanken, die Ungleichmässigkeit in der Straffestsetzung sowohl von Seiten des Königs wie von Seiten der Beamten scheint die Veranlassung gegeben zu haben, die Norm aufzustellen, welche, obwohl sie selbst nicht Volksrecht ist, das ribuarische Volksrecht aufbewahrt hat. Welche Verbreitung sie noch unter den Merovingern fand und wieweit damals die Könige sie achteten, wissen wir nicht. Die einzige Notiz, die uns geblieben ist, betrifft einen Fall, wo die ribuarische Summe zehnfach auferlegt war; von einem Unterthan Theuderichs III. hören wir zufällig, dass er, weil er sich an einem Kriegszug gegen Auster nicht betheiligt hatte, ob hoc solidos sexcentus fidem fecisset, Pertz, Diplomata 1, 68 S. 61. Dass der König eine solche Strafe nur individuell verfügt haben kann, leuchtet ein, aber alles übrige ist uns verborgen.

Karl der Grosse hat die Sechzigschillingbusse überkommen und grundsätzlich niemals aufgegeben, auch spätere Karolinger haben sie als die prinzipielle Norm hingestellt **), aber durch Einzelverfügungen haben sie zugleich immerfort bewiesen, dass es keine Norm sei, die sie selbst binde, dass sie vielmehr dadurch weder in dem Strafmittel oder dem Straf-

*) So Sohm, die fränkische Reichs- und Gerichtsverfassung S. 165, nach dem a die Dativbeziehung ausdrückt. Müsste die sprachliche Möglichkeit zugestanden werden, so fehlte es noch immer an der sachlichen Nöthigung hier eine solche Ausnahme einzuräumen. Deshalb gehe ich mit dem gewöhnlichen Sprachgebrauch Drei karolingische Formeln über Dispensation vom Kriegsdienst lassen das genetische Verhältniss zwischen gräflicher und speciell befohlener Eintreibung des Heerbanns nicht mehr erkennen, sondern setzen beide unterschiedslos neben einander. Carta Senonica 19; Formula Salica Merkeliana 41; Collectio Pataviensis 3, bei Zeumer S. 193. 256 f. 457 f. Einer der Gründe für jenen ursprünglichen Inhalt des Grafenamts ist, dass ihm die Einnahme daraus verblieb, obschon die Einziehung missatisch war, Boretius, Capitularia 1, 166, 2. Vergl. noch form. imperial. 7, 37, 43.

**) Boretius, Capitularia 1, 71, 1 f. 98, 40. 101, 18. 104, 57. 146, 1. 158, 3. 166, 1, 171, 9. 205, 2. 214, 6. 224, 8. Pertz, Leges 1, 495, 27.

mass beschränkt noch auch verpflichtet würden die Unterthanen für die gleiche Pflichtverletzung in gleiche Strafe zu nehmen. Die alte Satzung stellt sich damit immer deutlicher als Verwaltungsvorschrift heraus.

Der König, welcher als Kriegsherr kraft seiner Machtvollkommenheit frei darüber beschloss, welche Unterthanen ihm auf einer bestimmten Heerfahrt dienen und welche Waffen sie führen sollten, traf bei den einzelnen Verfügungen, die er von Fall zu Fall für den Krieg erliess, auch wiederholt eine Entscheidung darüber, wie das pflichtwidrige Ausbleiben auf einem konkreten Kriegszug, einem früheren oder dem bevorstehenden, behandelt werden solle. Er instruirte die besonderen Beamten, die er für die Einziehung des Heerbanns auswählte, wie sie in diesem Falle vorzugehen hätten, und benutzte die Möglichkeit, eine verschiedene Ahndung eintreten zu lassen, ebenso wie die, nur die Wohlhabenderen aufzubieten. So gab er den Missi 805 für dieses Jahr einen sehr specialisirten Auftrag; er theilte die Unterthanen in vier Klassen, je nach ihrem Mobiliarvermögen, von denen nur die erste die Sechzigschillingbusse entrichten sollte, während er das Strafgeld der drei unteren auf 30, 10 und 5 Schillinge feststellte, Boretius, Capitularia 1, 125, 19. Er griff dann wieder gelegentlich zu der alten gleichmässigen Summe zurück, so sollten sie die im Jahre 807 Ausgebliebenen büssen, ebd. 1, 137, 2 vgl. 138, 9 und 153, 12. 291, 27; er nahm ein anderes Mal nur seine Vasallen davon aus, um sie nicht als Unterthanen, sondern als Lehnsleute zu behandeln, ebd. 1, 166 f., 1. 5, und schon früher hat er einmal die Lehnsleute mit Lehnsverlust bedroht, ebd. 1, 123, 6, aber es geschah immer nur auf Grund eines Specialbefehls, vergl. das. 1, 137, 4 f. 138, 9. 291, 27. In einem anderen Jahre behielt er sich die Erledigung persönlich vor: si quis autem — praeterierit mandatum, ad palatium perducatur, ebd. 1, 97, 34, so dass er hier völlig individuell verfahren mochte. Die persönliche Entschliessung über die Ungehorsamen, so schwer sie in einem grossen Reiche ausführbar zu sein scheint, hat er auch in anderen Fällen angewendet. So befahl er 810, ihm eine Liste derjenigen Straffälligen einzureichen, welche unvermögend wären die sechzig Schillinge zu bezahlen, während die Schuldner sonst seine Schuldknechte geworden wären, ebd. 1, 153, 12 vergl. mit 1, 166, 1. Der eigenen Entscheidung des Königs mögen einzelne den gänzlichen Erlass einer Strafe verdankt haben, s. ebd. 1, 96, 29. Auch Karl der Kahle wollte einmal persönlich die Strafe verhängen, Pertz, Leges 1, 503, 14.

Noch belehrender ist die karolingische Praxis und Gesetzgebung in Italien unter Lothar I. und Ludwig II. Lothar bestimmte 825 in Olonna, dass die Aufgebotenen bei dem ersten Ungehorsam nach dem bisherigen Territorialrecht, also nach edictus Rothari 21, zwanzig Schillinge verwirken, aber bei dem ersten Rückfall dem fränkischen Königsbann und bei dem zweiten der Confiscation oder dem Exil unterliegen sollten, Boretius a. a. O. 1, 329, 1. Eine Milderung blieb natürlich im Gnadenwege offen, aber Ludwig II. liess bei seinem Aufgebot für die Heerfahrt nach Unteritalien 866 verkünden, dass er diesmal nicht nur das Grundstück jedes widerrechtlich Ausgebliebenen sofort werde einziehen lassen, sondern dass auch Niemand darauf hoffen möge, dasselbe aus Gnade wiederzuerhalten, Scriptores rerum Langobardicarum 1878 S. 469 c. 1, 2. Noch vollkommener wird die unbeschränkte Strafgewalt der fränkischen Könige an der Landwehr sichtbar. Ihrem Rechtsgrunde nach ist die Landwehr die gewöhnliche Kriegspflicht; wie der Unterthan dem Könige bei einem Angriffskriege zu dienen hat, so ist er auch verpflichtet ihm in der Vertheidigung seines Landes zu helfen. Die Behandlung der Landwehr zeigt daher das allgemeine Recht des Königs über die Kriegs-

pflichtigen. Nun hat Lothar 1. befohlen: quicumque enim liber homo aut a comite suo admonitus aut a ministris ejus ad patriam defendendam ire neglexerit, et exercitus supervenerit ad istius regni vastationem vel contrarietatem fidelium nostrorum, capitale subjaceat sententiam. similiter observandum: si vocati fuerint, auditum inimicorum nostrorum adventum, et ita contigerit, quod hoste non supervenerint, hii qui vocati fuerint et venire noluerint unusquisque secundum legem suam hoc emendet, Boretius, Capitularia 1, 319 f., 18. Hier tritt ein neues Moment hervor: die Strafe hängt davon ab, ob die Pflichtversäumniss wirklich Schaden brachte; kam es nicht zum Einbruch des Feindes, so verblieb es bei der gewöhnlichen Geldbusse, falls jedoch der Feind verheerend in das Reich drang, so wurde der Tod angedroht. Wido hat dafür 889 das Wergeld eingesetzt, Leges 1, 557, 4. In Deutschland kehrt die Lebensstrafe oft wieder. Als die Ungarn im Jahre 900 in die Ostmark einbrachen, Hulodoicus itaque rex, gentis sue depopulationem hujusque intellegens crudelitatem, suorum omnium animos hac formidine inflammat, ut si quemquam bello eodem, quod cum iis acturus esset, deesse contingeret, laqueo procul dubio vitam finiret. Dasselbe hat Heinrich I. 933 unter gleichen Umständen gethan: directis per Saxoniam nuntiis post quatriduum quotquot poterat capitali sententia se adire commendat, Liudprand, antapodosis 2, 3. 25. Im Jahre 1106 edictum sub comminatione crudeli ubique properabat, ut adversus exercitum in magna superbia super se venturum parati essent, et patriam, libertatem vitamque defenderent neu sinerent vel uxores suas corruptionis ludibrio substerni vel agros in alienos dominos distrahi, Vita Heinrici IV. c. 13, SS. 12, 282. Auch für einen Angriffskrieg der König expeditionem suam atroci jussione indixit, 1010, Thietmar 6, 37. Diese Worte können nicht wohl auf die Anwendung des Sechzigschillingbannes bezogen werden*). Im Jahre 1338 ist die Reichsacht angedroht, Böhmer, fontes 1, 220.

Wir sahen, dass das ribuarische Gesetz keine Norm für die königliche Herrschaft war, weder in seinem Zweck noch in seiner Wirkung, es wollte den Willen des Monarchen sich nicht unterwerfen und es unterwarf ihn sich auch gewohnheitsrechtlich nicht. Es war seinem Wesen nach eine Verwaltungsnorm, die auch dem Könige zu Gute kam, indem sie ihm bei seinen Einzelverfügungen einen Massstab bot, die sodann eine Anweisung an die Beamten und endlich für das Kriegsvolk eine allgemeine Androhung enthielt. Dasselbe Resultat gewinnen wir aus der Herbergspflicht, die in der Lex Ribuaria 65, 3 gleichfalls unter den Königsbann gestellt war, aber durch Ludwig den Frommen diese Behandlung vollständig verlor und danach auch in Italien 832 nicht mehr unter ihr blieb, Boretius Capitularia 1, 284, 16; Pertz, Leges 1, 361, 8.

Die Mängel der alten Norm, so bedeutend sie waren, suchten die Karolinger mehr in konkreten und selbst in individuellen Fällen zu mildern oder aufzuheben, als dass sie eine gesetzliche Fortbildung des Rechtssatzes unternahmen. Karl der Grosse gelangte nicht über unaufhörliche und in beständigem Schwanken befindliche Einzelentscheidungen hinaus. Seine Nachfolger in Frankreich hielten ungeachtet dessen den Königsbann aufrecht, allein die Praxis der deutschen Könige scheint früh von ihm abgewichen zu sein. Ich kenne keinen Fall, wo ein deutscher König so aufgeboten oder so bestraft hat. Das Aufbieten per bannum, wie Thietmar 6, 14 von dem Könige, die Annales Cameracenses 1150, 1153, SS. 16, 519. 523 von

---

*) Dass der König von Böhmen 1039 zu einem eigenen Angriffskrieg bei Strafe des Galgens aufbot (Cosmas 2, 2, SS. 9, 67), geht kaum auf deutsches Recht zurück.

einem Grafen sagen, oder die Worte des Eraclius 4682 (herausgegeben von Graef 1883 S. 240): er gebôt daz mit banne, sind wohl ebenso wenig von dem Sechzigschillingbann zu verstehen wie Ottos III. Privileg für Halberstadt, wonach regalem heribannum super milites, liberos et servos ejusdem ecclesie donamus, Schmidt, Urkundenbuch des Hochstifts Halberstadt 1 S. 39, s. Homeyer, Sachsenspiegel 2, 2, 290 gegen Waitz, Verfassungsgeschichte 8, 147. Möglich, dass einzelne Fürsten Deutschlands den Königsbann sowohl bei Reichs- wie Landesaufgeboten noch lange gebraucht haben, aber östlich vom Rhein spielt derselbe keine bemerkenswerthe Rolle mehr. Sein Sitz ist in Frankreich, in der romanischen Schweiz und in Flandern mit seiner Nachbarschaft.

Indem ich nunmehr die Stellen vorlege, sehe ich mich zu der Erklärung genöthigt, dass ich im Augenblick ausser Stande bin, die erforderliche Umrechnung der Münzen vorzunehmen. Zwischen 1100 und 1107 ist beurkundet: bannum despexit, quod Savaricus [vicecomes] edixerat omnibus hominibus terre sue; quoniam si quis horum esset, qui non in suo quodam exercitu iret, 60 solidos persolveret, Grasilier, Cartulaires de la Saintonge, 1871, 2 S. 147. Das Stadtrecht von Martel 1219 §. 7: si quis habitator ville Martelli non sequitur vicecomitem, quando mandat sequitiones suas pro propria guerra, si sanus est, 60 solidos pro justicia dabit; infirmus non ibit neque hominem locabit, Giraud, Essai sur l'histoire du droit français 1, pièces justificatives S. 81. Coutume de Touraine-Anjou §. 54: se li bers fait semondre ses homes costumiers à aler en l'ost le roi, — se nus de ceus qui sunt semont remanoit, et li bers le poïst savoir, il en paieroit 60 s. de gages, und nachher: se les genz le roi trovoient les homes costumiers par les chasteleries qui fussent remés de l'ost le roi, fors cis qui doivent remaindre, li rois en poroit bien lever de chascun 60 s. d'amande par droit, et li bers ne les en porroit garir, Stellen, die unverändert vom Verfasser der Établissements de Saint Louis 1, 65 übernommen sind, bei Viollet, Les Établissements 3, 30. 32*). 2, 93 f. 97. Chatelblanc 1303 §. 22 sagt: qui ad retro bannum non ierit, debebit 60 sol., nisi infirmitatem vel aliam excusationem legitimam praetendere potuerit et probare, im Gegensatz zu der Vorschrift der beiden vorhergehenden Sätze: si dominus chevauchiam vel exercitum habuerit, burgenses cum domino debent servire unam diem et noctem propriis expensis, ulterius autem expensis domini. burgenses vero qui a dicto banno domini cum armis ut decet non ierint aut miserint, 3 solidos debent, Giraud a. a O. 2, 421. Auch die Coutumes de Bigorre 1097 §. 34 ebd. 1, 24 hatten wohl das alte Recht zur Grundlage, wenn sie verordneten: si cui militum praeceptum fuerit in expeditionem legitimam ire et non iverit, aut 65 solidos persolvat aut similia super inimicos operetur, que et comes, et 5 solidos persolvat. Für St-Omer hatte 1168 §. 35 der Graf bestimmt, dass, quicumque audito banni signo communionis a congregatione aliorum defuerit, nisi concessu procuratoris vel duorum juratorum, 6 solidos dabit, Giry, St-Omer 1877, S. 390.

In Lausanne galt um 1200 eine Ordnung, die zum Theil an die von Chatelblanc erinnert: Burgenses ad arma ferenda idonei debent sequi al fuercri maiorem vel senescalcum vel psaltarium, sub pena banni 3 s., ita quod eadem die domum revertantur, nisi necesse sit majorem moram facere. si vero episcopus in propria persona vel ejus nuncius de communi

---

*) Coustumes d'Anyou et dou Maigne §. 66, Coustumes d'Anjou et du Maine Art. 1553, Beautemps-Beaupré 1 S. 99. 2 S. 562. — Nach Bonvalot, Le tiers état d'après la charte de Beaumont 1884 S. 434 verfiel der Ausbleibende in 5 Solidi, bei wiederholten Befehlen in 40 und 60.

consilio ierit contra hostes ecclesie, qui non fuerit eum secutus, in banno erit 60 s., Grimm, Weisthümer 5, 2 §. 7. Villeneuve 1214: qui remanserit, quando equitatio bannitur ex parte comitis, 60 solidos; Aubonne 1234 §. 1: qui ab expeditione defuerit, debet 60 solidos, nisi eum possit evidens necessitas excusare; Vevey um 1236: si dominus facit chevagiam consilio ville et ponit bannum suum, ille qui non vult ire debet 60 s., si non occasionem possit . . . . rationabilem; Estavayer-Le-Lac 1350 §. 3: li seigneurs ne doivent metre mais que on seul bant de sexante solz pour vne cheuauchie a on chescun qui devroit cheuauchie*). Bure um 1360 §. 32: se seignur fait commendement pour aller a la chevachie, celluy que n'y vait est pour 3 s. d'amende; et cellui que se met au chemin et il retourne senz licence, est pour 60 s. d'amende; et cellui que sa femme giet daffans, les bargiers et les boviers de charrue puent demorer senz paier amende, Grimm a. a. O. 5, 42 §. 32.

Von hervorragenderer Bedeutung als die Aenderungen, die wir in den romanischen Landschaften antreffen, sind die Neuerungen in den Niederlanden. Wohl kam es auch hier vor, dass eine ausserordentliche Strafe angedroht wurde. Ein Landesherr, ein Bischof, bot gegen 1080 auf amissionem rerum suarum intemptans singulis, nisi adessent tuendae munitioni et firmando aggeri, und um 1141 erging zu einem Angriff der Befehl: plebi mandatum est, uti omnes omni occasione postposita egrederentur et non exeuntium bona publicarentur, Cantatorium s. Huberti c. 43 SS. 8, 594 und Triumphus s. Lamberti c. 10 SS. 20, 505. Ein Seitenstück bieten im Westen die acta episcoporum Cenomanensium c. 44, Mabillon, analecta 1723 S. 332, mit der Nachricht: cum cives ipsos sub interminatione poenae corporum et amissionis rerum in exercitum trahere vellet princeps, und im Osten der Bericht des Lippiflorium 239 ff S. 175 (Laubmann): praecipit indigenas se properare colonos mandatumque ligat aspera poena necis. Wie vormals der König nicht auf die Sechzigschillingbusse beschränkt war, so besass jetzt auch der Landesherr an ihr keine Grenze mehr, und wie der König ehemals für seinen Gebrauch eine Norm aufstellte, so ordneten jetzt die Landesherren die Mittel, durch die sie ihre militärischen Herrschaftsrechte ausüben und sichern wollten. Ein grosser Unterschied kann jedoch zwischen beiden Herren und Zeiten bestehen, ein Unterschied, der die Verfassung selbst angeht. Während der König nicht gebunden war, konnte der Landesherr rechtlich verpflichtet werden die fixirte Strafe nicht zu überschreiten. Charakteristisch hierfür ist folgender Vorgang. Als 1127 ein neuer Graf nach Flandern kam, machten sich Flamländer vor dessen Annahme unter Anderem aus: nobis ipsis quidem legem statuimus, ut si expeditio ex parte comitis nostri fuerit indicta, ille qui excusationem non habuerit legitimam emendabit comiti 20 solidos; der Graf bewilligte es: juravit comes novus se confirmare et concedere, Galbert, passio Karoli c. 55, SS. 12, 590. 591.

Obgleich die Notizen, die ich vorlegen kann, sehr unvollständig sein werden**), so lassen sie doch wohl in ungefähren Umrissen erkennen, welche Landschaft an der Spitze der Entwicklung stand und in welcher Richtung das alte Recht fortschritt. Dass der Umfang der Pflicht oft auf eine begrenzte Zeit oder einen bestimmten Raum beschränkt wurde, än-

*) Diese 4 Stadtrechte bei Forel, Chartes communales du pays de Vaud 1872, Mémoires et documents de la Suisse Romande, tome 27, S. 4. 9. 14. 116. Aigle 1314 das. S. 46 gleicht Villeneuve. In Avenches erging das Aufgebot bei 60 Schillingen, Grimm a. a. O 5, 20 §. 11 vom Jahr 1338.

**) Vielleicht ergeben sich weitere Nachweise aus den Noten von Poullet, Histoire politique nationale 1, 1882, S. 440. 562. Ich kann von den dort citirten Werken jetzt nur Wauters 1869 nachschlagen.

derte das ursprüngliche Wesen des Unterthanendienstes nicht, konnte aber dazu beitragen, seine strafrechtliche Behandlung zu modificiren.

In der Keure, die Ten Hamere bei Biervliet 1193 gegeben wurde, fand noch die alte Strafe unveränderte Aufnahme: si comes Flandriae propter terrae defensionem, quam Lantweere appellant, eos in expeditionem suam deducere voluerit, mecum vel cum meis hominibus in auxilium comitis ibunt. qui de hujusmodi comitis expeditione vel etiam de mea remanserit, ille emendabit 60 solidos, Warnkönig, Flandrische Rechtsgeschichte 2, 2, 230 S. 210 §. 3. Für Avelghem, wo jährlich zwei Waffenmusterungen abgehalten wurden et si quis non habuerit arma competencia vel non venerit, condempnabitur — in 20 solidis Flandrensibus, ist 1247 verfügt: si quis hospitum ad mandatum predicti nuncii non iret cum hominibus mei comitatus, incurreret penam 60 solidorum Flandrensium, Wauters, Libertés communales, preuves 1869 S. 166. In der Keure der vier Aemter von 1242 §. 3 ist ein ständischer Unterschied gemacht, der an den der Lex Ribuaria 65, 2 erinnert: qui expeditionem comiti non fecerit, si Lantman fuerit, debet comiti et castellano tres libras; si cosatus fuerit, 20 solidos accipiendos secundum legem terrae, et si testimonio scabinorum solvere valeat, Warnkönig 2, 2, 222 S. 187, dessen Text das. 3, 1 S. 85 einige Varianten erhalten hat, aber ohne dadurch besser geworden zu sein; Gheldolfs Druck ist mir nicht zugänglich. In der Keure von Zeeland 1258 §. 62 scheint die alte Summe nur subsidiär erhalten zu sein, wenn nämlich die drei Pfund dort sechzig Schillinge betragen haben, wogegen der Schuldige mit zwei Pfund die Weigerung der Aushebung Folge zu leisten büsste: quicumque ad expeditionem comitis ire eligitur, qui contradixerit, solvet comiti I. lib. sculteto I. lib. quicumque hevena habuerit defectum unius hominis in expeditione comitis, solvet comiti II. lib. sculteto I. lib., aber auch jene zwei Pfund sind in dem späteren Landrecht von 1290 §. 117 auf eines herabgesetzt, van den Bergh, oorkondenboek van Holland en Zeeland 2, 40. 747 S. 23. 343. Dordrecht, keurboek 1401 Art. 232: so wanneer yement ter hervaert gheboden wordt, diemen daertoe ghebieden mach, ende hi dan ter heervaert niet en voere, die verbuerde twee roede mueren ende den heer 3 pont, ten ware of hijt met zinne keren mocht, zonder arch ende list, Fruin, rechten der stad Dordrecht 1, 78. Hoorn Art. 26: wie ter heervaert nit en voere als hem tgherecht gheboden hadde, die verbuerde teghens den here tien pont, teghens tgherecht tien pont ende teghens der stede tien pont, Pols, westfriesche stadrechten 2, 24; ebenso Enkhuizen 22, das. 2, 197. Grooetebroek Art. 66: die verbuert teghens den heer 10 pont ende teghens elcke scepen een pont, das. 2, 249 f. Schellinkhout Art. 31: seventhien pont, ter scepenen provinghe, das. 2, 292; ebenso Sybekarspel 81, Westwoude 28, Hoogwoude 17, Winkel 54, Abbekerk 21, das. 2, 325. 342. 367. 392. 380.

Obwohl der Werth der Münzen abnahm, vermochte der Heerbann nicht sich auf der alten Höhe zu behaupten; bei seinem Zurückgehen kamen dann hin und wieder Unterscheidungen mit materiell bedeutsamen Momenten auf. In Sirault 1239 se li abbés a mestier des homes de le vile de Syrau pour sen cors deffendre u pour le terre Saint Amant warandir, aidier li doivent, et ki ni venroit, il seroit à 20 s., Wauters a. a. O. S. 144, erneuert S. 154. Nach dem Freiheitsbrief von Echternach 1236 §. 14 burgensis qui ad vocem preconis ville ad expeditionem non ierit, si sit eques, decem sol., si pedes, quinque sol. solvet pro emenda, nisi ex causa legitima fuerit perpeditus, Hardt, Luxemburger Weisthümer S. 172. Renaix 1280 §. 10: ki ni venroit il deveroit au signeur 10 s. de fourfait, Warnkönig a. a. O. 2, 2, 209 S. 152, dieselbe Summe, bei der in Haspre 1176 das Aufgebot erfolgte, Miraeus-Foppens 3, 348 f. Das Gesetz von Valenciennes 1114: ex quo viri pacis simul villam ex-

ierint cum sonitu et ignitegii et campana banni, quicunque sine licentia illorum, ad quos licentiare spectabit, se pre ceteris festinabit aut post ceteros tardabit aut revertatur aut sub alio vexillo quam proprio sibi assignato se transmiserit, ipse emendabit de 5 solidis ad servicium comitis et cancellarii pacis, Faider, Coutumes de Hainaut 3, 330 f. Dass ähnliche Vorgänge in Frankreich selbst eintraten, ersehen wir z. B. aus Bourassé, Cartulaire de Cormery 1861 S. 121: der Graf bestätigt 1139, was seine Vorgänger dem Kloster bewilligt haben: dono et concedo — quod homines — monasterii —, si aliquo modo de exercitu comitis submoniti fuerint et remanserint, non emendabuntur praeposito comitis nisi legem 7 sol. et dimidii. Nach dem Stadtrecht von Mirecourt hatten die Bürger dem Aufgebot des Herrn bei zwölf Schillingen zu folgen, Duhamel, Vosges 1 S. 39. Der Vogt von Solesmes durfte 1202 homines — ville — ducere in expeditionem cum armis ita, quod eadem die sole stante possint redire ad propria. si vero comitem pro terre sue tuicione vel alicujus sibi rebellis expugnatione in expeditionem ire vel facere equitationem contigerit, homines de S. per famulos ecclesie et nostros sub pena 10 sol. submonebuntur, Le Glay, Glossaire 1849 S. 89.

Die übrigen deutschen Länder weisen wenige Nachrichten auf. Die Satzung des Bischofs von Utrecht für Drente von 1412 §. 42 sagt: soe ys landtrecht, dat die heerlicheyt nyet roepen ensal myt den sweerde, dat ensy wyttelycken landesnoot; ende soe sal elck man volghen den sweerde by vyftyn nye gronynger marck, was das sog. Rheingauer Landrecht §. 34 natürlich mit einer Aenderung in der Münze aufgenommen hat, v. Richthofen, Friesische Rechtsquellen S. 529; Grimm, Weisthümer 1, 541. Der freie Friese, der ein Erbe im Werthe von 30 Pfund besass, sollte bei Strafe von zwei Pfund Ross und Waffen halten. So ach thi frana sine liude to bonnene thes keninges bon, to ther londwere to ledzane, und der Ethelbesitzer, der diesem bei Königsbann ergangenen Gebote des vicegräflichen Schulzen, zur Landwehr zu kommen, nicht Folge leistete, verlor sein Ethel, Schulzenrecht §. 21, v. Richthofen a. a. O. S. 390 und Untersuchungen 2, 1045. Von besonderem Interesse ist ein Rechtsbrief, den der Erzbischof von Köln 1279 Lechnich ertheilt hat, dessen §. 29 (Gengler, Stadtrechte S. 245) lautet: quandocumque pro necessitate nostra vel opidi campana banni pulsatur, illi qui morantur infra terminum, qui vocatur Bannmyle sive Byvanc, venient sine mora in subsidium opidi cum armis et aliis ad defensionem opidi necessariis; et quicumque contumaciter venire neglexerit, ex hoc penam quinque marcarum incurrit, quam requirere poterimus ab eodem. Hier scheint der alte Königsbann zu gelten, wenn anders damals die Kölner Mark zwölf Schillinge betrug.*)

Zum Schluss erwähne ich zwei süddeutsche Abweichungen. In Freiburg im Breisgau galt das Recht: cum — expeditio communiter precipitur, quicunque civium audierit et non exierit, nisi legitimam causam praetendere poterit, domus ejus funditus destruetur, §. 33, Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 40, 197, eine Bestimmung, die in anderen Städten des Breisgaues und im Elsass Aufnahme fand. Neuenburg i. Br. 1292 §. 74 ebd. 40, 109 gab jenen Satz folgendermassen wieder: cum communis seu generalis expedicio precipitur, quicunque civium audierit et non exierit, nisi legitimam causam pretenderit, quare non exierit, domus ejus, in qua jus civile habet, funditus destruetur. In Schlettstadt ist

*) Die Umrechnung nach Ennen, Geschichte der Stadt Köln 1, 522. Der Rechtssatz ist von dem Erzbischof in den Statuten für seine Stadt Brühl 1285 (Lacomblet Urkundenbuch 2, 802 S. 474) wiederholt.

1292 eine andere Fassung gewählt: cum expedicio in civitate Sletstad precipitur, quicumque civium vel seldener audierit et non exierit, nisi legitimam causam pretenderit vel de voluntate judicis et consulum remanserit, domus ejus funditus destruetur, Winkelmann, acta imperii 2, 205 S. 152. Kolmar, das noch 1278 in dem Privileg Rudolfs dem Unfolgsamen „hus und hof nider brechen" liess, erhielt durch Adolf 1293 die Strafe durch eine arbiträre ersetzt: swer denne blibet, der hat unser hulde niht*), Gengler, codex juris municipalis 1, 620. Eine derartige Ordnung hat dort**) wohl städtischen Ursprung. In Oesterreich war der Landesherr auf Geldstrafen beschränkt, die einmal bei den Bürgern und Bauern den ganzen Jahreszins ihres Gutes und ein anderes Mal allgemein 20 Talente betragen sollten, Landrecht Art. 45, vergl. jedoch 55, und §. 54, Hasenöhrl S. 251. 256. 271.

2. Der Polizeidienst.

Dem ungemein hohen Werthe, welchen dieser Dienst für das mittelalterliche Leben besessen hat, entsprechen die zahlreichen ihn betreffenden Ordnungen und die tiefgreifende innere Entwicklung, die derselbe durchlaufen hat. Hier sehen wir den Zweck in Thätigkeit, wie er Schritt für Schritt das alte Recht zu Einräumungen zwingt, die schliesslich die Verpflichtung auf einen ganz neuen Rechtsgrund stellen und damit die spätere Zeit vorbereiten helfen: der Dienst hat einen Mann und nicht einen freien Mann gefordert.

Als Childebert II. 596 in Köln seinem Reiche das Gesetz gab: si quis centenario aut cuilibet judice noluerit ad malefactorem adjuvare, 60 solidis omnis modis condempnetur (Boretius, Capitularia 1, 17, 9), machte er den Polizeibann zu einem der Bannfälle, wie sie später das ebenfalls territorial wirkende Gesetz in der Lex Ribuaria generell normirt hat: der Verpflichtete ist der Unterthan, die Leistung ist nur auf obrigkeitliches Verlangen zu machen, das Strafmittel ist das Vermögen und das Strafmass absolut gleich. Durfte jedoch der Beamte jeden Unterthan, auch den nur zufällig in seinem Bezirk anwesenden, aber ihm sonst amtlich nicht unterworfenen, zum Polizeidienst aufbieten, sofern nicht ein besonderer Grund wie der Königsdienst denselben eximirte? Da das Gesetz keine derartige Schranke bemerklich macht und eine solche nicht in seiner Intention liegt, so mögen wir muthmassen, dass die konkrete Leistung nicht davon abhängig war, dass der zum Dienst berufene Unterthan zugleich allgemein dem betreffenden Beamten untergeben war.

Die früheren Bestrebungen der merovingischen Regierung, den Landfrieden zu bessern, hatten zur Organisation einer besonderen Mannschaft geführt, in welcher der Unterthan Polizeidienste verrichten sollte. Auf die Sätze über diese Formation folgt nun die Bestimmung: ad hoc admonitus si neglexerit, quinos solidos condempnetur, was nachher nur etwas

*) Als 1254 durch Hofgerichtsspruch festgestellt wurde, dass die Lütticher gleich anderen Reichsleuten ihrem Stadtherrn wehrpflichtig seien, erklärte der König: siquis igitur contra ipsam [sententiam] ausu temerario venire presumpserit, salvis aliis penis ei affligendis a nobis gravem celsitudinis nostre offensam incurrat (Winkelmann, acta imperii 1, 551 S. 446); das war eine allgemeine Androhung ohne konkrete Beziehung auf die Wehrpflicht. Eher wäre 1336 Lacomblet, Urkundenbuch 3, 304 S. 247 dafür zu gebrauchen.

**) Vergl. Michelsen, Sammlung altdithmarscher Rechtsquellen 1842. S. 322. — In Rouen galt, wie ich nachträglich aus dem mir zu spät zugänglich gewordenen Buche von Giry, Les Établissements de Rouen 2, 36 ersehe, nach Art. 28: erit in misericordia d. regis et in misericordia communie de domo sua prosternenda vel de 100 solidis, si domum non habuerit. Dazu Bayonne 1296 §. 17, ebd. 2,83.

anders ausgedrückt wird: si quis ad vestigium vel latronem persequendum admonitus venire noluerit, quinque solidos judice condemnetur, Boretius, Capitularia 1, 5, 9. 7, 17. Die Satzung scheint auf den Dienst in der Schaar zu gehen. Auch in diesem Fall dürfen wir jedoch für die Bestrafung, die der sonstige Unterthan für die Unbotmässigkeit erlitt, etwas daraus gewinnen, wir können die Art und Höhe seiner Strafe danach abmessen, weil der speciell in Dienst genommene Pflichtige nicht wohl milder zu beurtheilen war als der nicht zur Schaar gehörige. Damit hätten wir als Höchstbetrag der allgemeinen Strafe fünf oder, nach anderer Lesart, fünfzehn Schillinge, eine Summe, die in Köln sehr gesteigert wurde. Möglich ist jedoch, dass eine feste Strafe erst lediglich für den Mann in der Trustis aufkam und über die anderweitig aufgebotenen Unterthanen vorerst die Willkür oder das Herkommen entschied. Im Uebrigen ist der Dienst in der Schaar ebenso wie der im Gesetz von 596 auf obrigkeitlichen Befehl zu thun; der Hülfsbedürftige mag sein Gesuch mit sicherem Erfolge an den Beamten richten, ein directes Angehen der Dienstpflichtigen hingegen würde die, welche den Beistand verweigern, nach den angeführten Gesetzen nicht straffällig machen. Es ist noch immer der Ungehorsam des Unterthans gegen den rechtmässigen Befehl des Staates, welcher den Rechtsgrund jener öffentlichen Busse bildet.

So lange die Hülfepflichtigen nur auf Geheiss der Obrigkeit in Thätigkeit treten mussten und ohnedem es ihrem freien Willen überlassen blieb, ob sie dem ihre Hülfe Anrufenden Unterstützung leisten wollten oder nicht, — sofern nicht etwa uns unbekannte nicht königliche Rechtssätze auch in diesem Fall die Mitwirkung geboten — so wurde der Zweck, für welchen der Dienst bestand, unvollkommener erreicht, als es der Inhalt der Obliegenheit selbst nöthig machte. Denn das Abwarten des amtlichen Einschreitens musste nur zu oft das nachträgliche Aufgebot der Obrigkeit vereiteln, während eine Verfolgung des Diebes oder Räubers, begonnen auf frischer That, ausgeführt mit den Dienstpflichtigen aber ohne Betheiligung des abwesenden Beamten, zur Verhaftung des Verbrechers geführt haben würde. Dass hier etwa altes oder neues Recht, Volksrecht oder Amtsrecht, ausgeholfen und an Stelle der unsicheren Möglichkeit gutwilligen Beistand zu finden die rechtliche Verpflichtung Beistand zu leisten gesetzt haben, ist sehr wohl denkbar, vielleicht auch wahrscheinlich, aber nachgewiesen ist es meines Wissens nicht und ich weiss auch nicht, ob es bis zum neunten Jahrhundert dargethan werden kann. Ein Kapitel de pace in hoste vel infra patriam, obwohl von dunkler Herkunft, mag dafür sein, aber sein Thatbestand ist die Nichtintervention bei einem Streit ohne Rücksicht auf das Begehren einer Partei und wenigstens das ist völlig neu (Boretius, Capitularia 1, 334, 6). Geben aber nicht die Chamaven ein Zeugniss, indem sie als ihr Landesrecht erklärten: quisquis audit arma clamare et ibi non venerit, in fredo dominico solidos 4 componere faciat (Lex Chamavorum c. 37)? Gegen die Auslegung, dass es der private Ruf: Waffen! war, der zum Herbeieilen verpflichtete, spricht, dass die Angabe mitten zwischen Kapiteln steht, die unzweifelhaft ein amtliches Aufgebot betreffen, und dass die Strafe Bannstrafe und überdies Bann in demselben Betrage ist, wie er dort auf die pflichtwidrige Nichtleistung von Waffendienst, Wache und Baulasten gesetzt ist. Der Ruf selbst könnte seiner Form nach ebenso gut ein privater wie ein obrigkeitlicher sein. So ist es nach den Annales Egmundani 1152, SS. 16, 458, die Partei, die beabsichtigt, ut vulgo dicitur arma clamare, und das Stadtrecht von Münster um 1221 §. 37 hat sie im Auge: qui proclamavit ad arma, non vulneratus, et non blaveus et non spoliatus, vadiabit 7 solidos aut decoriabitur et radetur, Wilmans, Westfälisches Urkundenbuch 3, 173 S. 92. Aber

mit demselben Ruf hat auch der Beamte aufgeboten. Nach einem Weisthum von Uerdingen 1454 §. 11, Grimm 6, 694, nimmt der Hunne den Todtschläger fest: is he sins niet mechtich, sal he sin nabern zo hulfen nemen; willen si gein bistant doin of vint he gein nabern, so sol der selve honne „waifen" roifen, ind gevent van stont an den hern zu kennen. Die Frage würde, wenn sich zeigen liesse, dass der Waffenruf im Hamalande später lediglich Parteiruf war, wohl damit zu Gunsten der Annahme entschieden werden, dass er es auch zur Zeit des chamavischen Weisthums war, allein mit den Hülfsmitteln, die ich zur Hand habe, ist es unmöglich jene Untersuchung zu unternehmen. Muss ich mich jetzt mit dem Zweifel bescheiden, so lasse ich auch die Frage offen, ob die populare Pflicht sich aus der staatlichen entwickelte oder umgekehrt die staatliche aus der volksrechtlichen hervorging. Angenommen, dass bei den Chamaven der private Ruf zum Beistand zwang, so würde die durchaus bannrechtliche Behandlung der Pflichtverletzung die Vermuthung nahe legen, dass das staatliche Recht wenn nicht den Ausgangspunkt so doch einen mitwirkenden Factor in der Gestaltung der volksthümlichen Pflicht gebildet habe.

Allein auch wenn die populare Pflicht der fränkischen Zeit angehören sollte, so werthvoll eine solche Verwendbarkeit der polizeidienstpflichtigen Unterthanen gewesen sein würde die Ordnung besass immer noch eine gefährliche Lücke. Der Verbrecher konnte in Gegenwart vieler Männer sein Verbrechen ausführen, ohne dass der Beamte oder der Gefährdete die Macht hatte, diesen vielen die Hülfe zu befehlen, weil sie nicht Unterthanen waren. Sie gehörten dem Lande an, sie genossen seinen Schutz, sie waren so gut wie die Freien fähig den Dienst zu leisten, aber sie hatten weder öffentliche Rechte noch öffentliche Pflichten, weil sie unfrei waren. Einen so grossen und brauchbaren Theil der Bevölkerung konnte das Recht nur heranziehen, wenn es für ihn seine Strafe änderte, denn der Sklave und der Lite waren nicht im Stande so viel zu zahlen wie der Freie. Einer Ausdehnung in dieser Richtung begegnen wir in dem Erlass, welchen Karl der Kahle 853 zu Servais bei Laon gegeben hat; derselbe enthält den Befehl, ut si alicui denuntiatum fuerit, ut ad accipiendum latronem adjutorium praestet, aut aliquis sonum inde audierit, ut ad latronem accipiendum concurratur, et se inde retraxerit, ut ad hoc adjutorium non praestet, si liber homo fuerit, bannum dominicum componat, et si colonus fuerit, sexaginta ictus accipiat. Weiter führt das Gesetz Widos: quicumque igitur ex laicali ordine tam liberi quam servi homines in comitatu commanentes a proprio comite vel a publica parte, id est ab his, qui rem publicam agunt, ammoniti fuerint, si se subtraxerint ab adjutorio sui proprii comitis et eum non adjuvaverint infra ipsum comitatum contra supervenientes praedones in suo comitatu, tertiam partem liberi ex suis mobilibus componant, servi autem 60 ictos vapulentur, si tamen probatum fuerit, quod ipsis denuntiatum fuisset, Pertz, Leges 1, 424, 5. 556 f., 2. Immer ist es das amtliche Aufgebot, das Freie und Unfreie zur Hülfe zwingt, aber es braucht, nach dem ersten Erlass, nicht an den Einzelnen speciell gerichtet zu sein: das Hören des Aufgebots, etwa das Vernehmen des Horns, mit dem der Graf die Vicinen bei der Auffindung eines Erschlagenen nach dem alten salischen Kapitulare zusammenrief (bei Behrend S. 91 c. 9), würde eine ausreichende Verkündung gewesen sein, und es ist dies so selbstverständlich, dass Karl der Kahle, als er später das Gesetz erneuerte, diese Stelle auslassen konnte, Leges 1, 519, 2.

Hier auf dem Gebiete des Polizeidienstes hat der mittelalterliche Staat im neunten Jahrhundert anerkannt, dass er den Verpflichtungsgrund des alten Rechts, die Unterthänig-

keit des freien Mannes, durch einen neuen, die Reichsangehörigkeit des Mannes, ersetzen wolle. Es ist ein Beschluss, der ohne Vorläufer bei einem anderen öffentlichen Dienst zu sein scheint. Wohl sind im Jahre 802 Liten und Sklaven für die Seewehr in Anspruch genommen, allein die betreffende Verfügung, die nur vorübergehend galt, ist von vornherein als eine so abnorme betrachtet, dass die Behandlung der Strafe von allem Herkommen abwich: das Volk, muthmasslich die Einwohnerschaft des betheiligten Districts, sollte alle Geldbussen der unfreien Klassen und überdies die Hälfte von den Strafgeldern der Freien empfangen, während sich der Staat bei jenen mit einer Körperstrafe begnügte, Boretius, Capitularia 1, 100 f, 13[b]. Völlig anders lag es, als der Baiernkönig Ludwig 832 die Sklaven zum Kampfe aufrief, denn hier wollte er innerhalb des Reiches erobern, ein rechtswidriges Unternehmen, zu dem er die Unfreien nicht kraft seiner königlichen Gewalt aufgefordert hat, Annales Bertiniani 832 S. 4.

Hatte die gemeinsame Sache der Menschen an dieser Stelle die rechtliche Sonderung des gewöhnlichen Lebens überwunden und war auch etwa der Einzelne befugt die Hülfe unmittelbar für sich zu verlangen, so war damit nur ein allgemeiner Rahmen gegeben, innerhalb dessen eine weitgehende Ausgestaltung möglich war. Der Umfang der Pflicht, die Gegenstände, die sie betraf, und die Zeit und der Raum, für die sie galt; das Verhältniss zwischen der obrigkeitlichen und der privaten Aufforderung; die Berücksichtigung des Werthes des gefährdeten Gutes und des Umstandes, ob die verweigerte Hülfe in dem konkreten Fall einen Schaden verschuldet hatte oder der gewollte Erfolg auch ohne sie erreicht worden war; die Verschiedenheit des Interesses an Einheimischen und Fremden, welche in Stadt und Land aufkam, diese und andere Erfahrungen und Beobachtungen des täglichen Lebens liessen eine unabsehbare Ausführung des alten Rechtes zu. Eine Geschichte dieser Vorgänge ist bisher nicht geschrieben. Es mag daher gestattet sein für dieselbe einige Nachrichten zusammenzustellen, die jedoch dem Plane dieser Erörterung gemäss sich nicht weit von der Ungehorsamsstrafe entfernen dürfen und sich hauptsächlich auf den Nordwesten beschränken. Was Sachsen betrifft, so hat Planck, das deutsche Gerichtsverfahren im Mittelalter 1, 57. 59. 61. 759—761, den Zustand, den Eike von Repkow beschreibt, so eingehend dargelegt, dass ich dessen überhoben bin. Nur den Punkt muss ich hervorheben, dass die Nichtachtung des Hülferufs noch milder geahndet wurde als im Lande der chamavischen Franken, mit drei Schillingen, und dass diese Strafe, wie es scheint, ohne Unterschied, ob der Einzelne oder ein Beamter den Beistand begehrte, Anwendung fand, sächsisches Landrecht 1, 62, 3.

Die alte Strafe von 60 Schillingen hat ihre Geltung lange behauptet. 1239 bestand sie in Sirault bei obrigkeitlichem Aufgebot: se li iustice Saint Amant a mestier d'aie et ille en semont les homes de le vile de Syrau, cascuns de ciaus ki ne li aidera est à LX s. Aber bereits traf diese hohe Strafe auch denjenigen, der dem Stadtgenossen nicht gegen einen Auswärtigen beistehen wollte: se estranges hom fait lait à home de le vile de Syrau, cil de le vile li doivent aidier et mener le malfaiteur en le prison Saint Amant, sil en sont semons de iustice u de celui con a fait lait et s'il ne faisoient, cascuns seroit à LX s., Wauters a. a. O. S. 143 f., dazu die Erneuerung S. 153 f. In Schiedam lautet ein Gesetz von 1275, Bergh a. a. O. 2, 288 S. 125: off onse rechter off zijn stedehouder in hulp onser stede ofte ons casteels yemandt riep ende nyet haestelick en quame, LX β.Hollants zoude hy den rechter betaelen. In Lille ist die Sechzigschillingbusse auf die Gemeindepflicht über-

tragen: se hom de forains bat ou laidenge bourgois de cheste ville devens le ville ou dehors et il y ait autres bourgois, et li bourgois cui on bat ou keurt sus crie bourgesie, tout li autre bourgois qui y sont et le voient et oent li doivent aidier contre le de forain et sans meffait et sans fourfet au signeur; et s'il y avoit bourgois qui le veist laidengier, et il ne li aidast, dont eschevin euissent vretet qu'il creissent, il seroit à LX sous de fourfet et chis fourfes seroit tous au signeur; et s'aroit chius allet contre sen serment — qu'il fist de le bourgesie, Roisin, Franchises de Lille, publ. par Brun-Lavainne 1842 S. 113. Der Abt zu St. Bertin hielt in der Keure von 1231 für seine Stadt Arkes für das obrigkeitliche Aufgebot die Strafe von 60 Schillingen fest: qui justitiario vel praeconi jurato — der nächste Artikel dehnt es auf den serviens praepositi non juratus aus — in arrestando aliquem vel legem prosequendo auxilium petenti defuerit, tres libras emendabit, während er die Weigerung des Stadtgenossen, seinem Mitbürger gegen einen Fremden beizustehen, mit nur 20 Schillingen strafen liess, immer noch doppelt so hoch, als einer seiner Vorgänger für Poperinghe angeordnet hatte, Warnkönig, frandrische Rechtsgeschichte 3, 1, Nr. 166 S. 36 §. 46—48, die Keure von Poperinghe ebd. 2, 2, Nr. 188 S. 112 §. 12 = Hoop, Recueil des chartes de Saint-Bertin 1870 S. 40. Die zehn Solidi standen in Eecloo und Caprike noch 1240 unabhängig davon, wer Uebelthäter war: si ille, cui rapina facta fuerit, clamando auxilium petierit, omnis, qui ad auxilium ejus non advenerit, domino emendabit 10 solidos, und ebenso war es bei der Aufforderung einen Dieb zu verfolgen, Warnkönig das. 2, 2, Nr. 232. S. 217 f. §§. 19, 22, aufgenommen in die Keure von Piet ebd. Nr. 234 S. 223 = Lokeren, Chartes 1, 761 S. 342. Ungewöhnlich hoch, mit 10 Pfund, war in Gent die Weigerung dem Ammann zu helfen bedroht, Warnkönig a. a. O. 3, 1, 250. Von anderem Interesse ist das Stadtrecht von Aire 1188. Hier haben wir die Spurfolge unter Anführung des Beamten, an den sich der Bestohlene oder Beraubte wendet, mit der ursprünglichen Busse von 5 Schillingen für jeden, der dem obrigkeitlichen Aufgebot nicht folgt; der Dienst währt einen Tag. Die Strafe wird auf 60 Schillinge erhöht, wenn es sich um Festnahme eines Stadtfremden handelt, der einen Einheimischen tödtete, Warnkönig a. a. O. 3, 1, Nr. 164 S. 23 f. §§. 6 und 11. Brogne hatte 1154 folgendes Recht: si quis in villa tantum forefecerit, ut capi et abbati servari dignus sit, facto post eum clamore Hahaij vel sono buccine vel bannalis campane, usque ad terminos leuce bannalis tota villa eum insequetur. si quis tam de vericonjuratoribus quam de burgensibus audito sono vel clamore insecutus non fuerit, nisi legitime excusari poterit, abbati 7 sol. solvet, Croonendael, Namur 2, 640. An die Stelle der festen Busse ist gegen 1178 in der Verordnung des Grafen für die flandrischen Baillis eine im Einzelfall durch Schöffenurtheil festzusetzende Strafe getreten: si baillivus volens hominem arrestare non potuerit et auxilium vocaverit, qui primus fuerit et baillivum non adjuverit, in forisfacto erit, sicut scabini considerabunt, nisi forte ostendere quis potuerit per scabinos, quod ille, qui arrestandus erat, inimicus ejus sit de mortali faida, et tunc sine forisfacto erit, licet baillivum non adjuverit ad capiendum suum inimicum, Warnkönig a. a. O. 1, 13 §. 3 S. 37 vergl. §. 8 S. 38.

Dem Triebe nach Individualisirung, der sich hier schrankenlose Geltung verschaffte, suchte der Erzbischof von Bremen noch einmal ständisch entgegenzukommen, indem er für das Hollerland verordnete: si wapenrocht contigit, qui ad hoc supersederit, si liber fuerit, 10 solidos vadiabit, ministerialis totidem, si proprius fuerit, crines et pellem vel quinque solidos persolvet, 1181, v. Heinemann, codex diplomaticus Anhaltinus 1, 600 S. 443. Er hatte kaum ein Bedürfniss bei der in Betracht kommenden Bevölkerung eine weitere Klassifica-

tion des Volkes zu berücksichtigen als jene beiden Gruppen, während im Reiche ungefähr hundert Jahre früher eine vierfache Abstufung getroffen war (Pertz, Leges 2, 58 f.). In den Ansätzen hatte der Bischof zwar bei der untersten Schicht die ältere Strafe aufrecht erhalten, aber für die Freien und die Ministerialen hatte er sie beträchtlich ermässigt. Indes war die Strafe immer noch zu hoch, als dass nicht eine fernere Herabsetzung begehrt wäre, und so erklärte 1235 der Landgraf von Thüringen zu Gunsten der coloni eines Klosters: si vero id, quod dicitur Landvolge, neglexerint, ad quod sepe dicti coloni non nisi generali necessitate provinciae tenebuntur, — in proximo plebiscito satisfaciet sex denariis et dimidio, Kuchenbecker, analecta Hassiaca 9, 155. Um das Bild des damaligen Particularismus zu vervollständigen, vergleichen wir den bairischen Landfrieden von 1244: si quis judex vel alius fuerit insecutus furem vel latronem aut proscriptum, audito clamore si quis non armis vel fustibus accurrerit, 2 talenta dabit. Könnte es hier scheinen, als ob auch der Privatruf bei Strafe von zwei Pfund nöthigte den schädlichen Mann zu verfolgen, so werden wir doch alsbald durch die Fassung eines späteren Landfriedens darüber belehrt, dass es nur von dem Beamten galt, sei er nun Richter oder Graf oder Scherge, Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte 5, 85 §. 50. 147 §. 43. Ich gehe nicht weiter, insbesondere untersuche ich nicht die Doppelnatur des Dienstes, seine Bestimmung die Obrigkeit in der Ausübung und Vertheidigung ihrer Herrschaft zu unterstützen und dem Einzelnen zu seinem Rechte zu verhelfen, Studien, die nur unter Verwerthung der hier sehr ergiebigen Weisthümer erfolgen können.

3. Oeffentliche Arbeiten.

Dass es im Willen des ribuarischen Gesetzes lag, seine Strafe auch für den Fall aufzustellen, dass ein Unterthan dem Aufgebot zu einer öffentlichen Arbeit nicht nachkam, kann wohl nicht mehr durch die Anwendung der Sechzigschillingbusse auf eine derartige Pflichtverletzung im achten oder neunten Jahrhundert bestätigt werden. Wenn das Recht des Hamalandes den Ungehorsam gegen den Befehl des Grafen eine Schleuse oder eine Brücke zu bauen oder auszubessern unter seine gewöhnliche Strafe von vier Schillingen genommen hat (Lex Chamavorum c. 38, 39), so mag daraus etwa der Schluss gezogen werden, dass es im benachbarten Frankenlande anders war, aber die Höhe der sonstigen Geldstrafe bleibt dabei unbestimmt. Ludwig der Fromme hat seine Missi beauftragt, die Brückenbaupflichtigen ex nostra jussione admonere, ut unusquisque juxta suam possibilitatem et quantitatem eos emendare studeat; ut pontes publici, qui per bannum fieri solebant, anno praesente in omni loco restaurentur; pontes facere jubeantur, Boretius, Capitularia 1, 288, 8. 290, 17. 301, 11, allein ein solches Befehlen im Namen des Königs, ein obrigkeitliches Befehlen wegen der Oeffentlichkeit der Brücke, ergibt noch nicht, dass der Säumige den Königsbann verwirkte. Die Schwierigkeiten, die den Anforderungen gemacht wurden Strassen und Brücken für den Staat zu errichten und zu unterhalten, waren so beträchtlich, dass Ludwig in Betreff des Brückenbaus einmal seine Missi anwies, ut renuntient, in quibus locis nostra jussio impleta, in quibus sit neglecta aut aliqua inpossibilitate vel certa ratione dilata, und schliesslich gelangte er 829 zu dem Entschluss ganz individuell vorzugehen: de pontibus publicis destructis placuit nobis, ut hi qui jussionem nostram in reparandis pontibus contempserunt, volumus ac jubemus, ut omnes homines nostri in nostram praesentiam veniant rationes reddere, cur nostram jussionem ausi sunt contempnere. comites

autem reddant rationem de eorum pagensibus, cur eos aut non constrinxerint, ut hoc facerent, aut nobis nuntiare neglexerunt, ebd. 1, 307, 22. Pertz, Leges 1, 352, 11. Eine Ordnung, die den Zustand bessern sollte! Und dies bei einer Leistung, welche ausführbar blieb, auch wenn der Pflichtige säumig war.

Die Italiener haben der Natur der Leistung Rechnung getragen. 787 ist hier für die Kirchen verordnet: si vero opus suum constituto die conpletum non habuerit, liceat comiti pro pena prepositum operis pignerare juxta aestimationem vel quantitatem operis, quousque perficiatur, und so gut wie das Werk auf Kosten des Pflichtigen herzustellen war, konnte dieser selber gezwungen werden seine Arbeit zu verrichten. Ludwig II., der 850 den Grafen die Frage vorgelegt hat, qua censura redarguendi sunt illi, qui pontem Tycynensem totiens a nobis commoniti facere neglexerunt, erliess den Befehl, ut quicumque in Kalendas Marcias portionem suam pleniter restauratam non habuerit, tamdiu ibi ipse sedeat, quousque perfectissime consummatam habeat, Boretius, Capitularia 1, 197, 7. Pertz, Leges 1, 405, 5, 407, 8.

Die von mir über die spätere Zeit gesammelten Notizen sind zu unvollständig, als dass sich aus ihnen ein Rückschluss auf die ältere Zeit machen liesse. Ich begnüge mich daher, ein paar Nachrichten aus flandrischen Gebieten zusammenzustellen *). Die Keure der vier Aemter 1242 §. 64 bestimmt: qui dikinghe, slusen, Watergenc, Herstraten, huutseten, inzeten non fecerit et eum praeco et scabini non warandisaverint, solvet illud opus duplum praeconi, si pro eo persolverit per scabinos. Für Eecloo und Caprike stellte die Landesherrschaft in der Keure von 1240 §. 10 fest: quicumque non perfecerit clausuram suam sicut debet vel emendaverit, erit in forefacto erga dominum de 12 denariis et dominus debet facere clausuram illius seu emendare per custum duplicatum, et quicumque propter defectum clausurae alterius damnum receperit, pro emenda judicio scabinorum illud ei restituatur de bannis illius, cujus defectu passus est damnum. Aus dem Gesetz für das Land Waes 1241 §. 32: qui statuto tempore pro rata sua non foderit, ballivus illam ratam fodi faciat et illum, qui ratam suam fodere omisit, duplici mercenarii pretio et ad opus comitis in 2 solidis condemnetur. So beginnt die privatwirthschaftliche Seite der Pflicht zur Geltung zu kommen und die Herrschaft mit dem öffentlichen Recht zu theilen.

4. Die Dingpflicht.

Auf diesem Gebiete hat die Entwicklung von Anfang an einen anderen Gang genommen, sowohl in den Ländern, wo die Pflicht des Gerichtsangehörigen sich an einer Gerichtsversammlung zu betheiligen ursprünglich durch Volksrecht geordnet war, als da, wo die Obliegenheit dem Richter des Königs in der Ausübung seiner staatlichen Gerichtsgewalt als Urtheilsfinder zu helfen durch Amtsrecht zur Einführung gelangte. Dort wurde sie durch einen Rechtssatz gefordert, hier wenigstens zuerst durch ein obrigkeitliches Gebot, aber in keinem von beiden Fällen war sie ein Königsdienst im Sinne des ribuarischen Gesetzes. Der Königsbann hat daher in Ribuarien auf sie keine Anwendung finden können. Aber dennoch bleibt es eine auffallende Thatsache, dass Karl der Grosse, so viel er sich auch mit

*) Die Urkunden stehen bei Warnkönig, flandrische Staats- und Rechtsgeschichte, 2, 2 Nr. 222. 232. 220 S. 196. 216. 182. Dazu etwa 1277 Bergh a. a. O. 2, 331 S. 142. — Pritzwalk 1256 §. 8, Gengler, Stadtrechte S. 363: qui excedit in refectione pontis, 3 solidos solvat, betrifft wohl die Gemeindepflicht, vergl. §. 10.

der Dingpflicht beschäftigte, niemals, wenn uns nicht etwa eine Lücke der Ueberlieferung täuscht, eine Norm für die Ahndung der Gerichtsversäumniss gegeben hat. Es galten also Landesrechte, wie sie sich in Ermangelung reichsrechtlicher Vorschriften behauptet oder gebildet hatten oder jetzt bilden mochten, Rechtssätze, die dem Particularismus nicht sowohl entsprungen waren als ihn förderten*).

Die landschaftlichen Rechte kamen darin überein, dass die Pflichtverletzung eine Vermögensstrafe begründete. Denn auch hier konnte, weil eine verspätete Erfüllung, nachdem das Gericht gehalten, unmöglich war, nach der Natur der Leistung keine andere Bethätigung des Rechts eintreten als Strafe und nach der Natur des altdeutschen Rechts keine andere Strafe als eine pecuniäre. Dass die Ausgebliebenen pro hoc condemnati illi pauperiores non fiant, wie es in einem italischen Kapitulare Karls heisst (Boretius, Capitularia 1, 207, 12), war einer der Gründe, die Karl bewogen die Vollgerichte zu beseitigen oder zu beschränken. Hincmar schrieb 882 ad episcopos regni c. 15, opera 2,224, ne contra capitulum d. imperatoris Karoli — comites et vicarii vel etiam decani plurima placita constituant et si ibi non venerint, compositionem ejus exsolvere faciant. So selbstverständlich war es, dass der Beamte sich an das Vermögen des Schuldigen wendete. Die Busse war eine öffentliche, die der mit der Gerichtsverwaltung betraute Beamte einziehen liess. Da der Staat auf die Erfüllung der Verpflichtung hielt, so mochte sich auch hier die ältere volksrechtliche Strafe in eine Bannstrafe verwandeln, eine Umbildung, welche einige karolingische Erlasse vorauszusetzen scheinen, wenn sie sagen, dass die Dingleute zur Versammlung gebannt werden, s. z. B. Boretius, Capitularia 1, 116, 20. 207, 12, gleichbedeutend steht mannire 1, 125, 16; jedoch wechseln die Ausdrücke mit cogere 1, 148, 5. 150, 13. 214, 4, observare compellere 1, 290, 14, facere custodire 1, 210, 14. In Tribur ist 895 als Herkommen angesehen, dass der Graf placitum cum populo suum condixerit et per bannum illuc venire praeceperit, Mansi 18, 137, 9.

Aus dem ersten Jahrtausend sind mir über die Bemessung der Busse keine Nachrichten bekannt als die von den Süddeutschen in den beiden Gesetzbüchern, Lex Alemannorum 36, 4 und Lex Bajuwariorum 2, 14 mit der vereinzelten Variante von 12 Solidi. Die Behandlung ist völlig identisch. Bei beiden Völkern ist die Busse so hoch wie der Herzogsbann, 12 und 15 Solidi. Es ist ein Rechtssatz, der sie bestimmt, und daher bleibt sie ganz unabhängig davon, welcher Richter den Gerichtstag ansetzt und den Vorsitz führt; die Verschiedenheit ihres Ranges und die Ungleichheit ihres Bannes sind eben deshalb irrelevant, weil nicht ihr Gebot den Säumigen strafbar macht. Der Rechtssatz gilt ferner für jeden Dingpflichtigen des Gerichtsbezirks, sowohl für den Stammesgenossen als für den Stammfremden.

Eine weitere Mittheilung finde ich nicht, insbesondere auch keine über die fränkische Busse. Die vier Schillinge Bannstrafe, welche nach der Lex Chamavorum von dem verwirkt wurden, den comes ad placitum suum bannit et ibi non venerit (c. 40 vergl. c. 43), be-

*) Auch der Schöffendienst ist nicht unter eine reichsrechtliche Strafe gestellt. Der Schöffe wurde zum Dienst gebannt, vergl. Boretius, Capitularia 1, 116, 20. 207, 12. 210, 14. 290, 14. 320, 2, d. h. befohlen, wie auch der Unterrichter gebannt wurde, ebd. 1, 207, 12. Ein ganz anderes Recht liegt vor, wenn der König einen Missus ermächtigt, ausgebliebene Landtagspflichtige per bannum nostrum ad placitum vestrum bannire, ebd. 1, 145, 5. — Die Verpflichtung des Clerus in der Synode zu erscheinen ist durch den Königsbann gesichert, ebd. 1, 31, 3.

treffen nicht die Dingpflicht sondern die Pflicht in anderer Eigenschaft, etwa als Verklagter oder als Zeuge, sich vor Gericht zu stellen, weil die Strafe sich auf den Ungehorsam gegen eine an einen Einzelnen gerichtete Vorladung gründet. Auch die sächsischen Gesetze bieten nichts über unsere Frage; die capitulatio de partibus Saxoniae c. 31, die den Grafenbann in kleineren Sachen auf 15 Schillinge feststellt, nicht, weil diese Norm hier sowenig wie bei den Alemannen die Dingpflicht einbegreift, und das capitulare Saxonicum c. 5: si quis de nobilioribus ad placitum mannitus venire contempserit, solidos quatuor conponat, ingenui duos, liti unum, ebenfalls nicht, weil diese Bestimmung dem chamavischen Satze gleich ist.

Vermag die Lücke in der zeitgenössischen Ueberlieferung für den fränkischen Stamm oder für ein anderes Land durch Berichte des späteren Mittelalters ausgefüllt zu werden? So weit ich jetzt das Material übersehe, kann ich diese Hoffnung noch nicht hegen. Denn da wo wir allmälig auf Angaben stossen, die übrigens ausserhalb des Bereichs der Weisthümer immer spärlich und vereinzelt bleiben, treffen wir bereits einen so particulären Zustand, dass eine Zurückführung dieser Ausgestaltungen auf eine normale Ursumme nicht ausführbar scheint. Möglicherweise ist auch eine stammesrechtliche Einheit in diesem Punkte nicht überall vorhanden gewesen, sondern die ursprüngliche Fixirung der Strafe hier oder dort in einer engeren Gruppe vollzogen. Bei der Prüfung der Nachrichten macht wieder die Verschiedenheit der Münzen, auf deren Umrechnung ich mich nicht einlassen kann, Schwierigkeiten. Ich schliesse bei den Notizen, die ich im Folgenden gebe, im allgemeinen die Weisthümer aus, deren Stellen z. B. im Register Schröders zu Grimms Sammlung 7, 346 und in den Registern zu den österreichischen Weisthümern 1, 436. 6, 683, vergl. 7, 1067 zu finden sind.

Als im Jahre 1269 die borgois de S. Omer, ki frans alloes tienent, von der Pflicht die drei plais généraux des Castellans zu besuchen eximirt wurden, ist bemerkt, dass der Ausbleibende drei Schillinge wette, Giry, St-Omer 1877 S. 114. In Saffelaer um dieselbe Zeit debet dominus habere tria generalia placita in anno et ad illa debent omnes hospites convenire et qui non venerit dabit domino duodecim denarios, nisi competentem monstraverit necessitatem vel nisi eum dominus licenciaverit, Lokeren, Chartes de Gand 1 S. 327, auch bei Wauters, De l'origine des libertés communales, preuves 1869 S. 217 f. In Alost ten jaerkeure moeten ende zyn ghehouden te commene alle de personen, manhoofden wesende, woenende binnen der vorscreven stede ende scependomme, die XV jaer oud zyn, ende daer boven, ende wie dies inghebreke es, verbeurt XX S. p., Warnkönig a. a. O. 3, 2, 58 S. 110. In La Hulpe nemo habet placita generalia nisi dominus dux, wie das Stadtrecht von 1230 sagt, his autem tribus placitis generalibus debent interesse omnes censuarii ducis de allodio de Hulpe, et si quis abfuerit, debet duci duos solidos, Willems, Gestes des ducs de Brabant 1, 633 = Warnkönig, Von der Wichtigkeit der Kunde des Rechts der belgischen Provinzen 1837 S. 68 *). Auf das Viertel jener Summe ging der Bischof von Hildesheim herab, als er

*) Vergl. Coutumes de Malthay 1306 § 3: tuitz li inhabitans les villes devantdictes, qu'ilx sont tenuz au plait ou à l'assise, se ilz defaillent ou se ilz ne comparent à la jornée assignée aud. plait ou assise, et qui ne poursuiguent led. plait, ilz enchiesent, et sont tenuz esdiz prevost et maire en deux solz pour amende. Dieses „plait general" fand nach §. 2 zweimal im Jahre, im Februar und im Herbst, statt, Giraud, Essai sur l'histoire du droit français 2, 408. — Nach einer Bemerkung aus dem 10. Jahrhundert liess sich der Richter in Frankreich von dem Ausgebliebenen mulctam pecuniae offerre, Hänel, Lex Romana Visigothorum S. 461.

für seine flamländischen Ansiedler um 1135 bestimmte: ter in anno concionandi causa conveniant, — si quis ad placitum judicis venire tardaverit vel in placito obstrependo offenderit, si ob hoc inquam pena multandus erit, sex denarios tantum vadiabit, Böhmer, acta imperii S. 816, zwei Pfennige weniger, als nach der Ordnung des Erzbischofs von Bremen 1181 auf dem Hollerlande galt: post sex hebdomadas placito intererunt, ita dico, si tribus diebus ante indictum fuerit. — qui tardus ad placitum venerit, octo nummos vadiabit, v. Heinemann, codex diplomaticus Anhaltinus 1, 600 S. 443.

Nach dem Sachsenspiegel wetten die Gerichtsangehörigen, welche ihre Dingpflicht nicht erfüllen, aber wieviel sie geben müssen, erfahren wir nur dann und wann durch andere Quellen des sächsischen Rechts, nicht durch das sächsische Landrecht 1, 53, 1. 2, 6, 3 noch durch den Richtsteig Landrechts 1 §. 3. 48, 1. Die Summen sind sehr ungleich, ohne dass wir doch an der Zeitfolge der Ueberlieferungen eine successive Herabsetzung der Strafe beobachten können. Das Landgericht bei Burg, welches der erzbischöflich magdeburgische Vogt abhielt, wurde drei Tage vorher verkündigt: wy dar nicht enqueme, dy dinkplichtig is, dy weddet drye schillinge, hy ne moge sik des benemen also eyn recht is, ferner: kumpt eyn man tu dinge nicht, hy mut darumme wedden dry schilling, Neue Mittheilungen, herausgegeben von dem thüringisch-sächsischen Verein 11, 164. 166. In Verden hatte dieselbe Strafe sich von dem Echteding auf die Gemeindeversammlung ausgedehnt, nach den Statuten von 1330 §. 20: Wan men Echtedingh holt edder wan de Rad en Burding holt efte en Burding—kundeghen let, welk Hushere de dar to Hus is, de dar weth un dar nicht en kumpt, de schal gheven dre Schilinghe, wan de Rad da eschen let, Gengler, Stadtrechte S. 510 f. In Leobschütz treffen wir bei den drei Vollgerichten eine lehrreiche Sonderung an: ad quae judicia si quis non venerit, si nulla contra eum movetur querimonia, 20 denarios dabit pro pena; si vero aliqua contra eum querimonia fuerit, 4 solidos dabit judici, Emler regesta 2, 1882, S. 276 = Jirecek, codex juris Bohemici 1, 171 §. 27. Das älteste Stadtrecht von Soest §. 9 verordnete für dieselben Gerichtsversammlungen: si forte aliquis defuerit vel nimis tarde venerit, unum lotscillinc vadiabit; das nahm Lübeck auf, während ein Schiedspruch über ein Gogericht 1277 die Strafe auf einen halben Schilling fixirte: quod ad dictum judicium tarde venientibus, qui vulgariter latekomen vocantur, fuit impositum minus juste, 6 denarios non excedat; diesen Betrag hielt Hameln noch 1335 fest, Seibertz, Urkundenbuch 1, 42 S. 50. Lübeck 2 S. 185 Hach. Grimm, Weisthümer 3, 186 f. Pufendorf, observationes 2, app. S. 273. Lassen sich auch die Nachrichten ohne Zweifel sehr vermehren, so wird doch die Mannigfaltigkeit ihres Inhalts schwerlich geringer werden *).

Wir haben einer merkwürdigen friesischen Ordnung zu gedenken: Dit is riucht, dat da schelten keda schellet aller lyck binna sine banne des monnendeys toe aller doerna lyck sex wiken eer mase halde, ende aldus keda: Bodtingh kede ick ioe wr sex wikem aen dis selua dei, dis monendeys to haldene ende dis tysdeys, dis wernsdeys, dis tongerdeys, dis fredis, dis saterdeys ende dis monendeys. Alle dagen aegen hyase toe bannen bi des konings banne, ende also to haldene ende to lasten; soe hwa soe naet ne seeckt, di schel toienst dyn schelta mit tuam pondem beta, v. Richthofen, Schulzenrecht §. 23, Friesische Rechtsquellen S. 390, vergl. §§. 52, 53 das. S. 395. Es ist ebenso singulär, dass die Versammlung

*) Ich übergehe Stade 1209 §. 2, Gengler a. a. O. S. 456, weil der Satz auf eine Vorladung zu gehen scheint, und aus demselben Grunde §. 4 f. des Halleschen Rechts für Neumarkt; § 4 des Magdeburg-Breslauer Rechts von 1261 hingegen deshalb, weil er die Gemeindepflicht betrifft.

bei Königsbann angesagt wurde, als dass der, welcher sie nicht besuchte, zwei Pfund verwirkte, eine Summe, die, wieviel Schillinge auch jenes Pfund betragen mag, immer eine sehr hohe ist.

Das wichtigste Gebiet für die Erkenntniss der Entwicklung ist offenbar Süddeutschland, weil wir dessen alte Bussen besitzen. Da es mir jedoch bisher nicht gelungen ist die Fortdauer der von den Volksrechten aufgestellten Summen nachweisen zu können und ich auch nicht im Stande bin ein Urtheil über die Ursache der Veränderung abzugeben, so muss ich diese Rechte späterer Forschung vorbehalten. Einige Quellen, die ich gesammelt habe, sind in einer Vorarbeit wie der vorliegenden immerhin am Platz. Auf dem Gericht, das der Passauer Vogt zweimal im Jahre hielt, mussten die Dingpflichtigen gegenwärtig sein: advocatus noster, so urkundet der Herzog 1262, debet habere unum placitum tempore graminis et aliud tempore feni, ad quod placitum quilibet rusticus noster venire debet. quod si obmittit, dabit 60 denarios, nisi possit impedimento legitimo excusari, Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte 5, 187 f. In der Kirche zu Bozen wurde 1234 dem Grafen von Tirol das Recht gewiesen, quod legale judicium sive Etaidinc debet esse annuatim — et quod illi omnes de plebe Bozani et Keller debent venire ad ipsum placitum, cujus homo sit, sub pena 5 libr. Veron. parvulorum, in burgo et extra burgum, et quod scarius ejus denunciet ad quamlibet domum et si quis ita ad ipsum placitum non venerit, quod dabit 5 libr. Vern. parvul. domino comiti, nisi ipse vel certus nuntius possit demonstrare impedimentum. Die Strafe des Weisthums ist 1293 durch eine dreifache Abstufung ersetzt, nach welcher nobiles et ministeriales 50, burgenses 25 und rustici et cultores 5 Pfund büssten, Hormayr, Beyträge zur Geschichte Tirols 1, 1 S. 205 f. 355. Jedermann erinnert sich bei dem Lesen des Weisthums an den Schwabenspiegel W. 292, L. 358, aber wir vermissen hier die Angabe einer landesrechtlichen Strafsumme; die fünf Pfund oder hundert Schillinge, die dort in einigen Handschriften vorkommen, betreffen nicht den Gerichtsdienst; für ihn galten meist wie in Passau a. a. O. oder bei Grimm, Weisthümer 3, 660 und sonst oft 60 oder 72 Pfennige.

In alemannischen Weisthümern ist die Dreischillingbusse so häufig, dass sich wohl daran denken liesse, sie aus dem Bann des Centenars in der Lex Alemannorum 28, 4 abzuleiten und entsprechend wären dann die sechs Schillinge des Weisthums bei Grimm 4, 391, 1 aus demselben Gesetze 23, 3 oder 28, 3 zu erklären. Nur sind die drei Schillinge auch sonst zu verbreitet, als dass nicht jenes Zusammentreffen leicht ein zufälliges ist. Sie waren z. B. auch in Centgerichten Frankens üblich: als oft einer daz gerihte an der zente versavmet, als dick ist er dem zentgrefen vervallen drey schilling pfennig, Zöpfl, das Bamberger Recht, Urkb. S. 48.

Ich schliesse die Notizen*) mit dem Landfrieden Ottokars von 1251. Damals blieben die im Landgericht Gesessenen verpflichtet, im Landtaiding anwesend zu sein, „dem geriht ze helf", aber die feste Strafe des alten Rechts war durch eine schrankenlos individualisirende Behandlung verdrängt und damit auch die Fortdauer der Pflicht gefährdet: swer daz vrevellich versitzet, der muz darumbe leiden, swaz umb di versaumunge wirt ertaeilt, Archiv für Kunde österreichischer Geschichts-Quellen 1, 1, S. 60.

*) Im welchem Verhältniss das italienische Recht zu dem fränkischen steht, kann ich noch weniger angeben als bei dem französischen. Ich habe mir nur bemerkt, dass 1182 die ein gräfliches Vollgericht nicht Besuchenden pro banno 108 blancos büssten, Muratori, antiquitates 1, 725.

II. Der Königsbann bei liegendem Gut.

Ich stelle diesen Bann betreffende Urkunden bis zum Ende des dreizehnten Jahrhunderts zusammen ohne ihren Inhalt darzulegen. Denn die Geschichte dieses Bannes ist von Sohm, fränkisches Recht und römisches Recht S. 53 ff., in zu glänzender Weise geschrieben worden, als dass ich an eine Wiederholung denken dürfte, und auf eine allgemeine Untersuchung muss ich verzichten, weil sie die meiner Abhandlung gezogenen Grenzen sehr überschreiten würde. Ich entschliesse mich zu einer Publication der Art, weil ich nicht erwarten kann, dass sich mir noch einmal eine Gelegenheit bieten wird, um aus meinen Sammlungen die weniger bequem zugänglichen oder minder bekannten Materialien für unseren Gegenstand abdrucken zu lassen und die weitere, unerlässliche Erforschung des Vorgangs durch ein Verzeichniss wie das folgende erleichtet werden wird. Die Einleitung zu den Texten greift ein paar allenfalls für sich zu behandelnde Fragen heraus. Die Zahlen in den Vorbemerkungen verweisen auf die Nummern der Auszüge.

„Dass alles Königsgut unter Königsbann stand, zeigt z. B. Lex Ribuaria 60, 3." So Sohm a. a. O. S. 53. Das Beispiel ist das älteste, wohl auch das beste und vielleicht das einzige, das uns ein König über den Schutz seines Grundeigenthums mit dem Sechzigschillingbann hinterlassen hat, und doch ist auch dieses Beispiel nur ein Schluss. Denn der reichsrechtliche Satz, der sich dort findet: si infra testamentum regis aliquid invaserit, — cum 60 solidis omnem redditionem restituat, der Rechtssatz, dass das vom König durch Urkunde übertragene oder begrenzte Land gegen widerrechtliche Inbesitznahme durch den Königsbann gesichert ist, setzt nicht mit unabweisbarer Nothwendigkeit voraus, dass der König das in seinem Besitz befindliche Gut mit demselben Schutze ausgestattet hatte. So wahrscheinlich es ist, dass sein Grundstück nach der Vergabung seinen früheren Schutz behielt, unmöglich ist es nicht, dass es einen anderen erhielt, dass es nicht mit der nämlichen Busse gefriedet wurde, bei welcher der König verboten hatte von seinem Lande widerrechtlich Besitz zu ergreifen.

Die Ueberlieferung, auf die wir bei der Nachforschung angewiesen sind, besteht aus Acten des Königs und aus Handlungen seiner Beamten. Von den Merovingern ist, soviel ich weiss, sonst nichts auf uns gekommen als die eingehende Erzählung Gregors, gloria confessorum c. 70 S. 789 (Krusch), wie Sigibert I. einen Bischof zur Verantwortung zog, quod res fisci ditionibus debitis iniquo ordine reteneret, und über ihn deshalb eine Busse von 300 Solidi verhängte. Dem Bischof geschah nach Gregor Unrecht aber doch nur insofern, als die Besitzung in der That keine Domäne war, wogegen es ganz in der Ordnung gewesen zu sein scheint, dass auf die Invasion an sich das Königsstrafrecht zur Anwendung kam. Sonach lernen wir aus der Mittheilung, dass in Sigiberts Reich das Königsgut unter Königsfrieden und nicht unter Landrecht stand, ob aber oder wie die Busse für die mit dem Schutz des fiscalischen Besitzthums betrauten Beamten fixirt war, diese Frage lässt sich daraus nicht beantworten, weil der König rechtlich nicht verhindert war eine andere Busse zu verfügen als die, welche seine Beamten fordern sollten oder zu fordern pflegten. Zu einem anderen Resultat kann ich auch nicht auf Grund der Angabe Hincmars, opera 2,610, gelangen, wonach ein Mann des Bischofs von Laon pro eo, quod in illa mansa — sie waren fiscalisch — intraverat, bannum verwirkte. Allerdings weist dieser Ausdruck darauf hin,

dass auf dem Vergehen eine Königsbusse stand, dass jedoch die Busse der Sechzigschillingbann war, kann meines Erachtens aus dem blossen Wort bannus in einer Erzählung nicht mit der Sicherheit gefolgert werden, mit der Sohm, Gerichtsverfassung 1, 172 sich dafür ausgesprochen hat.

Die Frage wäre wohl sofort und bereits für die Merovingerzeit entschieden, wenn eine Invasion in das Vermögen des alemannischen Herzogs, für welche der Theilnehmer 60 solidos duci conponat et quidquid ibidem tulit, semper tripliciter restituat (Lex Alemannorum 34), eine Invasion im Sinne des ribuarischen Gesetzbuches wäre. Allein hier ist nicht das Grundstück die Sache, auf deren gewaltsame oder heimliche Besitznahme der widerrechtliche Wille gerichtet ist, sondern das herzogliche Land ist nur etwa der Boden, der betreten wird, um das Verbrechen, den Raub und den Diebstahl, zur Ausführung zu bringen. Während auf die bewegliche Habe des Herrschers das fränkische Königsrecht angewendet wurde, gehören die sechzig Schillinge, soviel ich sehe, in ein anderes rechtliches Bereich als das des Königsbannes bei der Invasion, sie erinnern mich an die Lex Salica 14, 6 nebst Zusatz 1 und 2 und 42, 5, Bestimmungen, die von den Septem causae 4, 4 mit undeutlicher Kürze wiedergegeben sind. Wiewohl die Satzung ein Spezialgesetz für den Herzog ist, ihre 60 Schillinge scheinen mir des Thatbestandes wegen unbrauchbar, um aus ihr den Königsbann für das Königsgut zu gewinnen.

Wir suchen nun Auskunft bei dem Kirchengut. Die Kirche ist oft für die Gleichstellung ihres Gutes mit dem Königsgut eingetreten, so z. B. auf den Synoden zu Mainz 847 und 852, und sie hat es mit Erfolg gethan (Mansi 14, 905, 6. Pertz, Leges 1, 412, 4. 520 f., 8). Treffen wir daher bei ihr reichsrechtlich den Königsbann, so erhalten wir eine Unterstützung für die Annahme, dass derselbe ursprünglich und bleibend dem Königsgut zu Theil geworden war. Wir lesen von dem Königsbann in einer unter Ludwig dem Frommen angefertigten Handschrift des alemannischen Gesetzbuches: si aliqua persona res malo ordine de ecclesia subtraxerit, — 60 solidos pro fredo (Leges 3, 126 f.). Woher stammt dieser Königsbann? Ist er Reichsrecht? Ich weiss nicht sicher, ob folgender Erlass Karls von 802 (Boretius, Capitularia 1, 94, 15) seine Rechtsgrundlage abgegeben hat: quod semel offeritur, non revolvatur et sanctificetur et vindicetur. et si autem aliter praesumpserit, presolvatur et bannum nostrum conponat. Ein anderweitiges Reichsgesetz, das den Schreiber der Handschrift zu seiner Aenderung der Vorlage bewogen haben möchte, kenne ich nicht. Später hat Karl der Kahle verfügt, dass res sacrae et fructus ejus a nullo rapiantur, widrigenfalls banni regalis exactione dampnetur, 857, Pertz, Leges 1, 454 1, aber dass dieser Königsbann das Kirchengut von Alters her im Reiche beschützte, lässt sich aus der Stelle nicht zuverlässig entnehmen; auch jene Anordnung kann wie andere in demselben Kapitel eine Neuerung sein.

Es bleibt die missio in bannum regis übrig. Trat das confiscirte Gut unter Königsbann? Worte wie: in nostro banno, in bannum nostrum (Boretius, Capitularia 1, 362, 6. Pertz, Leges 1, 481, 3) oder: fuit in fisco per bannum Caroli imperatoris, wie eine Urkunde von 877, Bouquet 9, 399, sagt, reichen, wie ich glaube, nicht aus, um seine Annahme zu rechtfertigen, sondern ergeben nicht mehr als das, was wir auch sonst erfahren, dass nämlich das Königsgut unter Königsfrieden stand, höchstens noch, dass der Friede bei Geldbusse geboten war, aber darüber klären sie nicht auf, dass die Busse sechzig Schillinge betrug. Ich vermag in den Kapitularien nichts zu finden, was zu einer bejahenden Antwort nöthigte. In Italien wird auf die gesetzliche Bannsumme verwiesen: secundum legem

contra comitem vel parte publica conponat (Boretius 1, 197, 8), aber ihre Höhe wird nicht genannt. Sollte sie etwa durch ein Gesetz vom Jahr 787 gegeben sein, das allgemein erklärte, ut nullus alteri presumat res suas aut alia causa sine judicium tollere aut invadere, et qui hoc facere presumpserit, ad partem nostram bannum nostrum conponat (ebd. 1, 200, 14, vergl. Leges 4, 560, 5), so hätte dort das Königsgut mit dem Königsbann kein Vorrecht gehabt. Ein Gesetz für Sachsen bemisst die Strafe für die eigenmächtige Rückkehr des Ausgewiesenen auf zehn Schillinge, Boretius a. a. O. 1, 70, 27. Obgleich wir diesen Bann auf die Invasion seitens des früheren Besitzers werden beschränken müssen, so haben wir natürlich damit kein Anzeichen dafür, dass er für Dritte das Sechsfache betrug. Uebrigens muss wohl dahingestellt bleiben, ob unser Erlass in Sachsen das Reichsrecht eingeführt oder ob er in der neuen Provinz eine davon abweichende Busse in Geltung gesetzt hat. Wir bekommen aus alledem kein anderes Resultat, als dass aus den bisher erwähnten Invasionsstrafen der Königsbann für das Königsgut nicht mit unanfechtbarer Sicherheit erschlossen werden kann.

Ich gehe zu den Handlungen der Beamten und den aus ihnen hervorgegangenen Particularrechten über. Vielleicht ist es möglich bei dem amtlichen Bannen das, was wir nach den Königsacten muthmassen, aber nicht wissen, noch aufzufinden. Denn da der Ausgangspunkt der verhältnissmässig früh begonnenen und rasch vollzogenen Verallgemeinerung der missio in bannum das Königsrecht in derjenigen Gestaltung war, welche es durch die Karolinger erhalten hatte, so würden wir aus einer zureichenden Uebereinstimmung der späteren Praxis und Rechte in dem von uns gesuchten Punkte den vermissten Bestandtheil des vormaligen Königsrechts zurückgewinnen. Es kommen, wenn ich nicht irre, hierbei dreierlei Friedensgebote in Betracht, das Friedewirken bei der Frohnung, bei der Auflassung und bei dem Rechtsstreit um Grund und Boden. Obwohl ich nun mein Material in dieser Hinsicht für ganz unvollständig halte, so glaube ich doch, dass die mir bekannten Quellen mit solcher Entschiedenheit für den Königsbann sprechen, dass dessen Geltung für das Gut der fränkischen Könige, wenn wir alle darauf führenden Spuren zusammennehmen, nicht wohl zu bestreiten ist. Die von mir bisher bemerkten Zeugnisse sind folgende. Nach dem Stadtrechte von Riom 1270 §. 16: quicumque inhibitionem nostram seu calumniam nostram vel bajuli nostri in bonis alicujus positam ex causa rationabili vel ad instantiam alicujus conquerentis fregerit, in 60 solidos nobis pro justitia puniatur, Warnkönig, französiche Rechtsgeschichte 1, Urkundenbuch S. 43. Breillon 1266: de saisine faite par eskievins, ki le brise, il est à 60 s., Wauters, Libertés communales, preuves S. 223. Mariakerke-Baserode 1266 §. 20: si quis bona arrestata sine licentia dominorum amoverit, 60 solidorum emendae reus erit, Warnkönig, flandrische Rechtsgeschichte 2, 2, 239 S. 247. Hildesheim um 1300 §. 54: also dicke also he ut eder in gheit (in das gefrohnte Gut), brict he sestich scillinghe; die Besitzung war, wie es das ältere Stadtrecht §. 11 ausdrückt, regali signo signata, Doebner, Urkundenbuch der Stadt Hildesheim 1881 S. 284. 103. Vermuthlich gehört auch Münster um 1221 §. 46 hierher: si quis alterius wicbilethe occupaverit injuste, quod sudes in eo locaverit, ideo idem 60 solidos vadiabit convictus, wenigstens dürfte die rechte Gewere des vorhergehenden §. für unseren Ursprung der Strafe sprechen, Wilmans, westfälisches Urkundenbuch 3, 173 S. 93. Das Landrecht von Drente 1412 §. 41: Item soe ys landtrecht, weer enich man die enyger hande guedt an voer, daer die vredeban in gelecht weer, alsoe vake als hy dat doet, soe breket hy vyftyn nye gronynger mark vor schreuen,

soe veer als hem die buren vertugen, v. Richthofen, Rechtsquellen S. 529. Welche Summe das im Verhältniss zu der alten Münzrechnung ist, weiss ich nicht. Dass die ehemaligen sechzig Schillinge später allerhand Aenderungen erlitten, ist zu selbstverständlich, um eine weitere Ausführung nöthig zu machen. Zwei Beispiele genügen. In Salzwedel standen im 15. Jahrhundert auf dem Friedensbruch 50 Schillinge: worde eyn mynsche edder en ding edder en erve bekummert vnde besettet myt der stad knechte, de heten is woltbode, de de settinge bricket, de weddet vefftig schillinge, vertich deme richtere vnd teyn der stad, Gengler, Stadtrechte S. 401 §. 41. Medebach um 1350 §. 32: qui rem aliquam ab alio possessam per annum et tempus et diem sine incusatione debita per judicem usurpavit, is poterit capitali sententia condemnari, Seibertz, Urkundenbuch 2, 718 S. 384; eine Bestimmung, die auf die Nr. 82 vergl. Nr. 153 und 156 bezeugte Praxis zurückgeht.

Für das processualische Friedensgebot ist das werthvollste Document eine Formel aus Alemannien, die in den Anfang des neunten Jahrhunderts gehören mag. Ist es richtig, dass der Friede, den der Graf dem gerichtlich zugesprochenen Grundstück wirkte, aus dem königlichen Confiscationsverfahren abgezweigt ist, — und daraus ist sein damaliges Aufkommen am ehesten zu erklären — so ist der Rückschluss, welchen wir aus jenem Friedebann für den des Königsgutes zu machen haben, wegen des Alters und des Inhalts der Formel besonders bedeutsam. Die entscheidenden Worte sind: qui hoc inquietant, solvant in publico solidos sexaginta, Zeumer, formulae S. 362, 40. Wie bei der missio in bannum, so begründete auch hier die Verschiedenheit des persönlichen Verhältnisses zur Sache mitunter eine ungleiche Behandlung. In Sachsen kam es vor, dass Leben oder Glieder verwirkte, wer eigenmächtig ihm selbst abgeurtheiltes Land beackerte, sächsisches Landrecht 3, 20, 3. Die nämliche persönliche Voraussetzung stellen auch die Distinctionen 1, 43, 8 auf; der Schwabenspiegel W. 231 lässt sie zwar fallen, aber es scheint nach seinem Art. 65 = Deutschenspiegel 73, dass sich die Generalisirung auf den Bruch des geschworenen Landfriedens stützt.

Neben der strafrechtlichen Seite des Bannes steht eine privatrechtliche, die Sohm, fränkisches Recht S. 53 ff. entdeckt und Brunner in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte 17, german. Abth. S. 238 — 240 weiter begründet hat. Es ist der Ursprung der rechten Gewere, der in der missio in bannum regis liegt. Ehe ich einige Stellen dazu gebe, erinnere ich daran, dass der mit der Einziehung beauftragte Beamte schon im 9. Jahrhundert mit Urtheilen fungirte, s. z. B. Beyer, Urkundenbuch 1, 45 S. 51 und Pertz, Leges 1, 490, 6, vergl. Boretius, Capitularia 1, 269, 5. In einer Königsurkunde von 961 erscheint das Verfahren so gestaltet, dass das Gut secundum jus scitumque Francorum judiciumve scabinorum ablatum et in fiscum regium debita bannorum examinatione transmissum est, Th. Sickel, Kaiserurkunden 1 S. 311. Die entgegenstehende Rechtsansprüche nach Ablauf der königlichen Verjährungsfrist vernichtende Kraft des Bannes wird in den Rechtsbüchern und Statuten sichtbar, welche die dem erworbenen Rechte widerstreitenden Befugnisse durch das Friedewirken untergehen lassen. Die obrigkeitliche Handlung enthielt also die Aufforderung binnen Jahr und Tag Einspruch zu erheben, widrigenfalls der Gegner sein Recht verlieren solle. So war es, um ein paar Beispiele anzuführen, in Braunschweig, Goslar und nach bairischem Stadtrecht*), so ergeben es die Distinctionen 1, 46, 4, freilich nicht immer so deutlich wie die von

*) Urkundenbuch der Stadt Braunschweig 1 S. 2 §. 10. 6 §. 41 und spätere Redactionen. Goslar, Göschen S. 26. München Art. 31, 267.

Brunner a. a. O. citirten Quellen, aber im Zusammenhang mit den sonstigen Ereignissen wohl deutlich genug. Was die durch den Bann beseitigten Privatrechte betrifft, so scheint es vollkommen zu genügen, wenn sie ihr Ende erreichen, aber zuweilen ist die Wirkung des Bannes noch in der Weise gesteigert, dass, wer seine durch die abgelaufene Zeit bereits beseitigte Berechtigung nachträglich vor Gericht geltend machte, in Strafe genommen wurde. Dies ist ein Zusatz, der später zugefügt ist und daher sehr mannigfaltige Gestalt gewinnt. Liess es Saffelaer, Wauters a. a. O. S. 214 f., bei 10 Solidi bewenden, so gingen Lüneburg 1247 und ihm folgend Uelzen 1270 §. 8 zu 60 Schillingen an den Richter, ebensoviel an den Verklagten und drei Mark an die Stadt über und in Diessenhofen theilten sich sogar vier Empfänger in die Vermögensstrafe *).

Auf die privatrechtliche Seite des Bannes ist es offenbar zurückzuführen, wenn die Urkunde über den Erwerb erst nach Ablauf der Frist ausgestellt wurde. Als die Abtei St. Maximin mit der Abtei Malmedy 1035 ein Gut tauschte, facta est itaque hec commutatio jussu predicti imperatoris et confirmata legali advocatorum banno et recta traditione et habita ab utrisque abbatibus per annum et diem digna census et servitii solutione, oder: confirmatum est autem hoc concambium praecepto Cuonradi imperatoris et legali advocatorum banno ac justa traditione habitum a praedictis abbatibus per annum et diem digna census ac servitii solutione, Beyer a. a. O. 1, 306 S. 359 und Martene et Durand, collectio 2, 57. In einem Urkundenauszug über eine Schenkung an den Dom zu Paderborn aus dem Anfang des 11. Jahrhunderts handelt zuerst der Schenker, dann fährt das Excerpt fort: quod hujusmodi ratum esse stabilivit, ut si quis haec infringere voluerit, per annum habeat licentiam proclamandi et post annum si auditus non fuerit sua recipiendi, Erhard, codex diplomaticus 1, 87 §. 29 S. 70. Die Androhung des Verschweigens kann sich nicht auf den Willen des Privatmanns gründen, dass jedoch einer der unterzeichneten Grafen seinen Bann ertheilte, geht aus unserer Fassung nicht hervor; wir können den Grafenbann also hier nur wegen der Sachlage voraussetzen, aber wir sind dadurch auch wohl genöthigt es zu thun. Nach Jahr und Tag wurde der Erwerber amtlich gesichert; um 1182 erklärte ein Käufer in Köln: spopondit et super se accepit, quod si aliquis infra diem et annum de hereditate illa querimoniam fecerit, ipse pro eo stabit et non officiales, M. 11, I, 4, Höniger, Schreinsurkunden 1 S. 161, dazu unten Nr. 4; vergl. z. B. Augsburg 1276 Art. 74 §. 2, Prag Art. 107 S. 66 (Rössler) und Grimm, Weisthümer 2, 533 f. Wie wenig der bannende Beamte gewillt war eine Nichtachtung seines Gebots zu dulden, ersahen wir aus den auf eine verspätete Klage gesetzten Strafen.

Einige der früheren Beispiele landesherrlicher Friedensgebote, die wie gewöhnlich dem Westen angehören, mögen hier noch eine Stelle finden. Ein dux et marchio, der 1069 eine Kirche beschenkte, urkundete: ne quis hominum — huic nostrae donationi contraire praesumat neve et in ullo vel otio vel negotio refragator vel temerator existat, nostrae potestatis authoritate et banno prohibemus et interdicimus et omnes successores nostros, ut idem prohibeant, — flagitamus, Jeantin, Chroniques de l'Ardenne 2, 488. Ein Herzog von Lothringen erklärte für den in seinem Gebiete gelegenen Besitz des Tempelordens, als er denselben 1160 in seinen Schutz nahm: pacem — firmam fieri praecipimus, er droht an iram dei omnipotentis et

*) Lüneburg S. 7 f. Kraut; Uelzen bei Gengler a. a. O. S. 498. Diessenhofen Art. 94, Schauberg, Zeitschrift für schweizerische Rechtsquellen 2, 19.

nostram, Miraeus — Foppens 3, 51. In Betreff eines von ihm gegebenen Grundstücks sagte er 1173: tamquam de libero allodio meo pacem indeclinabiliter tenere precepi, Académie royale de Belgique, 4e série, tome 7, 1879, S. 133. Wer seine Uebereignung an das Kloster Floreffe brechen sollte, noverit se reum majestatis offense et pacis violate, 1191, Analectes pour servir à l'histoire ecclésiastique de la Belgique 8, 231. Ein Kloster, das sub nostrae defensionis alas flüchtete, wie der Graf von Cleve 1163 beurkunden liess, erwirkte, dass der Graf seine Besitzungen banno nostro confirmamus, Binterim und Mooren, Erzdiözese Köln 3, 43 S. 136. Der Herzog von Brabant urkundete 1186: pascua — dedi et cornu, ut sicut solet, sufflato, super hiis fratribus pacem promulgavi, zugleich konfirmirt er den übrigen Besitz, alles mit der Klausel: conservatoribus gratiam meam polliceor, in prevaricatores hujus nostre munificentie furoris mei vindictam expono, Wauters a. a. O. S 48 f. Wenige Generationen später sind derartige Aeusserungen der Landesherrschaft in ganz Deutschland verbreitet. Ich kann in ihnen nicht eine Fortbildung des älteren aus der missio in bannum entsprungenen Grafenbannes erblicken, sie scheinen mir vielmehr in Form wie Inhalt auf einer Nachahmung der entsprechenden Acte des Königs zu beruhen, so dass sie weder die Voraussetzungen des ehemaligen gerichtlichen Bannes erfordern noch seine Wirkungen besitzen würden.

Urkundenstellen.

1.

Um 1140, Kölner Schreinsurkunden, herausgegeben von Höniger, M. 1, IV, 1 S. 17: Heriman et Richmut a manu Cunice sororis domini Vogil aream emerunt, quam capitali conventu prefecti urbis et omnium civium banno et quod vulgo dicitur pace potestati sue nullo calumpniante subdiderunt; et ob hanc causam in testimonium amam vini civibus tradiderunt.

2.

Um 1142, ebd. M. 1, VI, 7 S. 20: die Erwerber confirmaverunt coram civibus et coram Heinrico comite, data pro testimonio ama vini ipsis civibus. — cum hoc eis sic confirmatum fuisset, venerunt fratres [die Erwerber] in liberum placitum liberi comitis et ipse comes fecit eis bannum et pacem super hanc eorum proprietatem sine aliqua contradictione.

3.

ebd. M. 1, I, 9 S. 15: ego Richlindis — dimidiam domum, quam inhabito, hereditario jure possessam banno et pace civilis attestacionis michi confirmavi et hoc summo conventu prefecti urbis.

4.

1147, ebd. 1 S. 23, unterscheidet eine Urkunde die Vergabung und die nach Jahr und Tag ertheilte Bestätigung: tradidi domum in Köln an eine dortige Kirche in conspectu civium Coloniensium — constitui autem domnum Sigewinum comitem in conspectu domni Walcuni camerarii defensorem super eandem domum, ut eam cum omni justitia conservet Hirsaugiensi monasterio. ipse vero comes commendavit eam his septem viris, deren Namen aufgeführt werden, ut si quis in illo anno, quo hec donatio facta est, aliquam querimoniam super eandem domum haberet, ipsi secundum justiciam Coloniensem rationem redderent. sed nulla ipso anno de eadem domo querimonia facta est.

5.

Um 1170, Ennen und Eckertz, Quellen zur Geschichte der Stadt Köln 1, 223: si aliquis civium nostrorum domum aut hereditatem aliquam sibi comparaverit presente comite vel advocato, metretam vini ipsis persolvent in jus suum. si autem ministri nostri, vicarii scilicet eorum, supersunt comparationi supradicte, ipsis denarium I persolvet in jus suum, et hoc nostro jure tenemus. sed si quisquam civium nostrorum insuper bannum ab ipsis judicibus super hereditatem suam rogaverit, maldrinum avene persolvet. An die Stelle der Naturalgebühr trat Geldgebühr, ebd. 1, 224: quicunque habet necesse de banno comitis, dabit pro jure banni 4 denarios; die Gebühr hiess sale, 1344, ebd. 4, 287.

6.

1166, Lacomblet, Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins 1, 420 S. 291: ein Kauf secundum morem publice confirmatum est et premunitum banno comitis Ulrici de Are, cujus inibi fuit judiciaria potestas, advocato — cum preposito — hanc traditionem suscipientibus de manu creditoris.

7.

1212, ebd. 2, 44 S. 23: jus patronatus wird vor dem Grafen im Gericht aufgelassen: comes vero sub protectionem suam ex illa hora suscepit nomine ecclesie, bannum etiam suum ut juris fuit coram populo pronunciavit.

8.

1222, ebd. 2, 106 S. 58: eine Auflassung geschah in Bacherache, in loco judiciario, qui a vulgo vocatur ding, coram judicibus Th. quidem scultheto archiepiscopi Coloniensis, E. advocato palatini de Reno ducis videlicet Bauwariae, sub quorum protectione posita sunt ipsa bona et banno, ita ut quicumque de cetero hoc pactum infringere voluerint aut predictos fratres in eisdem bonis aliquo nocendi modo molestaverint, idem archiepiscopus et palatinus sua judiciaria potestate eos coercebunt.

9.

1235, ebd. 2, 202 S. 106: Schultheiss, Schöffen und Bürger von Duisburg beurkunden die vor ihnen erfolgte Schenkung eines Hauses: post requisitum semel et iterum ac tercio contradictorem et nullo contradicente, sententia et auctoritate imperiali confirmata est ecclesie predicte, ita ut si quis ei in prefatis bonis indebite molestus extiterit, imperatoriam puniendus offendat majestatem.

10.

1272, ebd. 2, 631 S. 371: Th. nobilis vir de M. hatte der Abtei Meer eine Mühle mit der Bestimmung geschenkt, dass die in der Mühle Wohnhaften in Willich nicht dingpflichtig wären. Als das Gericht Willich dagegen handelte, wurde die Freiheit durch Schöffenurtheil festgestellt: quam sententiam R. de B., dapifer comitis Clevensis, confirmavit pariter et stabilivit et super hujusmodi sententia prolata (dem Sieger) facta est pax et bannus ab eodem R. judice domini comitis Clevensis.

11.

1095, Ritz, Urkunden und Abhandlungen zur Geschichte des Niederrheins 1, 1. 1824: Trad. Stabul. 41 S. 57 geschieht eine Landschenkung jussu des Abts in generali placito vestituram legalem et bannum accep.

12.

1164, Piot, Cartulaire de Saint-Trond 1, 107: der Erwählte von Metz einen Abteibesitz banno d. imperatoris et nostro hec communimus.

13.

1253, ebd. 1, 265: per sententiam scabinorum et vassallorum — effestucavit — facto super hoc banno et aliis, que de jure et per sententiam fieri debent.

14.

1218, Günther, codex diplomaticus Rheno-Mosellanus 2, 44 S. 136: der Graf von Wied für eine Schenkung: bannum imperialem sicut juris nostri fuit super ea fecimus proclamari.

15.

1231, Franquinet, inventaris van de abdij Kloosterrade 1869 S. 40 f.: scoltetus et scabini Aquenses beurkunden in einem Process: conventui adjudicavimus per bannum et pacem imperatoris d. F. et regis nostri domini H. eadem bona eisdem confirmavimus et firmiter ea ab omnibus observari precepimus.

16.

1296, Binterim und Mooren, Erzdiözese Köln 3, 230 S. 296 f.: in Kempen coram judice et nobis [scabinis] premissa in judicio resignarunt — et ibidem hoc mandatum, quod vulgariter dicitur vreede atque bann, ipsi domino Arnoldo militi dicto de Wachtendonk ac suis heredibus fuerat addictum, prout de emptione et venditione cujuslibet hereditatis apud nos ab antiquo est consuetum.

17.

1230, Haltaus, Glossarium 518 f.: das Gericht in Utrecht per nostrum fredhebannum per me G. Scultetum pronuntiatum proprietatem — eidem recognoscentes ex nunc in perpetuum. Vergl. v. Richthofen, altfriesisches Wörterbuch S. 763.

18.

1222, Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 11, 305 f.: das Gericht in Mainz urkundet, dass der Kläger, mit seiner Klage um Gut abgewiesen, cum exfestucatione in manus nostras, qui tunc judices fuimus, resignans renunciavit; consequenter igitur bona eadem judiciario more bannivimus, pacem fratribus memoratis perpetuam facientes in eisdem.

19.

1137 — 43, Beyer, Urkundenbuch 2, 41 S. 27: comes de Stallecke eine Schenkung banno suo in audientia populi hoc ipsum firmavit.

20.

1182, ebd. 2, 53 S. 93: die Schöffen von Koblenz werden mit ihrer Klage auf Antheil an einem Zoll abgewiesen: R. comes de Nassowa Confluentinorum advocatus sub pena banni sui districte inhibuit, ne umquam aliquis in posterum super sepedicto fratrum theloneo aliquam moveret querimoniam.

21.

1226, ebd. 3, 286 S. 232, erklärt der Schultheiss von Oppenheim für eine gerichtliche Auflassung: huic itaque venditioni cum F. centgravius noster in eodem placito interesset vicem nostram agens, memorata bona sub auctoritate et banno regio suscepit defendenda, unde ad confirmationem geste rei jus civile, quod Bodenwin dicitur, est solutum.

22.

1261, Baur, Hessische Urkunden 2, 186 S. 168: bona coram Rudolfo justiciario civitatis maguntinensis juxta consuetudinem civitatis sub bannis debitis resignasse et ipsi ecclesie tradidisse.

23.

1294, ebd. 2, 512 S. 495: super domo et macello — duobus bannis coram nobis primitus rite conquisitis, tercium bannum a nobis per confirmaciones nostras judiciarias eis super eo traditas.

24.

1299, ebd. 2, 568 S. 561: die Gewährleistung wurde vor Gericht versprochen, bis die Erwerber per bannos suos super dicta domo se stabiliverint, prout Maguntie consuetudinis est et juris.

25.

1190, Rossel, Urkundenbuch der Abtei Eberbach 1 S. 95, werden Güter in Besenheim coram schephonibus erworben publice et sub banno pacis.

26.

1173—1256, Rotulus der Stadt Andernach §. 6, Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein 42, 10: vor dem Grafen von Wied als erzbischöflichem Vogt von Andernach vendidit domum suam Christiano et uxori suae Gerbern, in presentia urbanorum et confirmatum banno Theoderici comitis de Wida et advocati.

27.

1235, Codex diplomaticus Nassoicus 1, 458 S. 306: das Schultheissengericht in Lorch entscheidet einen Gutsprocess: ad cujus rei majorem confirmationem scultetus hoc factum jure, quod vulgo ban dicitur, vice tercia confirmavit.

28.

1251, ebd. 1, 566 S. 353: der Erzbischof von Mainz beschenkt das Domstift: bona eadem per mundiburdum nostrum Helfericum, scoltetum Maguntinum in districtu ejusdem comicie, que grascaf dicitur in vulgari, scabinis et villanis earumdem villarum presentibus cum sollempnitate juris et bannis juxta consuetudinem eorumdem conferri fecimus nomine nostro dicte ecclesie Maguntine sub eodem proprietatis titulo in perpetuum possidenda.

29.

1238, Böhmer, codex diplomaticus Francofurtanus S. 66: Schultheiss, Schöffen und Bürger zu Frankfurt beurkunden Veräusserungen: acta sunt hec coram nobis Frankenford in mallo, quod a vulgo buweding vocatur, supradicta bona sub bannum et protectionem domini imperatoris comprehendendo.

30.

1105, Wenck, Hessische Landesgeschichte 2, Urkundenbuch 44 S. 54: ipsam quoque traditionem abbas cum advocato tuendam suscepit et regio banno auctorizante consolidari et corroborari censuit.

31.

Um 1000, Erhard, codex diplomaticus historiae Westfaliae 1, 75 S. 57: quidam liber homo übereignet allodium suum. haec traditio — ut in omne tempus stabilis permaneat, consolidata est regis banno.

32.

1092, ebd. 1, 166 S. 131: allodium — conquisivi — jure Westphalico confirmatum in placito comitis Dodechini.

33.

1100, ebd. 1, 170 S. 133: coemptio postea apud Thuneresberg in placito Erphonis presidis regali banno confirmata est.

34.

1101, ebd. 1, 172 S. 135: in proprietatem tradiderunt in kastello, quod dicitur Burcgrona, comite Hermanno ibidem in comiciali judicio praesidente et venditionem sive traditionem istam regio banno sentencialiter confirmante.

35.

1102, ebd. 1, 173 S. 135: haec traditio primo facta est in placito Walonis presidis loco, qui dicitur Dure, coram multitudine, quae ad tribunal ejus convenerat, quam ipse regali banno confirmavit et roboravit, secundo coram principali altari sanctorum apostolorum Petri et Pauli presente domno Gumperto abbate cum omni congregatione laicorumque multitudine, ubi et Heinricus nostrae aecclesiae advocatus predictam traditionem de altari suscepit regiaeque potestatis banno postmodum in placito advocatiae suae stabilivit.

36.

1118, ebd. 1, 185 S. 143: die Uebereignung confirmatum in placito Reinholdi, in cujus comitatu eadem predia sita sunt, primo juxta Olberg coram hiis testibus, es sind elf, aliisque innumeris diversae condicionis et aetatis. Item quoque ipse comes secundo ipsam tradicionem regio banno confirmavit in quodam placito, ubi omnes sui comitatus homines auditores et testes erant.

37.

1123, ebd. 1, 192 S. 150: hanc traditionem a Fritherico comite advocato aecclesiae nostrae apud Balhornon regali banno firmatam et stabilitam.

38.

1126, ebd. 2, 198 S. 4: traditione legitima Corbeiae super altare sanctorum martirum Stephani et Viti suscipiente advocato comite Sigefrido. — et ut nobis melius undique prospiceremus, haec eadem in placito Popponis ad vicem Sigefridi comitis regali banno firmata sunt coram multis testibus nobilibus, liberis et ministerialibus.

39.

1127, ebd. 2, 201 S. 7: commutatio in Balhornon in placito W. advocati ecclesiae facta regio banno est stabilita.

40.

1127, ebd. 2, 203 S. 8: tradidit caenobio eadem bona sub regali banno.

41.

1130, ebd. 2, 211 S. 13: traditio in placito Conradi comitis de Everscutte stabilita et regali banno firmata; darauf ein Tausch: hanc traditionem primo coram altari sanctorum apostolorum Petri et Pauli, secundo Balhornon in placito Widekindi advocati aecclesiae haec sub regali banno suscipientis et confirmantis.

42.

1142, ebd. 2, 242 S. 34: heredibus suis — hoc postmodum bona voluntate collaudantibus et, ut omni stabilitate divinae et humanae legis sub regali et episcopali banno confirmaretur, assencientibus.

43.

1153, ebd. 2, 290 S. 71: omne suum allodium — legitimis heredibus suis consentientibus — in communi conventu populi sub banno regali libera traditione donavit.

44.

1154, ebd. 2, 296 S. 75: der Gebende secundum leges terrae nostrae coram comite Cuonrado causas sui comitatus agente hanc donationem nobis presentibus et fere totius terrae majoribus iteravit, heredibus suis predictis astantibus, consentientibus et per omnia factum laudantibus. his sic peractis comes ille curtem illam — ad usus des Beschenkten banno regali stabilivit.

45.

1154, ebd. 2, 298 S. 77: ein Tausch wurde angefochten, licet — regali banno advocati W. in pleno placito communitam et stabilitam.

46.

1160, ebd. 2, 320 S. 92: sub banno regali in placito Godeschalci de Ybenburen et filii ejus Cunradi prefatae contulit ecclesiae.

47.

1178, ebd. 2, 362 S. 120: consensu legitimorum heredum suorum in nostra presentia et in communi conventu populi sub banno regio libera traditione ad communes usus Deo inibi servientium donavit.

48.

1180, ebd. 2, 409 S. 152: nobilis matrona Gerbergis nomine — curiam suam et fratris sui Amelongi in Darenvelde sibi totam comparavit et comparatum cum reliquo predio suo in Hewene et Tungerlon sito, duobus fratribus et heredibus suis, predicto videlicet Amelongo et Heinrico, — assensum voluntarie prestantibus, sub banno regio coram comite Bernhardo Dulmaniensi in loco Darvelde, adhibita manu fratris sui Heinrici, quem mundiburdum elegit, Deo et ecclesie nostre — omni ordine judiciario — obtulit. — preterea memoratus Amelongus hanc sororis sue oblationem Weteringe in comitiam, in qua Hewene continetur, veniens a Luberto de Asbeke tunc comite — multis presentibus et attestantibus regali iterum banno confirmatam propria manu stabilivit.

49.

1182, ebd. 2, 429 S. 163: der Erzbischof von Köln beurkundet die Erwerbung eines Gutes, die in conventu populari sub banno regali actum est, quem tunc temporis S. quidam amministrabat, ne fratres — aliqua in posterum querimonia vel molestia perturbentur, quod publice et sine ulla reclamatione factum est, nostre auctoritatis sententia confirmavimus.

50.

1183, ebd. 2, 436 S. 168: der Abt von Liesborn beurkundet, dass sein Ministerial G. an die Abtei Leibeigene verkaufte: que videlicet mancipia nos suscipientes ecclesiastico ea banno munivimus. — verum quia funiculus triplex difficile rumpitur, prefatus G. coram advocato ecclesie nostre — confirmavit, qui et ipse banno regali factum hoc stabilivit.

51.

1185, ebd. 2, 451 S. 177: fundi et mansorum cambitio sub jurisdictione Rathardi comitis in loco Mattenhem sententia et consilio scabinorum annuente sub regio banno est stabilita et ibidem B. et L. emptionem suam ab advocato et matre ejus confirmaverunt, Rathardo regium bannum exequente. — concambii restitutio sub jurisdictione Rathardi in Hornen sub regio banno sentencionaliter est confirmata. — S. 178: donatio predictorum fratrum sub regio banno in loco Bracwide coram Thancberno comite stabilita est, quod ideo factum est in loco illo, quoniam bannus, in quo bona illa sita sunt, certum tempore illo non habuit provisorem.

52.

1185, ebd. 2, 452 S. 179: cambitio sub juriditione Radhardi comitis in loco Mattenhim sentencia et consensu scabinorum annuente sub regio banno est stabilita.

53.

1189, ebd. 2, 496 S. 207: die Veräusserer partem illam prediorum, que sub jurisdictione comitis Rodolfi de Burbenne sita fuit, cum propinquiorem heredem non haberent, mutua compromissione stabilierunt ad bancos juxta Widenbrukke scabinorum consensu et sententia connivente, altera vero pars prediorum similiter stabilita est juxta Mattenhim sub banno Lamberti comitis scabinorum astipulante consensu.

54.

1194, ebd. 2, 536 S. 234: der Erzbischof von Köln: ubi — nostrae potestatis provincias Westfaliam scilicet et Angariam pro liberatione oppressorum intrare nos contigit, principes, nobiles omnesque terrae populos pro judicio et justicia facienda convocavimus. Es erfolgt nobis ex sententia precipientibus eine Resignation. statim ergo judiciario procedente ordine pristinam ipsius predii proprietatem ac perpetuam possessionis quietae stabilitatem regii banni auctoritate confirmantes Campo beatae Mariae perpetualiter assignavimus.

55.

1197, ebd, 2, 564 S. 250: die Veräusserer hanc venditionem in cometia Lutberti de Asbike sub banno regio, presente comite Ottone de Binethem, cujus ministeriales fuerunt, roborantes. Der Richter war ein Ministerial des Bisthums Münster, s. das. 2, 371 S. 126.

56.

1205, Westfälisches Urkundenbuch, dritter Band, bearbeitet von Wilmans, Nr. 35 S. 20: confirmatus est hic contractus regio banno in loco, qui vocatur Herebrugke, ab Ekkehardo comite.

57.

1206, ebd. 37 S. 21: sicut pie donatum est, ut sic provide cautúm sit, ecclesie in posterum eandem donationem in comecia regia, sub qua proprietas de Ascenberhg sita est, per Rembertum de Stochem tunc temporis regium bannum tenentem auctoritate regia legitime fecit confirmari.

58.

1214, ebd. 84 S. 43: die Veräusserer partem prediorum stabilierunt ad bancos juxta Widenbrugge et partem juxta Mattenhem sub banno Lamberti comitis, utrobique scabinorum astipulante consensu.

59.

1219, ebd. 143 S. 73: contulit cum consensu trium filiorum suorum. quod factum — sub regio banno stabilitum est coram Theoderico qui dicitur Kage tunc comite.

60.

1224, ebd. 204 S. 112: publice resignavit una cum liberis suis in foro qui dicitur vriethinc. — contractus, qui sub banno regio stabilitus est.

61.

1224, ebd. 205 S. 112: a domino Volquino de Swalenberg in curia nostra Godesberge banno seu precepto regio confirmatum.

62.

1227, ebd. 241 S. 132: confirmatum ut moris est sub banno regio.

63.

1228, ebd. 252 S. 138: comes de Dale — proprietatem ipsius predii — contradidi, omnem que necessaria erit sollempnitatem sub banno regio adhibiturus. Dieser Akt erfolgt im nächsten Jahre ebd. 259 S. 142: sub banno regio in loco ubi Fridericus — judex presedit, cum omni ea que in illo judicio exigitur sollempnitate, predium memoratum videlicet in Renelo de manu nostra resignatum et prefato cenobio per sententiam liberorum hominum ut fieri solet contraditum ac banno regio confirmatum.

64.

1231, ebd. 1718 S. 901: Bruno miles de Tweringin gab zwei Häuser: insuper ne quid cautele deesset, supradictus Bruno prudenter actionem suam regio banno stabiliri providit in loco, qui vocatur Angelbeke, sub jurisdictione comitis Helenberti de Manen, multorum astipulante consensu.

65.

1233, ebd. 309 S. 171: quod factum ad bancos scabinorum in loco qui dicitur Huthe sub regio banno stabilitum est, ubi — iterato domum collatam resignavimus.

.66.

1244, ebd. 431 S. 231: acceptavimus hanc donationem, que propter majorem sui firmitudinem celebrata fuit ab iisdem coram libero comite Otberto aput pratum juxta Rethe in loco legitimo banni regalis, qui locus vulgo malstad appellatur, et idem comes Otbertus super ipsa donatione bannum regalem firmavit.

67.

1249, ebd. 503 S. 269: bona ipsis per manus nostras tradita coram domino Monasteriensi episcopo et in foro, quod vriedinch dicitur, cum sollempnitate que ad hoc pertinet resignavimus et banno utriusque fecimus communiri.

68.

1249, ebd. 511 S. 272: acta sunt hec — apud Herthen in judicio, quod dicitur vriethinc, cum plenaria warandia presens negocium sub regio banno confirmantes.

69.

1253, ebd. 563 S. 302: Johannes verkauft Landabgaben. horum igitur reddituum distractio ut immobiliter fixa in perpetuum constaret, accessit predictus Johannes ad forum vriethinc Belen et coram Alberone comite eosdem redditus resignavit et ex conniventia omnium scabinorum qui aderant et eorum qui dicuntur libere conditionis per bannum regium ab Alberone venditione confirmata et emptione.

70.

1254, ebd. 578 S. 308: venditio et emptio celebrata est Herthe in judicio vriethinc et a Lamberto comite de Sutherlage sub regio banno confirmata.

71.

1255, ebd. 585 S. 312: die Aebtissin von Meschede: approbamus etiam factum Ambrosii advocati, qui ad majorem hujus concambii firmitatem apud prefatam curiam nostram in Hornen de consensu et voluntate predicti villici nostri et familie in judicio, quod vulgo dicitur vogetthinc, mansum in Cappele ecclesie Lesbernensi, mansum vero in Clive ecclesie Meschethensi banno regio confirmavit.

72.

1274, ebd. 943 S. 490: Kloster Hohenholt kauft coram Arnoldo de Hove vicecomite sive dincgravio tunc temporis bannum regium tenente ac sedi regie presidente in cometia libera apud Wosten, ubi proprietas praefate curtis et mansi sita est, — statimque predictus Arnoldus vicecomes sive dincgravius — duxit et misit in possessionem — solempnitatibus adhibitis, que circa hujusmodi fieri consueverunt.

73.

1287, ebd. 1333 S. 696: Simon, Edler von Lippe, tauscht: ne autem hujus tam amicabilis et utilis permutationis in posterum ulla sit refragatio, placuit nobis, ut hoc secundum legem scabinorum banno regio firmaretur; quod et cum debita solempnitate factum est in loco, qui dicitur Herde, sub jurisdictione Lamberti comitis, qui tunc banno regio presidebat.

74.

1298, ebd. 1631 S. 851: das Kloster Marienfeld kauft vor judex, magistri consulum, scabini totaque communitas der Stadt Ahlen, wie diese urkunden, ein Gut bei Ahlen. postmodum vero iidem abbas et conventus apud Walramum comitem accedentes petierunt sepedictam emptionem et venditionem banno regio stabiliri. qui vocatis scabinis juxta morem patrie sedi judiciarie, que vristol appellatur, presidens in loco, qui dicitur Len, resignantibus etiam iterato (die Verkäufer) omne jus, quod in curte Rothem memorata habuerant, sepedictum contractum emptionis et venditionis banno regio stabilivit cum solempnitatibus debitis et consuetis, scabinis ipsius sedis vriestol astantibus.

75.

1299, ebd. 1646 S. 859: Burggraf Hermann von Rüdenberg verkaufte an das Kloster Marienfeld: ad cautelam habundantiorem habendam accesserunt religiosi superius memorati ad sedem judiciariam, que vristol appellatur, cui Walramus comes ante castrum nostrum nomine — Monasteriensis episcopi presidebat, petentes hujusmodi emptionis et venditionis contractum stabiliri. qui juxta morem provincie recepta denuo resignatione bonorum superius memoratorum a sepedictis Hermanno burch-

gravio et Ludolpho fratre ipsius et ceteris coheredibus scabinis astantibus ipsam emptionem et venditionem banno regio confirmavit et stabilivit cum solempnitatibus debitis et consuetis.

76.

1218, Wilmans, additamenta 1877 S. 32: Freie geben Güter an ein Kloster F. comite aecclesiae advocato haec suscipiente et regali banno apud Balhornon confirmante.

77.

1224, Wilmans, Westfälisches Urkundenbuch 4, 136 S. 92: ein Tausch unter Abteien a domino Volquino de Svalenberg in curia Godesberge banno regio confirmatum.

78.

1233, ebd. 4, 221 S. 147: eine Uebereignung postea regali banno stabilitum est a H. B. judiciali sede vice comitis presidente.

79.

Um 1239, ebd. 4, 289a S. 190: a 4 fratribus B., J., S., A. cum promissione eorum, qui dicuntur marckenoth, comparavimus 12 jugera, — quod stabilitum est Lovene regio banno ab illis de Scardeberg.

80.

1234, Grupen, origines Pyrmontanae et Swalenbergicae 1740 S. 206: in figura judicii tradidimus. — quia praedium illud positum est in comitatu et jurisdictione nostra, per sententiam fuit obtentum, quod nos eandem donationem authoritate regia oportuit roborare. Das Gericht war S. 207 von ducentis viris et amplius besucht.

81.

1197, Kindlinger, Münsterische Beiträge 3, 1, 38 S. 108: der Schenker banno regio confirmavimus juxta legem scabinorum sub L. comite.

82.

1162, Seibertz, Urkundenbuch des Herzogthums Westfalen 3, 1067 S. 425: Albertus comes de Normenech hoc idem predium in proprietatem ejusdem ecclesie, cujus ipse tunc advocatus fuit, suscepit et ei, sicut civilis exigit justicia, super predicto predio banno regio sub interminatione capitis periculi pacem indixit et firmavit.

83.

1170, ebd. 1, 61 S. 85: omne patrimonium suum illi contulit datumque sub imperiali banno stabilivit.

84.

1174, ebd. 1, 67 S. 94: in loco, qui dicitur Grambeke, sub banno imperiali — datio eadem legitime et rationabiliter consummata est; unter den Zeugen Gevehardus, qui in banno imperiali officium gessit.

85.

1184, ebd. 1, 86 S. 120: bona worpiverunt et resignaverunt coram Arnoldo de Wiclo, qui tunc temporis bannum imperialem in loco, qui dicitur Grambeke, super his administrabat.

86.

1218, ebd. 1, 151 S. 195: unter denen, die collationi testes sunt, steht Gerhardus, qui presedit judicio, quod in vulgari dicitur vrieban, et sub banno regio donationem factam confirmavit.

87.

1225, ebd. 1, 177 S. 229: contulit — sub banno regio Rudolfo milite de Ervethe auctoritate regia banno in Volkelinchusen presidente. — recognitioni quoque sub banno regio habite affuerunt.

88.

1227, ebd. 3, 1082 S. 443: justo patrie judicio sepedictum predium Velthus — ecclesie sub regali banno confirmando assignavimus et Otbertus Thincgravius in loco, qui dicitur ad pratum, vulgo to ther wisch, juxta oppidum Widenbrucge judex sedens, tam donationis nostre factum quam venditionis contractum sententia regii banni tribus vicibus et tribus bannis confirmavit, — mittens nichilominus suo jure et quo debuit ordine, presentibus liberis et scabinis, Claholtensem prepositum et ecclesiam in possessionem domus et predii et predio pertinentium per sententiam regii banni et con-

firmationem. sciendum etiam, quod — G. de H. — advocatiam tam in predio quam in hominibus suscepit et sub regio banno confirmari per sententiam optinuit. S. 444: testes confirmationis et facti sub regio banno.

89.

1242, ebd. 1, 225 S. 284: der Erzbischof von Köln für den gesammten Besitz des Klosters Welver: sub banno regali firmam pacem stabilimus et confirmamus.

90.

1247, ebd. 1, 254 S. 317: der Burggraf von Stromberg beschenkt ein Kloster: presentem paginam — fecimus — in judicio nostro, quod vridinch dicitur, sub banno regali stabiliri auctoritate regia inhibentes, ne quis de cetero memoratam ecclesiam in bonis prelibatis aliquatenus molestare vel inpedire contendat. Derselbe handelt 1250, ebd. 1, 265 S. 330, mit fast gleicher Formel.

91.

1263, ebd. 1, 326 S. 408: proprietatem — coram liberis hominibus nostris eidem ecclesie ad Paradysum sub banno regio donavimus more debito et consueto.

92.

1074, Möser, Urkunden zur osnabrückischen Geschichte Nr. 28 S. 45: die Schenker in comitatu Waldrici comitis — precario jure in haec verba regali banno a comite firmata tradiderunt, ut quotannis vitae suae e contra in beneficium 7 libras decimationis et haec praedicta loca — usque finem vitae suae haberent.

93.

1197, Hodenberg, Lüneburger Urkundenbuch 7, 26 S. 24: Iwanus — vice comitis illius temporis fungens officium convocata liberorum virorum multitudine apud villam, quae Lutmeresdorpe dicitur, placitum indixit, ubi eo pro judice vice comitis sedente — contulerunt. has vero donationes sine contradictione factas Iwanus praedictus judex ex sententia assessorum suorum confavorabili acclamatione populi praedictae ecclesie regio banno confirmavit.

94.

1226, Hodenberg, Hoyer Urkundenbuch 7 Nr. 12 S. 9: der Herzog von Sachsen bestätigt eine Schenkung von Gütern in der Grafschaft Hoya auctoritate regia atque nostra.

95.

1281, Doebner, Urkundenbuch der Stadt Hildesheim 373 S. 182: post quorum renunctiationem advocatus [civitatis] eandem possessionem dictante sententia banno suo eidem ecclesie confirmavit.

96.

1189, Lappenberg, Hamburgisches Urkundenbuch 1, 290 S. 257: die Uebereignung in comitia — ipsis sub imperiali banno rationabiliter approbavit.

97.

1211, ebd. 1, 384 S. 338: der Graf von Oldenburg beantragt für von ihm verkaufte Güter im Freigericht, ut hec bonorum traditio banno regio confirmaretur deposcens. quod factum est.

98.

1280, Rübel, Dortmunder Urkundenbuch 1, 158 S. 90: der Graf vergibt in curia Symonis de Aquis ihm gehörige Güter: contulimus — stabiliendo dictam proprietatem per bannum regium — dictante sententia scabinorum, — quod eque validum esset, ac si coram tribunali acta fuissent.

99.

1288, ebd. 1, 211 S. 149: derselbe vor ihm im Gericht aufgelassenes Eigen per bannum regium stabilivit de sententia scabinorum.

100.

1295, Rübel, Beiträge zur Geschichte Dortmunds, 2 u. 3, 1878, S. 100: der Verkäufer: accessi ad locum legitimum secreti judicii et ibidem — resignavi in manus des Käufers, dicto V. libero comite tunc temporis judicio presidente, qui per bannum regium ipsam proprietatem sepedicte domus [des Käufers] confirmavit de vulgari sententia scabinorum.

101.

1219, Hasse, Schleswig-Holstein-Lauenburgische Regesten und Urkunden 1 S. 157: der Herzog von Sachsen hereditatem, quam possedit in comicia Stadensi, — ecclesie Bremensi contulit in proprium. — hec donatio palatini facta est sub banno regio in oppido Stadensi et per sententiam ibidem confirmata.

102.

1223, ebd. 1 S. 187: in mallo quoque comitis Adolfi bona eadem eidem contulimus ecclesie presente libero comite Johanne de Stenborch, qui mallum pro comite Adolfo tenuit et civili banno bona ecclesie confirmavit.

103.

1237, ebd. 1 S. 251: der Herzog bestätigt einen Tausch zwischen einem Kloster und einem Grafen eo quod utraque bona, de quibus hoc concambium dinoscitur esse factum, inmediate ab imperio teneamus, sicut decet banno regis et auctoritate nostri propria confirmamus in evum.

104.

1239, Varnhagen, Waldeckische Landesgeschichte 1825, Urkunden S. 76: der Graf von Everstein für Besitzungen eines Klosters in seiner Grafschaft: in eodem loco thonrseberch consentientibus nobis omnibus ad ydem judicium pertinentibus, sicud mos est et judicium exigit, banno regali — confirmantes.

105.

1295, Haltaus, Glossarium 526: gogravius recepto ab ecclesia jure suo pecuniario ipsis bonis ibidem pacem indixit secundum morem et juris consuetudinem.

106.

Um 1031, Vita Meinwerci c. 213, Mon. Germ., SS. 11, 157: traditionem comes A., summus matris ecclesiae advocatus, manu sua de altari suscepit et regiae potestatis banno in comitatu suo stabilivit.

107.

Annales Stederburgenses 1175, Mon. Germ., SS. 16, 213: Ludolfus comes de Peine, quia imperium comitiae jurisdictione hoc quod diximus praedium continebatur, judiciali dictante sententia regio banno in jus ecclesiae nostrae absque omni contradictionis impedimento addixit. Der Graf war nach Origines Guelficae 3, 622 ein herzoglicher Ministerial.

108.

Ebd. 1187 S. 218: emit mansum — indultu comitis H. in eodem placito — ubi — comes ex sententia judiciaria — in benevolentia omnium scabinorum — regio banno suo id confirmavit.

109.

1187, v. Spilcker, Beiträge Band 2, 1833, im Urkundenbuch zu den Grafen von Everstein Nr. 19 S. 23: traditionem — in libero placito cometie sue banno regali omnique jure civili constabilivit.

110.

1206, ebd. 28 S. 35: mansos — sicut et pater meus aliquos ex eis stabilio et regio banno confirmo eisdem.

111.

1225, ebd. 41 S. 53 eine nochmalige Erneuerung der vorigen Bestätigung: quia predicta bona a patre nostro jam pridem regio banno confirmata sunt, nos iterato eadem rogati per sententiam monasterio confirmamus; und S. 54: sicut a patre nostro, ita et a nobis regio banno per sententiam confirmata sunt.

112.

1236, Urkundenbuch des historischen Vereins für Niedersachsen 2, 208 S. 151: der Graf hat den Kläger mit seiner Klage auf ein Klostergut gemäss dem Urtheil des Landgerichts abgewiesen: ego cum praesiderem judicio, pacem firmavi et fratribus et bonis praedictis more juris provincialis, ne videlicet a praedictis — impeterentur — super areis nominatis.

113.

1150, Origines Guelficae 3, 445: hec donatio in mallo comitis B., in cujus comicia hoc castrum situm est, banno regali secundum judicium legis peritorum et scabinorum nullo contradicente confirmata est.

114.

1170, Wigand, Das Femgericht Westphalens 1825 S. 223 f.: der Abt von Helmershausen urkundet, dass sein Ministerial M. desiderans res suas augmentari, quandam liberam faeminam, cui nomen erat Isendrud, sortitus est in matrimonium; der Abt bemühte sich nun, ut eadem faemina cum octo liberis suis — omnique possessione sua nostrae traderet ecclesiae. itaque conveniens ad placitum, cui praesidebat Bertoldus de W., vicarius domini ducis Heinrici, cum permissione ac favore ipsius, in cujus comitatu eadem possessio sita est, — eandem traditionem confirmavit secundum justitiam regionis illius et secundum judicium liberorum multorum. his ita gestis judex praefatus Bert. praecepit Riconi praeconi, qui vulgo dicitur Vrono, ut secundum consuetudinem introductum praefata possessione me investiret. qui praeceptis obediens introduxit me cum multis nobilibus et liberis, qui appellantur Skipenen, et posita sella quaesivit, quo ordine me secundum justitiam investire deberet. demum novies regali banno beato Petro eam nobisque confirmavit et sic triduana sessione, sicut moris est, cum sanctorum reliquiis dicioni nostrae dedicavimus.

115.

1188, Asseburger Urkundenbuch 1, 26 S. 25: unter den Besitzungen des Klosters Neuwerk in Goslar, die der König bestätigt: predii emptionem L. de W., in cujus cometia idem predium situm est, banno suo — cenobio in proprietatem confirmavit assensu Berengeri et heredum suorum coram eo in judicio laudantium emptionis contractum.

116.

1144, Scheidt, Nachrichten von dem Adel in Teutschland, mantissa documentorum 1755 Nr. 30 S. 307. Veräusserer und Erwerber gehen ad legitimum placitum Herimanni comitis und der erstere, ut donationem suam dem letztern stabiliret, ut juris est, cunctis qui aderant audientibus comitem rogavit. accepto itaque banno confirmationis a comite.

117.

1205, ebd. 107 S. 433: in placito judiciali in H. coram comite aufgelassene Güter der Graf ad ecclesiae possessionem atque suae protectionis suscepit tuitionem.

118.

1247, ebd. 123 S. 452: aufgelassene mansos eidem ecclesie secundum juris debitum in ipso nostro [comitis de Wernigroth] concilio sub banno regio stabilimus — scabinis quoque presentibus et dictantibus sententiam.

119.

1274, ebd. 6 S. 270 f.: der Herzog von Braunschweig justitia nostra accepta hoc est uno solido, qui vulgo Fredeschilling dicitur, haec praedicta bona firmavimus ecclesiae Stederburgensi pacifice perpetuo possidenda.

120.

1155, v. Heinemann, codex diplomaticus Anhaltinus 1, 418 S. 302 f. Eine Schenkung an ein Stift zu Goslar ego marchio Adelbertus, Goslariensis ecclesie post regem advocatus comesque comicie, in qua predicta possessio sita est, illam ecclesie Goslariensi recognosco et banno regio in placito provinciali confirmo. — si quis eam de illa pulsare attemptaverit, ob testimonium hoc veritatis visum sponte desistat vel invitus succumbat.

121.

1156, ebd. 1, 417 S. 305, derselbe über Schenkungen eines Vasallen und eines Ministerialen: quia donaciones ipse, ut rate sint, voluntatis mee pendent ad nutum, ita manum eciam consensus mei

porrigo et, ut perpetuo stabiles et inconvulse permaneant, bannis eas regalibus astringo et decreti presentis astipulacione communio.

122.

1159, ebd. 1, 452 S. 330: der Markgraf bestätigt einen Kauf eines Klosters, dessen Vogt er ist, meque cum filio meo Ottone marchione ex decreto provincialis juris pollicitatione publica sub tuitionem nostri juris ipsum rite suscipiente.

123.

1174, ebd. 1, 547 S. 404: der Graf in seinem Landgericht Aschersleben nach erfolgtem Verzicht eines Erben, prout ad nos pertinuit, eadem bona sepedicte ecclesie sub banno regio et auctoritate nostra confirmavimus.

124.

1221, ebd. 2, 47 S. 41: der Graf in Mühlingen für einen Verkauf in seinem Gericht: ego quoque pro juris debito modis omnibus, quibus scivi et potui, banno regio firmavi.

125.

1223, ebd. 2, 68 S. 55: der Graf beurkundet eine gerichtliche Auflassung, ne quis in hoc facto contra nostram gratiam et banni confirmationem presumat obviare.

126.

1253, ebd. 2, 201 S. 154 f.: der Graf beurkundet eine in seinem Landgericht vorgenommene Schenkung: sub banno regio districtius inhibentes, ne quis den Erwerber in proprietate jam dicta inquietare aliquatenus vel perturbare presumat ita, sicut nostram velit indignationem et offensam gravissimam evitare.

127.

1256, ebd. 2, 220 S. 167: bei einem Verkauf im Landgericht nach der Feststellung, dass donacio esset facta juste et ydonee, fragt der Richter, si contra donacionem hujusmodi aliquis haberet aliquid questionis, et trina inquisitione facta non appareret aliquis contradictor. sub banno regio cum sententiis, ut moris est, dicte proprietati firmam pacem induximus, jam dictas matronas nomine coenobii prefati in possessionem bonorum cum personis ad hoc deputatis et nuncio publico H. de H. nomine inmittentes, que eandem proprietatem per triduum continuum corporaliter possederunt.

128.

1275, ebd. 2, 451 S. 325: der Graf: collationem factam in nostro placito Ascharie dignum duximus banno regio exigente sententia confirmandam.

129.

Würdtwein, subsidia diplomatica 6, 342: Corroboration vor dem Herzog von Sachsen: in Angarica lege eruditis nobis annuentibus — ipso quoque duce consentiente et auctoritate sua pacem nobis per gratiam suam confirmante.

130.

1279, derselbe, nova subsidia 12, 220: in Ausführung des vor dem Landgericht abgeschlossenen Vergleichs der Richter auctoritate regia et nostra [des Grafen] locavit utrasque partes in possessionem.

131.

1282, Riedel, codex diplomaticus Brandenburgensis 2, 1, 209 S. 157: ein Ritter verschenkte silvulam sitam in comicia dominorum meorum marchionum Brandenburgensium. — anno ferme dimidio post jam dictum contractum peracto, d. meus marchio Otto in prato Wodenswege, quod in supradicta comecia comprehendi dinoscitur, constitutus, a me requisitus, presente preposito prelibato, secundum formam justicie diligenter procedens juris ordine utrobique servato opprobavit contractum ac tuitione banni regalis consucta munitum cenobium memoratum donacione perpetua de sepe dicta silvula investivit.

132.

1144, Schmidt, Urkundenbuch des Hochstifts Halberstadt 1, 206 S. 175: ein Vertrag wird coram Fritherico palatino comite in publico placito habito in Sehusen geschlossen: hec omnia in publico placito gesta et firmata sunt tam legitimis banni et placiti secularibus contractibus.

133.

1150, ebd. 1, 232 S. 199: eine Kirche kauft Grundstücke. hujus rei contractum seu venditionem comes P. de Blankenborch sub banno regio stabilivit in judicio, quod temporis habebat ipse in Odorp, ubi dominus G. [der Verkäufer] coram omni multitudine populi, que eo tempore ibidem confluxerat, pretaxatos mansos cum cirotheca super reliquias b. Marie posita ecclesie — tradidit.

134.

1151, ebd. 1, 236 S. 202: ein Graf tauschte mit einem Kloster und ecclesie in provinciali placito in villa, que Valethorp dicitur, una cum prescriptis prediis perpetuo jure contradidit et regio banno confirmavit.

135.

1162, ebd. 1, 260 S. 225: ein Graf über die Erwerbungen eines Klosters: in placito meo Sehusen recognovi et iterato ibidem confirmans, ut inconvulsa perpetuo permaneat, banno imperatorio communivi.

136.

1169, ebd. 1, 269 S. 233: resignavit in manu marchionis Alberti et filii sui comitis Bernardi — in publico cometiali placito Ascherslove et banno imperiali confirmatum est ab ipso marchione, laudante precone G., faventibus baronibus et multis ipsius placiti debitoribus.

137.

1179, ebd. 1, 284 S. 251: ein Graf für die Güter eines Klosters: regali potentia et imperiali banno corroboravit.

138.

1202, ebd. 1, 418 S. 372: der Bischof von Halberstadt beurkundet eine Auflassung: in publico placito nostro Sehusen auctoritate dei omnipotentis et nostre auctoritatis robore irrefragabiliter confirmamus ac banno nostro episcopali ac imperiali inviolabiliter communimus pretaxate ecclesie perpetuo possidendos.

139.

Nach 1209, ebd. 1, 455 S. 406 f.: cum igitur hec eadem bona ad possessionem b. Marie per ordinem hujus arbitrii rationabiliter sint redacta et ven. d. F. Halberstadensis episcopus jure ecclesiastico, banno quoque regio ratione comitie sue ad ipsum spectante eorundem bonorum possessionem ecclesie b. Marie juste ac rationabiliter confirmavit.

140.

1215, ebd. 1, 487 S. 434: comes de Limbere über seinen Kaufvertrag mit einem Kloster: sed quoniam nulla donatio proprietatis robur firmitatis obtinere potest, nisi comitie testimonio et banni regalis auctoritate firmetur, ne — ecclesia — gravamen sustineat, totius confirmationis auctoritatem vobis [dem Bischof von Halberstadt und dem Grafen von Sommereschenburg] tamquam majori terrae episcopo et comiti ex parte nostra committimus.

141.

1215, ebd. 1, 489 S. 436: der Bischof über eine Auflassung: in seculari judicio nostro Sehusen, ubi personaliter presedimus, proprietatem — contulerunt, petentes humiliter a nobis, quatinus donationem eorum banno dignaremur regio stabilire. quod fecimus, assistente nobis sculteto nostro nobili viro domino W. de A. et H. precone, scabinis quoque presentibus et dictantibus sententiam.

142.

1219, ebd. 1, 512 S. 462: der Graf von Regenstein über eine Auflassung in seinem Grafschaftsgericht: der Veräusserer petens a nobis, quatinus factum suum et heredis sui banno regio stabilire vellemus. quod fecimus et astante nobis precone et scabinorum dictante sententia, — banno regio districtius inhibentes, ne quis factum hoc presumat infringere vel temere disturbare.

143.

1222, ebd. 1, 546 S. 486: bona premissa sub nostram episcopalem suscipimus protectionem et emptionem factam legitime tam banno sinodali quam regio confirmantes.

144.

1238, ebd. 2, 679 S. 15 f.: ein Graf, der Grundeigenthum an ein Kloster gibt, ersucht den Grafschaftsinhaber, ut ea banno dignaremur regio stabilire. cujus nos petitionem secundum juris de-

bitum curavimus effectui mancipare, assistente nobis sculteto nostro nobili viro domino Th. de M. et F. precone, scabinis quoque presentibus et dictantibus sententiam. Ebenso 1239, ebd. 2, 687 S. 21.

145.

1247, ebd. 2, 785 S. 87: eine Auflassung presidentibus nobis reipublice in Sehusen et assidente nobis dilecto fideli nostro comite F. de Kerichberg, prefecto nostro, scabinis etiam presentibus et precone — sententia publica et justitia postulante confirmavimus et stabilivimus bona ipsa banno regio ecclesie.

146.

1290, ebd. 2, 1552 S. 529: als der Bischof in seiner Stadt zu Gericht sass, wird presentibus consulibus et quampluribus aliis ein Haus einem Kloster secundum dictamen sententie zuerkannt: firmantes super predicta curia pacem sententialiter fratribus sepedictis, quam nullus debebit nisi consimili judicio mediante justitia infirmare.

147.

1156, Jacobs, Urkundenbuch des Klosters Ilsenburg 1, 20 S. 25: comes Asscherslovensis, — Ilsyneburgensis cenobii advocatus, rogatu Sigebodonis ejusdem loci abbatis in placito meo Wurbizke 5 mansos et silvam — comparaverim testamentoque facto sigilli mei impressione corroboraverim, ut, si ipsi vel aliquis heredum suorum postmodum hanc empcionem injuste cassare voluerint, imperiali judicio subjaceant.

148.

1184—1203, Janicke, Urkundenbuch der Stadt Quedlinburg 1, 18 S. 16: comes Otto, quo presente et burgensibus presentibus actum et banno regio de more stabilitum est.

149.

1160—80, Hertel, Urkundenbuch des Klosters Unser Lieben Frauen zu Magdeburg, Nr. 46 S. 44 f.: eine Tradition: id igitur primitus banno firmatum, postmodum nichilominus jure fori in placito Burchardi urbani comitis publica cunctorum attestatione stabilitum est.

150.

1189, ebd. 66 S. 60: ein Kloster erwirbt in placito S. comitis sub regis banno, assidentibus et cooperantibus B. sculthete de Glinde et schabinis judicibus multisque nobilibus.

151.

1211, Schmidt, Urkundenbuch der Stifter S. Bonifacii u. S. Pauli in Halberstadt Nr. 12 S. 304: der Graf eine Auflassung in provinciali placito suo banno regio stabilivit scabinis presentibus et precone.

152.

1198, Müldener, Nachrichten von Berg-Schlössern in Thüringen 1752 S. 124: der Landgraf von Thüringen beurkundt, dass banno firmata Kirchengüter beansprucht wurden, aber Verzichtleistung erfolgte: quo facto ego ex officio judicis et protectoris omnibus ecclesiis mihi commissis — in provinciali jure coram nobilibus, scabinis et ministerialibus pacem et perpetuam quietem prenominatis bonis in seculari districto stabilivi, ita videlicet, quod quicunque, qui contra premissa veniret, cum iniquis et sacrilegis deputatus prescriptioni subjaceret.

153.

1185, Gautsch, Archiv für sächsische Geschichte 1, 1843, S. 204: der Markgraf von Meissen bestimmt die Grenzen des Klosters Alten-Celle. acta sunt hec in placito Chulmice — Widleno abbate negotium presens nobiscum promovente. ut autem hec rata et inconvulsa permaneant, eisdem possessionibus ex placiti judicio pacem firmam pronunciavimus.

154.

1198, v. Posern-Klett, Markgrafschaft Meissen 1863 S. 38: derselbe in placito Colmiz nach dem den Kläger abweisenden Gerichtsurtheil: ego bonis praefatis sub interminatione banni judicialis pacem confirmavi.

155.

1218, ebd. S. 43: derselbe über einen in provinciali placito nostro Zkolin erfolgten Kaufvertrag: quaecumque superior inferiorve persona huic tam manifestae recognitioni contraria facere praesumpserit, judicium aut in mortem aut in carcerem sibi deberi nosse debeat.

156.

1229, Codex diplomaticus Saxoniae regiae 2, 4 S. 448: der Markverweser über eine Auflassung im Landgericht Cholme in nostra praesentia constituti — resignantes ibidem in manus nostras publice cum suis coheredibus mansos ipsos, unde ne super praedictis eidem monasterio in posterum lis ab ullo hominum valeat suboriri, pacem firmantes in mansis eisdem auctoritate judiciaria loco ipsi praesentem paginam inde conscribi — fecimus.

157.

1027, Meichelbeck, historia Frisingensis 2 S. 222: judices omnes per ordinem propriis sedentes in sedibus juramento constricti — praedium — in jus atque dominium Frisingensis ecclesiae jure perpetuo pertinere affirmabant. — his ita peractis comes Adalbero per advocatum venerabilis episcopi U., ut mos est, rogatus, banno consueto praedium idem Frisingensi stabilivit ecclesiae.

158.

1229, Mon. Boica 28, 2, 331: der Herzog von Baiern ein Gut adjudicavimus atque per sollempnes nuntios nostros ipsos misimus in eandem [possessionem], sub banni nostri pena districtius inhibentes, ne quis illam ipsis presumat aliquatenus perturbare.

III. Der königliche Wildbann.

Das Wesen des Wildbanns besteht darin, dass der König ein Jagdrecht, ein eigenes oder ein fremdes, kraft einer besonderen Verfügung in seinen Frieden nimmt: an die Stelle der geringeren landesrechtlichen Busse für den Wildfrevel wird eine höhere königsrechtliche gesetzt. Eine derartige Handlung der Regierung ist juristisch ohne eigenes Interesse. Denn es liegt hier nur einer der zahlreichen Fälle vor, wo die königliche Gewalt in den Dienst von Privatrechten tritt; anfänglich für Rechte des Herrschers geübt, später auch auf Rechte von Kirchen und Privaten zur Anwendung gebracht, hat der Königsfriede in seiner fortschreitenden Verwerthung für immer weitere Arten von Privatrechten auch das Jagdrecht erreicht. Diese Entwicklung fällt noch in die fränkische Zeit, aber es scheint, dass wir bis zum Ende des neunten Jahrhunderts warten müssen, bevor wir ein positives Zeugniss über jene Praxis erhalten, und dass wir in Betreff der voraufgehenden Jahrhunderte hauptsächlich auf Rückschlüsse angewiesen sind, deren Zuverlässigkeit nicht ausser Zweifel ist.

Ueber die Merovingerzeit sprechen zwei Hauptstellen, die jedoch sowohl in ihrer rechtlichen Bedeutung als in ihrem gegenseitigen historischen Verhältniss so schwer mit Sicherheit zu beurtheilen sind, dass sie wenig ins Klare bringen. Die eine Angabe gewährt Gregor 10, 10. Guntchramnus findet auf einer seiner Jagden in den Vogesen die Spuren eines erlegten Büffels; der Waldhüter berichtet ihm, dass ein Hofmann den Wildfrevel verübt habe; da der Angeschuldigte läugnet, veranstaltet der König in Châlons einen Zweikampf, der so ungünstig für den Angeklagten ausfällt, dass er ihn sofort steinigen lässt; er bereute später vom Zorn überwältigt einen so treuen und nützlichen Diener wegen einer geringfügigen Schuld getödtet zu haben. Eine solche persönliche Entscheidung des Monarchen über einen ihm persönlich zur Treue verpflichteten Mann macht es schwer, wenn nicht unmöglich, aus ihr ein rechtsgeschichtliches Datum für den Wildbann zu gewinnen. Es würde unmöglich sein, wenn jener fiscalische Grund und Boden damals nicht geforstet gewesen wäre, aber auch wenn das Revier ein Forst war, wäre es immer noch bedenklich auf jenen Bericht hin, so glaubwürdig er auch ist, ein besonderes Forststrafrecht anzunehmen, weil wir sonst in dieser Zeit keine Spur davon entdecken. Die andere Nachricht bietet

die Lex Ribuaria 76. Hiernach wird der Wildfrevel in einem Walde des Königs nicht anders gebüsst als der in dem Walde eines Privaten, mit 15 Solidi. Sollten die Forsten, die im Geltungsgebiet dieses Gesetzes lagen, davon betroffen werden? Wenn sie eine selbstverständliche Ausnahme bildeten, so stand es im Belieben des Königs den Rechtssatz durch Verfügungen für sich und für Andere völlig ausser Wirksamkeit zu setzen, oder der Forst hatte noch nicht wesentlich die Bedeutung, die er unter den Karolingern besass, so dass der Gedanke an das Bannwild damals gar nicht auftauchen konnte. Ich finde keinen hinlänglichen Grund, um in dieser Frage Stellung zu nehmen.

Unter den Karolingern erfahren wir endlich, dass ein Jagdrevier die Eigenschaft eines Forstes durch eine specielle Verfügung der Regierung erhielt und dass die Befugniss sie zu ertheilen nicht in der Landesverwaltung enthalten, sondern ein Reservatrecht des Königs war, das nur missbräuchlich von einzelnen Statthaltern, von ihnen wohl noch als Oberverwaltern des königlichen Forstwesens, ausgeübt wurde. Wir vernehmen zugleich, dass die Könige solche Anordnungen nicht mehr bloss für ihren eigenen Gebrauch erliessen, sondern bereits Einzelnen derartige Gunsterweisungen bewilligt hatten, Boretius, Capitularia 1, 283, 7. 291, 22. 314, 3. 6. Der Inhalt des obrigkeitlichen Beschlusses kommt hierbei nicht zum Vorschein, wir lernen jedoch aus ungefähr gleichzeitigen Acten, dass es ein Verbot war in dem geforsteten Gebiet zu jagen oder zu fischen. Als Pippin 768 St. Denis mit seinem Forst Iveline beschenkte, untersagte er seinen Beamten ausdrücklich ohne Erlaubniss des Abtes dort zu jagen: praecipimus, ut nulla praesumptio judiciariae potestatis pro quibusdam occansionibus aut aliquid exercitandum venationibus absque permissum rectoris ipsius monasterii — ingredi paenitus non praesumat; so sehr die Fassung Karls in der Erneuerung von 774 von dem vorigen Diplom abwich, darin blieb sie der Vorlage getreu, dass sie ihr Verbot, feramina sine licentia abbatis capienda aut laqueos tendere vel pedicas, an die Beamten richtete, Tardif, Monuments historiques 62 S. 52 und Bouquet 5, 727. Das allgemeine Verbot wurde hier offenbar vorausgesetzt. Können wir dasselbe jedoch für jene Zeit näher bestimmen? In Karls Forstordnungen, von denen aus einer grösseren Anzahl nur drei erhalten sind, suchen wir nach irgend einer Aeusserung über die Art des Forstschutzes vergeblich, ja wir bemerken in ihnen nicht einmal, ob der Forst unter Landesrecht oder unter Königsrecht stand: feramina nostra intra forestes bene custodiant; de forestis, ut forestarii bene illas defendant, simul et custodiant bestias et pisces; qui ipsum furtum de feraminibus fecerit, omnino quod justum est conponat nullatenusque eis exinde aliquis relaxetur, Boretius, Capitularia 1, 86, 36. 172, 18. 98, 39. Das alles, die sorgsame Bewachung, die unnachsichtige Bestrafung, war möglich, ohne dass sich der Forst von einem anderen Revier zu unterscheiden brauchte. Nicht besser ergeht es mit einem Schreiben Einhards, das zwischen 824 und 840 abgefasst sein soll, worin ein Graf gebeten wird, einem Manne, der schon partem compositionis für seinen Wildfrevel in dominica foraste entrichtet habe, den Rest zu erlassen, Einhard, epistola 37, Jaffé, bibliotheca 4, 466. Ausdrücke wie die vorigen: quod justum est conponat oder conpositio sprechen durchaus nicht für ein Sonderstrafrecht, obschon sie es auch nicht ausschliessen. So führt diese Untersuchung zu keinem Ergebniss.

Um zu einer Entscheidung für Karls des Grossen Zeit zu gelangen ist noch eine Satzung Pippins von Italien aus dem ersten Jahrzehnt des neunten Jahrhunderts zu erwägen, welche lautet: ut nemo pedicas in foreste dominica nec in quolibet loco tendere praesumat; et hoc si ingenui perpetraverint, bannum dominicum solvant, si servi, domini illorum

emendent, sicut lex est, Boretius, Capitularia 1, 211, 17. Der Sinn der Vorschrift kann ein doppelter sein. Die Expositio, Leges 4, 501, vertritt die Auslegung, dass in quolibet loco von einem königlichen aber nicht geforsteten Jagdrevier zu verstehen sei. Ist sie damit im Recht, so hätten wir wohl eine authentische Interpretation des königlichen Wildbanns dahin, dass seine Verletzung nicht bloss durch Jagen, sondern auch dadurch begangen werden könne, dass dem Wilde mit Schlingen nachgestellt werde. Das hatte bereits Karls angeführtes Diplom gesagt und spätere Privilegien führen ebenfalls solche Handlungen unter den durch den Wildbann verbotenen auf, so z. B. die für Aquileja 1028, Minden 1029, Brixen 1048 und Salzburg 1048; Fontes rerum Austriacarum 2, 24, 1 S. 1 = Bresslau, Konrad II. 1, 485; Wilmans, Kaiserurkunden der Provinz Westfalen 2, 171 S. 210; Mon. Boica 29, 1, 85 f. 90. Allein diese Interpretation ist deshalb sehr bedenklich, weil sie zu der Annahme nöthigen würde, dass in Italien der Wildbann für die Königsjagd auf einem Rechtssatz beruhte, während er sich im alten Reiche auf eine besondere Verfügung für ein einzelnes Revier gründete. Hierzu kommt, dass wir anderwärts einen Rechtssatz wie den obigen finden, ohne dass derselbe mit dem Wildbann zusammenhängt. So enthalten deutsche Landfrieden des 12. und 13. Jahrhunderts allgemeine Strafbestimmungen lediglich für diejenige unbefugte Occupation von Wild, welche mit Fallen oder Schlingen vorgenommen wird, Pertz, Leges 2, 61. 103, 14; Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte 5, 83 §. 33. 146 §. 33. 347 §. 51. In dieser Weise, als Specialgesetz für derartig geübten Wildfrevel, aufgefasst, kommt Pippins Erlass mit den sonstigen karolingischen Anordnungen besser in Einklang, als wenn derselbe als ein Privileg für die königliche Jagd angesehen wird. Dann weist er aber auch nicht auf eine Entwicklung des Wildbanns im früheren fränkischen Königsrecht zurück, und wenn er uns mithin keinen Anlass gibt, um die Zeit zu bestimmen, wo ein Karolinger durch einen besonderen Beschluss ein abgegrenztes Jagdrevier unter den Königsfrieden nahm, so müssen wir noch zwei Generationen lang, bis zum Jahre 896, über die Gestaltung und sogar über das Wesen des Forstes im Ungewissen bleiben. Als im genannten Jahre Zuentibold von dem Erzbischof von Trier gebeten wurde, ut quandam silvam in pago Treverensi in bannum mitteremus et ex ea, sicut Franci dicunt, forestem faceremus, forstete er eine Waldung und demgemäss erliess er das Verbot dort unbefugt zu jagen: quod si quis fecerit, bannum nostrum solvere cogatur, Beyer, Urkundenbuch 1, 140 S. 205 f. Damals also war das Forsten identisch mit dem Friedewirken für das Wild, und der ihm gewirkte Friede war bei 60 Schillingen befohlen, beides nach älterer Uebung. Haben jedoch auch wir die Ansicht, dass dies die Bedeutung des Einforstens von Alters her sei, zu theilen? Ich glaube, ja, weil das Forsten spätestens zu Karls Zeit auf einem Specialbefehl des Königs beruhte, ohne dass abzusehen ist, wie das Gebot jenen Inhalt ganz entbehrt haben sollte, und weil überdies die lange Verbreitung und andauernde Geltung, die grade der Königsbann in Frankreich wie in Deutschland hier gefunden hat, auf einen gemeinsamen Ausgangspunkt zurückweist. Ob jedoch bereits ein Merovinger einzelne Jagden ausserhalb des Landrechts gestellt und zudem die widerrechtliche Aneignung von gebannten Thieren in ihnen bei 60 Schillingen untersagt hatte, das ist nicht mehr zu erkennen.

Dass unter den Karolingern die königliche Jagd nicht als solche unter dem Königsbann stand, ist zu bekannt, um einer weiteren Ausführung zu bedürfen. Während einmal 890 von vier Waldungen beurkundet wurde, dass sie sich in regio banno befänden (Wart-

mann, Urkundenbuch von St. Gallen 2, 680 S. 281), wurde in derselben Landschaft bei einer Auseinandersetzung zwischen dem Fiscus und den Mitberechtigten für den dem König zu ausschliesslichem Recht überlassenen District bestimmt, dass die Grafschaftsschöffen über den dortigen Wildfrevel erkennen sollten: juxta decretum senatorum provintiae componat, Zeumer, formulae S. 403, 10. Da die Schöffen nicht nur über die Schuld, sondern auch über die Strafe zu urtheilen hatten, so kann das für ihren Spruch massgebende Recht nicht wohl ein anderes als das Landrecht gewesen sein. Auch später finden wir die Könige fortwährend im Besitz von Jagden, die keinen besonderen Schutz genossen. So machte Heinrich III. den Wald, welchen er 1040 der Abtei Disentis schenkte, erst jetzt zum Forst; er gab quendam nostri juris saltum mit dem Hinzufügen: eundem saltum forestavimus et banni nostri districtu circumvallavimus, Sinnacher, Säben — Brixen 2, 391. Von den zahlreichen Urkunden, nach denen die Karolinger und die späteren deutschen Könige einen Forst mit Belassung seines Vorrechts verschenkten, nehme ich nur wenige auf. Das Bisthum Lüttich erhielt 915 von Karl dem Einfältigen einen Forst mit unvermindertem Recht: ad integrum, velut dudum semper in regum manibus constiterat, so dass, wer ohne Einwilligung des jetzigen Eigenthümers darin jage, sic bannum regium inde componat, quomodo antea componebatur, dum regum in manibus steterat, Bouquet 9, 523. Ebenso war es, nach einer Bemerkung über die Grenzen, innerhalb deren super omnia animalia forestensia foresti ad Sulzibach bannus distenditur, zu schliessen, bei dem Forste, den Konrad I. 914 an ein Kloster in Regensburg vergab, Th. Sickel, Kaiserurkunden 1 S. 21. Otto I., welcher in Diplomen von 940 und 950 nur sagen liess, dass er einen Forst mit nostro regio banno übertrage, oder 959, dass er ihn verleihe cum venationibus und piscationibus, prout ante regali potestate in panno erant, erläuterte die kurze Formel in der Bestätigung einer Schenkung Karls des Grossen, deren Urkunde verloren zu sein scheint, dahin, ut nemo — bestiam in ipsa [foreste] capere quacumque venationis arte absque licentia Treverensis ecclesie pontificis presumat; quod si quis fecerit, bannum nostrum solvere episcopo Treverensi et ejus advocato cogatur, das. 1 S. 115. 208. 282. 193 f. Otto II. bestätigte einen von Ludwig gegebenen Wildbann: omnes bestias inter hec loca, que subtus tenentur descripta, et bannum et potestatem banni, que super eas ad regiam pertinuit potestatem, Lacomblet, Urkundenbuch 1, 114 S. 69. Lüttich erwarb 1008 vom König quandam juris regni nostri forestem — cum banno nostro und Fulda 1012 desgleichen quandam juris nostri regni forestim — cum banno, Lünig, Reichsarchiv 17, 491; Dronke, codex diplomaticus 730 S. 343 f.

Um der Jagd einer Kirche oder eines Privaten dasselbe Vorrecht zu bewilligen war es, wie sich versteht, gleichgültig, auf welchem Wege der zu privilegirende Jagdberechtigte sein Jagdrecht erworben hatte; ebenso gut wie der König die Jagd, die er selbst schenkte, unter seinem Bann beliess oder jetzt bannte, durfte er von seiner hierin freien Gewalt zu Gunsten einer Jagd Gebrauch machen, die dem Inhaber als Grundeigenthümer zustand oder ihm von den Grundeigenthümern oder den sonstigen Besitzern überlassen war. Die hier in Betracht kommenden Regierungshandlungen eröffnet nächst den Hindeutungen in den Kapitularien Ludwigs des Frommen das bereits citirte Diplom Zuentibolds für Trier, durch welches der König dem Gesuch entsprechend statuirte, ut sub banno nostro sit, quicquid silvarum abbatia b. Maximini et episcopatus Treverensis apte inter subscriptos fines besitzen; omnem ergo silvam, quae est intra supradictos terminos, per bannum nostrum omnibus prohibemus et ex ea forestem facimus atque inde preceptum scribi jussimus, ne deinceps

ullus hominum in ipsa bestiam capere quacumque venationis arte absque possessoris ejus licentia presumat. quod si quis fecerit, bannum nostrum solvere cogatur, Beyer a. a. O. 1, 140 S. 205 f. Otto II. urkundet 973 für dasselbe Bisthum: quicquid in ambitu, den er nachher beschreibt, videntur habere ecclesiae Treverensis atque Prumiensis, — totum igitur in forestum nostro imperiali precepto perpetuo tenendum concessimus. — si quis autem hoc bannum nostrum infringere vel ullatenus violare presumpserit, 60 solidos camerae suae sine omni dubio componat, ebd. 1, 238 S. 294. In demselben Sinn ermächtigte der König die Abtei Hersfeld singulare atque dominicale forestum faciendi in ipso loco monasterii, innerhalb dessen Niemand rechtswidrig sub nostro firmitatis banno regali Wild verfolgen dürfe, 1003, Kuchenbecker, analecta Hassiaca 12, 317. Auf das Gesuch des Bischofs von Minden, quoddam forestrum sui scilicet juris per imperiale nostri praeceptum forestari, erging 1033 die Verfügung, dass nullus in eodem forestro venationis exercicium praeter praedictae aecclesiae episcopi consensum agere praesumat (Wilmans a. a. O. 2, 186 S. 235 f.), ohne dass es für erforderlich erachtet wurde die Bannstrafe ausdrücklich festzusetzen. Aus einem Walde des Klosters Ellwangen per nostram imperialem potentiam legali banno forestem fecimus, imperiali banno verbietend dort ohne des Abtes Erlaubniss zu jagen, Wirtembergisches Urkundenbuch 1, 217 S. 256. Passau erhielt 1049 auf einem seiner Güter jus et potestatem legitimi banni super venatione et foresto, Urkundenbuch des Landes ob der Enns 2, 66 S. 85, und Brixen 1073 wiltpannum, quem super praediis ecclesiae suae petiit, so dass die Jagd banni nostri obligacione ohne bischöfliche Erlaubniss strafbar ward, Schumi, Urkunden- und Regestenbuch des Herzogthums Krain 1 S. 59. Es ist, wie man sieht, immer derselbe Bann.

Die bisherigen Auseinandersetzungen hatten den Zweck die folgende Erörterung, welche die Lehre vom fränkischen Bodenregal am Wildbann prüfen soll, vorzubereiten. Allerdings ist die Frage, ob der König berechtigt war, dem Privaten sein Jagdrecht zu entziehen, unabhängig von der, ob er die genommene Jagd bannte, er hätte sie auch unter dem gewöhnlichen Recht belassen können, aber es ist begreiflich, dass der Bann hier nöthiger und üblicher war als sonst, und deshalb sind es die Bannforsten, an denen wir historisch den Gegenstand untersuchen müssen. In der fränkischen Zeit habe ich keinen haltbaren Anhaltspunkt für die Regalität der Jagd gefunden. Wohl war der König kraft seiner Gewalt Herr über fremde Jagden, aber diese Reviere liegen, soviel ich weiss, auf den Besitzungen von Kirchen und theilen nur das rechtliche Verhältniss des Königs zum Kirchengut. So gab Karl im Jahr 800 den Leuten der Abtei St. Bertin die Erlaubniss in den eigenen Waldungen der Abtei zu jagen, salvas forestes nostras, quas ad opus nostrum constitutas habemus, Guérard, Cartulaire de St. Bertin S. 64. Er hatte also nicht nur auf dem Lande der Abtei Forsten angelegt, sondern auch die übrige Jagd sich vorbehalten. Es mag nicht wohl denkbar sein, dass es bei den grossen Forsten z. B. in den Ardennen oder den Vogesen ohne Vernichtung von Gerechtsamen oder doch ohne Beseitigung thatsächlicher freiwillig geduldeter aber nicht beanspruchter oder nicht anerkannter Nutzungen Privater abgegangen ist, aber das Jagdrevier lag bei den alten Forsten auf fiscalischem Boden und eine Entziehung der Jagdberechtigung an sich hat daher wohl nicht stattgehabt. Wo wir sonst von der Begründung einer Jagd für den König selbst erfahren — die Fälle sind sehr selten, da nicht leicht Anlass war sie aufzuzeichnen —, vollzieht sich der Erwerb nicht auf Grund einer einseitigen Verfügung. In der St. Galler Formel handeln die Vertreter des Königs, ohne dass eine besondere Dispositionsbefugniss über Land und Jagd (die Jagd

kommt nur in Folge des Landes in Betracht) bemerklich würde, Zeumer, formulae S. 403, 10. Nach einer auf Arnulfs Namen ausgestellten, von seinen Nachfolgern oft bestätigten Urkunde hat der König an Salzburg geschenkt venationem in Dulcibus vallibus, quam populus cum sacramentis in potestatem nostram adfirmavit, id est ebdomadas III ante aequinoctium autumnale ac postea usque in natale sancti Martini ad venandos ursos et apros, Zahn, Urkundenbuch des Herzogthums Steiermark 1, 9 = 27 = 30 ö. S. 13. 33. 37, wo das Diplom Arnulfs für eine Fälschung erklärt wird. Mag die Aussage des Volkes ein Inquisitionszeugniss oder eine andere Handlung sein, soviel ist deutlich, dass der König jene Berechtigung nicht auf seine königliche Gewalt stützt, so beschränkt auch die Jagd war, die ihm auf dem privaten Grundeigenthum zustehen sollte.

In Ermangelung von Nachrichten über die Befugniss des fränkischen Königthums frei über fremde Jagdrechte zu verfügen versuche ich zu ermitteln, welches Recht die deutschen Könige beansprucht oder geübt haben, um daraus das Recht ihrer Vorfahren kennen zu lernen. Die Erörterung würde ohne Zweifel weit besser sein, wenn sie zugleich die französische Entwicklung verfolgte, aber ich vermag dieselbe gegenwärtig nicht zu berücksichtigen *).

Es gibt ungefähr sechs deutsche Königsdiplome des 10. und 11. Jahrhunderts, deren Wortlaut für die Ansicht ist, dass der König jedem Privaten sein Jagdrecht nehmen durfte. Denn wenn der Herrscher beurkundet, dass er bisherige Jagdrechte Dritter für einen Anderen banne, ohne die Einwilligung der früheren Besitzer zu erwähnen; wenn er vollends seinen Act damit motivirt, dass ihn ein Kirchenfürst gebeten habe ihm jene Gnade zu Theil werden zu lassen, so ist es nicht wohl möglich die Handlung selbst, die so verbrieft und begründet wird, für eine Gewaltthat des Uebermächtigen gegen die widerstandsunfähigen Unterthanen zu halten, sondern es scheint, dass wir eine rechtmässige Ausübung der königlichen Gewalt vor uns haben, mag dieselbe nun aus dem Recht des karolingischen Hauses abzuleiten sein oder nicht. Obgleich die betreffenden Urkunden nicht unbekannt sind, mögen sie hier eine Stelle finden. 944 urkundete Otto I: Baldrici Trajectensis aecclesiae presulis voluntati obtemperantes ex hoc inantea presenti privilegio auctoritatis nostrae interdicimus, ut nullus comitum aliorumve hominum in pago forestensi, quod est in comitatu Everhardi, cervos ursos capreas apros bestias insuper, quae Teutonica lingua elo aut scelo appellantur, venari absque prelibatae cathedrae presulis permissu presumat, Th. Sickel a. a. O. 1 S. 143 f., bestätigt 1006, Sloet, oorkondenboek der graafschappen Gelre en Zutfen 131 S. 131. Das Kloster Fulda erwirkte 951: per interventum dilecti fratris nostri Brunonis generique Cuonradi nostri ducis maximeque nobis animae confidentes remedium inde nasciturum, petitionibus abbatis Hadamari rationabilibus assentivimus quasdamque res ad sanctum Bonifacium traditas ab antecessoribus nostris regibus augmentare decrevimus, id est ut forestam, quae

*) Ich übergehe das Fischereirecht, weil es andere Voraussetzungen haben kann, führe jedoch ein Diplom von dem französischen Ludwig IV, 936 (Bouquet 9, 586) an, weil es mehr gibt als den Fischfang. Compiègne erhält a Confluentibus vero aquis contra villam Clarisium usque ad pontem Venettae flumen cum utrisque ripis et piscatoria et navium transitu et ubicumque retia extra fluvium trahenda fuerint, sive crescat sive decrescat, et inde usque ad Magnicurtem ita concedimus eis, et ut nullus ibi piscari aut venari absque licentia fratrum praesumat, et si bestia aliqua fugiens sine venatoribus ibi devenerit, ad fratrum mensam deferatur.

ad villam Achizuuila pertinet, in qua prius erat communis omnium civium venatio, nullus venandum audeat ingredi nisi licentia abbatis, Th. Sickel a. a. O. 1 S. 211. Dass diese ausschliessliche Jagd der Abtei nicht in Wirksamkeit getreten oder geblieben ist, wie Maurer, Markenverfassung 1856 S. 157 und Thudichum, Gau- und Markverfassung 1860 S. 306 f. aus Grimm, Weisthümer 3, 439 = 5, 324, 10 geschlossen haben, ändert die rechtliche Bedeutung der königlichen Handlung, vermöge deren bisher bestehende Jagdrechte einseitig aufgehoben werden, nicht. Der nämliche Vorgang tritt in den folgenden Urkunden mehr oder weniger deutlich hervor. 985 gab Otto III. dem Bisthum Verden venationem cervorum cervarumque per totum pagum Sturmum, Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen, Jahrgang 1854, S. 148, was einer seiner Nachfolger 1025 bestätigte, Stumpf, acta imperii 38 S. 44. 992 erhielten auf Intervention des Bischofs von Worms und des Pfalzgrafen Hermann zwei Brüder einen Wildbann zwischen der Adenau und der Ahr: in eodem foresto dedimus eis bannum nostrum excepto solummodo fidelis nostri Cuonradi ducis praedio, ita ut nulla persona magna vel parva infra spacium supradictum aliquam feram vel bestiam, hoc est cervum aut cervam, aprum vel apram aut hinnulum sive aliam bestiam, quae ad bannum nostrum pertineat, sine licentia eorum insequi, venari aut capere praesumat, nisi statim sibi, sicut nobis fieri solet in forestis nostris, regium bannum persolvat, Beyer, Urkundenbuch 2, 33 S. 18. Die Hamburger Kirche hat 1062 die Jagd in einer Grafschaft, soweit sie von den Königen selbst nicht schon vergeben war, und Eichstädt 1080 den Wildbann in zwei Gauen und Grafschaften erhalten, Lappenberg, Hamburgisches Urkundenbuch 1, 88 S. 88 und Mon. Boica 31, 1, 363.

Ungefähr um dieselbe Zeit, aber in beträchtlich überwiegender Zahl sind Königsurkunden ausgestellt, welche von der Verleihung eines Wildbanns berichten, in Betreff deren die bisherigen Jagdberechtigten eine Willenserklärung abgaben. Der Thatbestand ist hierbei ein so gleichartiger und demgemäss sind auch die Ausdrücke für die Aeusserung der Jagdbesitzer so übereinstimmend, dass die etwaige Undeutlichkeit einer Nachricht durch eine besser verständliche Fassung erklärt werden darf; es würde in Folge dessen auch wohl ausreichen, wenn die eine oder andere Handlung ihrem rechtlichen Wesen nach bestimmt wird, um zugleich die Auslegung der übrigen zu erhalten.

Nehmen wir zunächst einige unbestimmtere Formulirungen. Der König gab 1008 Basel bannum nostrum bestiarum super illas silvas hiis terminis — secundum collaudationem cumprovincialium inibi predia habentium, Trouillat, Monuments de Bâle 1, 94 S. 150 f.; 1014 Fulda den Bann in der Lupencenmark ex consensu et voluntate — omnium circa habitantium, qui ibi juxta predia habere noscuntur, Dronke a. a. O. 731 S. 344; 1018 Metz consensu vicinorum banno nostro imperiali constringere et ut rustici dicunt forastrere concedimus, Stumpf a. a. O. 267 S. 375; 1023 Würzburg consencientibus atque collaudantibus — ejusdem regionis cumprovincialibus majoribus et minoribus, Mon. Boica 31, 1, 298; 1029 Minden cum consensu et conlaudatione — civium in eadem silva usquemodo communionem venandi habentium — forestari concessimus et banni nostri districtu circumvallavimus, Wilmans a. a. O. 2, 171 S. 210; 1031 Würzburg silvam hactenus communi compagiensium usui habitam — cum consensu et collaudatione — comprovincialium in eadem silva communionem habentium abhinc sub forestis nomine comprehensimus ac districtionis nostrae bannum super eam — donavimus, Mon. Boica 29, 1, 32 f.; 1050 Chur consensu — comprovincialium, Mohr, codex diplomaticus 1, 92 f. S. 130 f.; 1059 Fulda: consenserunt autem huic nostrae tradi-

tioni, — quicunque aliquod praedium aut beneficium sive advocationem in his praescriptis terminis possederunt, Dronke a. a. O. 760 S. 368; 1060 Würzburg omnibus, qui in praescriptis terminis aliquid proprii possederunt, collaudantibus, Mon. Boica 29, 1, 144; 1062 Hildesheim consentiente et confavente Ottone Bavariorum duce caeterisque omnibus, quorum praedia et possessiones sitae erant intra eos terminos, Lünig, Reichsarchiv 17, 1098.

Die angeführten sowie andere Beurkundungen unterlassen nicht zu bemerken, dass die Besitzer darein willigten ihr Jagdrecht zu Gunsten desjenigen, dem der König seinen Wildbann verlieh, aufzugeben, sie verzeichnen überdies mitunter — und das macht auf die Bedeutung der Handlung aufmerksam —, dass sie es alle, Vornehme wie Geringe, thaten, aber darüber sagen sie nichts, von welcher Art das rechtliche Willensverhältniss zwischen den Jagdinhabern und dem Könige war, ob der Uebergang des Jagdrechts sich auf ihren Willen oder auf den des Königs gründete und ob sie etwa sich nur deshalb dazu entschlossen ihre Einwilligung auszusprechen, weil ihnen andernfalls ein unfreiwilliger Verlust gedroht haben würde. Diese Dunkelheit in dem Verhältniss der Willen wird durch ein Diplom Ottos III. für Worms etwas aufgehellt: concessimus regium bannum in silvis — quas ille cum nostra licentia et auctoritate necnon voluntate et assensu bonorum militum in circuitu venationem habentium noviter inforestavit, Wirtembergisches Urkundenbuch 1, 195 S. 228. Denn hier ist es, deutlicher als in bisher citirten Urkundenstellen, der Privilegirte, der zu den Berechtigten direct in Beziehung trat und durch Verhandlungen mit denselben im Wege des privatrechtlichen Verkehrs Jagdrechte erwarb. In anderer Reihenfolge erscheint ein privates Handeln in einem Privileg desselben Königs für Minden, Inhalts dessen das Bisthum zwei Forsten erhielt et insuper ob interventum et comprobationem fidelium nostrorum Bernhardi videlicet ducis et fratris sui Liutgeri atque Ailhardi comitis aliorumque comprovincialium suorum supradicto episcopo et ejus ecclesiae dedimus silvam Suntel vocatam, Wilmans a. a. O. 2, 109 S. 119 f. In diesem Fall sind es die Jagdberechtigten, die bei dem Könige den Antrag stellen einer Jagd den Königsfrieden zu ertheilen, die sie dem Bisthum schenken wollen; ihr Wille ist es, der das Privatrecht überträgt. Die gleiche rechtsbegründende Kraft der Erklärungen der Jagdbesitzer zeigt sich mit voller Evidenz in dem Privileg für den Grafen Adalbero 1003 und dem für Aquileja 1028. In dem ersteren ertheilt der König seinen Wildbann in folgender Fassung: sibi prout ipse postulaverat, quia legaliter potuimus, regalis potentiae bannum super agrestes feras concessimus inter duos fluvios Ysara et Liubasa tam super propriam ipsius, qui praefatus est, Adalberonis terram quam super domorum pontificalium vel monasteriorum in abbaciis, que ibi nobis pertinent, terras sive omnium illorum hominum terras, qui in presenti vel in futuro hujusmodi rem cum eo collaudabunt in comitatu Friderici, Ried, codex diplomaticus Ratisbonensis 1, 130 S. 122. Der König erklärt, es sei sein Recht, das Wild zu bannen, und diese Handlung ist, wie sich versteht, jederzeit eine alleinige Handlung des Monarchen, an welcher keinerlei rechtliche Betheiligung stattfindet. Die materielle Voraussetzung für die Wirksamkeit des Bannes, das Jagdrevier, wird in unserem Fall auf drei Wegen hergestellt: dem Privilegirten kommt die Jagd auf seinem eigenen Lande als solchem zu; auf den Besitzungen von Reichskirchen disponirt der König darüber zu Gunsten des Grafen, und die Jagdrechte Privater, mögen sie auf deren Grund und Boden oder als abgesonderte Berechtigungen bestehen, hat der Privilegirte selber vermittelst gewöhnlicher Privatrechtsgeschäfte sich zu erwerben, ohne

dass die königliche Gewalt ihm irgendwie dazu verhilft. Ebenso belehrend ist der Hergang bei dem Aquileja in Friaul verliehenen Wildbann. Der König übergab quandum silvam sitam in pago Fori Julii — cum consensu et laudatione mehrerer mit Namen Genannter et caeterorum, qui amodo per ejus voluntatem suorumque successorum id ipsum collaudare voluerunt, forestari concessimus eandemque banni nostri districtu circumvallavimus, Bresslau, Konrad II. 1, 485. Es blieb also dem Patriarchen überlassen weitere Einwilligungen zu gewinnen, der König gab ihm nur im voraus seinen Bann dazu, welcher abweichend von dem alten Brauch hier hundert Pfund Gold betrug.

Die Urkunden, die wir zuletzt lasen, zeigten uns Handlungen des privatrechtlichen Verkehrs, die ihre constitutive Bedeutung ebenso gut ohne den Bann wie mit ihm besassen und dem Erwerber der Jagd ein derivatives Recht gaben, an dessen Uebergang die königliche Gewalt keinen rechtlichen und nicht einmal einen factischen Antheil hatte. Diese selbständigen Rechtsgeschäfte der Privaten wurden mit collaudare und laudatio bezeichnet, denselben Ausdrücken, die in den minder ausführlichen Diplomen üblich sind, und das führt darauf, dass wir ihnen hier denselben rechtlichen Werth zuschreiben müssen wie dort, wenn nicht ein besonderer Grund entgegensteht. Was sollte auch den König bewogen haben dem Patriarchen von Aquileja weniger zu geben, als er vermöge königlicher Gewalt zu geben befugt war, wenn er es in der That anderen nicht mehr begünstigten Kirchen verliehen hätte? Ich glaube, dass wir nach dem Gesagten anerkennen müssen, dass den beurkundeten Collaudationen rechtsbegründende Kraft innewohnt.

Wie ist dann aber der Widerspruch zu lösen, der zwischen den einen und den anderen Acten der deutschen Könige besteht? Für die Auskunft, dass die Einwilligung der Berechtigten auch in den Fällen, wo sie nicht erwähnt wird, gleichwohl stattgefunden habe, liesse sich etwa anführen, dass in einer Fälschung für Osnabrück aus dem elften Jahrhundert, für die der Wortlaut eines königlichen Diploms von 1002 als Vorlage diente, ein Zusatz über collaudatione illius regionis potentum eingeschaltet ist, Th. Sickel a. a. O. 1, 417; Möser, Osnabrückische Geschichte, Urkunden Nr. 2. 18. 19. 20 S. 4. 31. 33. 35; Mühlbacher, Regesten der Karolinger 401. Der Verfasser der Urkunde hat seine Aenderung möglicherweise nur deshalb gemacht, weil er sie für dem Sinn entsprechend hielt. Glaubwürdiger haben wir dasselbe in zwei Urkunden für Trier, einer königlichen von 1023 und einer bischöflichen. Während die Königsurkunde den Wildbann innerhalb vorgeschriebener Grenzen bewilligt, ohne von den Anliegern zu reden, ergänzt uns die Bischofsurkunde den Thatbestand dahin, dass jenes Gebiet dem Bisthum von den betreffenden Privaten überlassen worden sei, Beyer, Urkundenbuch 1, 298 f. S. 347 f. So selten auch ein derartiges Verhältniss wird nachgewiesen werden können, so ist die Möglichkeit, dass es obgewaltet habe, nicht im voraus schlechterdings abzulehnen. Allein wenn wir dessen ungeachtet uns genöthigt sehen, Expropriationsacte der Könige anzunehmen, so bleibt die Frage, ob wir in denselben die Fortdauer eines alten Königsrechts und also in den Collaudationen eine neuere Abschwächung und Preisgebung desselben zu erblicken haben oder ob der König unter fördernder Unterstützung der Machthaber, die er privilegirte, ein neues Recht in Anspruch nahm und übte, das schliesslich in den landesherrlichen Wildbann ausgelaufen ist. Schröder hat sich in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte 15, germ. Abth. S. 80 für das Erste und Heusler, Institutionen des deutschen Privatrechts 1, 370 f. für das Zweite ausgesprochen. Soweit die Frage aus dem Jagdrecht selbst zu beantworten ist, neigen meines Erachtens

die Wahrscheinlichkeitsgründe sich der letzteren Ansicht zu. Denn in derselben Zeit, wo der König zuerst über die Jagdrechte Privater zu verfügen scheint, holt er in häufigeren Fällen nicht sowohl die Zustimmung der Privaten ein, sondern lässt er vielmehr die materielle Voraussetzung für den Königsfrieden, den er wirken will, privatrechtlich beschaffen. Was könnte ihn meistentheils abgehalten haben von der etwaigen Befugniss Jagdrechte willkürlich zu entziehen Gebrauch zu machen, wenn sie ein altes und unstreitiges Königsrecht gewesen wäre? Die wenigen Acte, in denen er so vorgeht, liegen zeitlich so zwischen den anderen, dass sie sich nicht als verspätete Aeusserungen einer im Untergang begriffenen Gewalt darstellen. Es ist andererseits nicht zu verkennen, dass die Entscheidung wohl anders ausfallen müsste, wenn sich das Bodenregal bewahrheiten sollte, aber wenn ich nicht sehr irre, so haben die darunter zusammengefassten Erscheinungen ihre zutreffende Erklärung in ihm nicht gefunden.

Jahresbericht.

Die Einführung des Rectors für das Amtsjahr 1885/86 fand am 18. October 1885 im Saalbau statt, wobei derselbe über „Entstehung und Verbreitung der Volkskrankheiten" seine Antrittsrede hielt.

Bald nach dem Beginn des neuen Amtsjahres vollzog sich ein für unsere Universität besonders bedeutungsvolles Ereigniss: die Verleihung neuer Statuten. Bisher hatten die bei der im Jahr 1553 erfolgten Wiederaufrichtung der Hochschule durch Landgraf Wilhelm IV. an Stelle der bald nach der Gründung durch Philipp den Grossmüthigen verliehenen, später einer „Reformation" unterzogenen Statuten getretenen Leges generales zu Recht bestanden, wenn sie auch im Laufe der Zeiten vielfache Abänderungen und Ergänzungen erfahren hatten. Diese hatten sich aber schliesslich so gehäuft, dass das Bedürfniss nach einer Revision und zeitgemässen Gestaltung der Statuten immer fühlbarer geworden war. Nach eingehenden, zwischen dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten und den Universitätsbehörden gepflogenen Berathungen hat Seine Majestät der Kaiser und König unter dem 28. October 1885 die neuen „Statuten der Königlichen Universität zu Marburg" zu verleihen geruht. Die dieselben in 10 Abschnitten und 86 Paragraphen enthaltende, auf 43 Pergamentblättern geschriebene, prachtvoll ausgestattete Urkunde ist in Folge eines hohen, von Seiten Seiner Excellenz des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten Dr. von Gossler dem Unterzeichneten als dem damaligen Führer der Geschäfte des Königlichen Universitäts-Curatoriums gewordenen Auftrages von demselben am 21. November 1885 dem academischen Senat in einer feierlichen Sitzung desselben überreicht worden. Seiner Majestät dem Kaiser und König hat für diesen neuen Beweis Allerhöchster landesväterlicher Fürsorge der academische Senat in einem ehrfurchtsvollen Schreiben seinen allerunterthänigsten Dank ausgesprochen.

Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass auch den Facultäten neue Statuten verliehen werden sollen, deren Entwürfe, von den Facultäten ausgearbeitet, alsbald den höheren Instanzen unterbreitet werden sollen.

Eine weitere wichtige Veränderung in der Organisation unserer Universität ist kürzlich ins Leben getreten. Nachdem im Jahre 1871 der damalige Curator derselben, Geheime Regierungsrath Roedenbeck als Curator an die Universität Halle-Wittenberg versetzt

war, wurde unsere Hochschule einem Curatorium unterstellt, das aus dem zeitigen Rector und einem Professor als ständigem Mitgliede zusammengesetzt war. Als letzteres ist durch über dreizehn Jahre der Geheime Justizrath, Professor Dr. Fuchs thätig gewesen. Nach dessen vor fast zwei Jahren erfolgtem Ableben haben die Rectoren allein die Geschäfte des Curatoriums geführt. Mit dem 1. October d. J. hat dieselben der unter Verleihung des Characters als Geheimer Regierungsrath mit dem Range eines Rathes dritter Classe zum Curator der Universität ernannte bisherige Geheime Justizrath und ordentliche Prefessor an der Universität Halle-Wittenberg, Doctor der Rechte, Herr Ernst Meier übernommen.

Die Universität hat die nach der in diesem Frühjahr in Kraft getretenen neuen Kreisordnung vom 7. Juni 1885 erlangte Berechtigung, als Grossgrundbesitzerin an der Wahl der aus der Zahl der Grossgrundbesitzer zu erwählenden Mitglieder des Kreistages theilzunehmen, durch den hierzu vom academischen Senat bevollmächtigten Herrn Professor Dr. Enneccerus ausgeübt.

Was die bauliche Reorganisation der Universität anbetrifft, so ist dieselbe auch im abgelaufenen Amtsjahre in erfreulichster Weise fortgeschritten. Die neue medicinische Klinik ist soweit vollendet, dass sie am 1. October mit Kranken belegt werden konnte und mit dem Beginn des Wintersemesters dem klinischen Unterricht übergeben werden kann. Der Bau des neuen physiologischen Institutes schreitet rüstig vorwärts. Der Neubau des pathologisch-anatomischen Institutes hat begonnen. Das mineralogische Institut hat einige bauliche Verbesserungen erfahren; die innere Einrichtung desselben, zu der in diesem Jahr die Mittel bewilligt sind, geht ihrer Vollendung entgegen. Das im vorigen Herbst in Räumen des deutschen Hauses neubegründete, provisorische hygienische Institut wird in diesem Herbst etwas erweitert. Der baufällige Aulaflügel, der von dem alten Universitätsgebäude noch stehen geblieben war, wird abgebrochen; wir dürfen uns der Hoffnung hingeben, dass im nächsten Jahre mit der Erbauung eines neuen Gebäudes, welches die unserer Hochschule bisher noch fehlende Aula, sowie dringend nothwendige Lehrräume enthalten soll, begonnen werden wird. Für das physicalische und das pharmaceutisch-chemische Institut sind Erweiterungsbauten in Vorbereitung; auch für die chirurgische und die gynäcologische Klinik werden solche geplant. Dem historischen Seminar, bisher in dem abgebrochenen Aulaflügel untergebracht, wurden provisorisch gemiethete Räume überwiesen. Mehrere Seminare und Institute wurden, sei es durch dauernde Erhöhung der Fonds oder Vermehrung der Arbeitskräfte, sei es durch Zuwendungen ausserordentlicher Zuschüsse wesentlich gefördert. Neu begründet wurde das mathematische Seminar, zu dessen Director Herr Professor Dr. Weber ernannt wurde; neu bewilligt wurde ein Betrag für Beschaffung eines christlich-archäologischen Apparates, dessen Leitung Herr Consistorialrath Professor Dr. Heinrici übernommen hat.

Zu der fünfundzwanzigjährigen Jubelfeier des Allerhöchsten Regierungsantrittes Seiner Majestät des Kaisers und Königs hat der academische Senat durch Ueberreichung einer von der Hand eines seiner Mitglieder, des Herrn Professor Dr. Ferdinand Justi in kunstreicher Weise hergestellten Adresse seine dankerfüllten Glückwünsche und treuesten Huldigungen dargebracht. Den Festtag selbst beging die Universität gemeinsam mit den militärischen und civilen, staatlichen und communalen Behörden, sowie zahlreichen anderen Bewohnern der Stadt Marburg durch ein Festmahl, bei

welchem es dem Rector vergönnt war, den für den allgeliebten Herrscher gehegten Gefühlen der Festversammlung Ausdruck zu geben; auch betheiligte sich die Universität an der allgemeinen glänzenden Illumination durch Erleuchtung der sämmtlichen ihr zugehörigen Gebäude. Zur Nachfeier und zum Andenken an die Wiederaufrichtung des deutschen Reiches veranstaltete die Studentenschaft am 18. Januar einen glänzenden Fackelzug, bei welchem vor der auf dem Schlosshof aufgerichteten Colossalbüste Seiner Majestät des Kaisers Herr stud. philol. Ludwig Rhumbler die Festrede hielt.

Bei der Feier des Allerhöchsten Geburtstages hielt Herr Geheimer Justizrath, Professor der Rechte, Dr. Ubbelohde die Festrede über „Recht und Billigkeit.“ Zugleich verkündigte er die Ergebnisse der Preisbewerbungen der Studirenden vom Jahre 1885/86 und die für das nächste Jahr gestellten Aufgaben. Durch Preise wurden ausgezeichnet: der Student der Medicin Emil Martin aus Wien, sowie die Studirenden der Philologie Eugen Maurer aus Cassel und Hermann Spindler aus Hofgeismar. Die von der theologischen Facultät gestellte Aufgabe hatte zwar eine Bearbeitung gefunden, ein Preis konnte derselben jedoch nicht zuerkannt werden. Die beiden von der juristischen, sowie je eine von der medicinischen und der philosophischen Facultät gestellten Aufgaben waren unbearbeitet geblieben.

Am 19. December 1885 feierte der Senior der philosophischen Facultät, Professor der Mathematik, Doctor der Medicin und Philosophie Herr Friedrich Ludwig Stegmann die fünfzigste Wiederkehr des Tages, an dem er in Giessen die medicinische Doctorwürde erlangt hatte. Der hochgeehrte Jubilar, am 28. Juni 1813 zu Frankfurt am Main geboren, hat, nachdem er sich von der Medicin ab- und ganz dem Studium der Mathematik zugewandt hatte, seit seiner dahier zugleich mit der Promotion zum Doctor der Philosophie am 10. September 1840 erfolgten Habilitation unserer Universität dauernd angehört. Am 23. Januar 1845 wurde er zum ausserordentlichen, am 26. August 1848 zum ordentlichen Professor der Mathematik ernannt und hat in dieser Stellung in der erspriesslichsten Weise gewirkt, bis ihn vor Kurzem sein vorgeschrittenes Alter mahnte, seine Lehrthätigkeit einzustellen und sich eine wohlverdiente Musse zu gönnen. Auch den allgemeinen Interessen der Hochschule hat er sich auf das Eifrigste gewidmet; zweimal wurde er als Prorector an ihre Spitze gestellt, er war viermal Decan, sowie während je eines Jahres Mitglied der Universitäts-Deputation und der Administration der Universitäts-Wittwen-Casse; zwölf Jahre hat er der Universitäts-Administrations-Commission angehört. Lange Zeit nahm er mit vorübergehender Unterbrechung bis zum Jahre 1879 an den Arbeiten der wissenschaftlichen Prüfungs-Commission für Candidaten des höheren Schulamtes, vier Jahre hindurch als deren Director, Theil. Se. Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst die Verdienste des Jubilars durch die Verleihung des rothen Adlerordens dritter Classe mit der Schleife und der Zahl 50 anzuerkennen geruht. Da sich zu unserm Bedauern der hochgeehrte Amtsgenosse der persönlichen Darbringung unserer Glückwünsche entzogen hatte, so sprachen dieselben sowohl Rector und Senat als auch die philosophische Facultät in Gratulationsschreiben aus. Die medicinische Facultät in Giessen übersandte ein erneuertes Doctor-Diplom.

Am 4. Juli d. J. wurde eine von den Schülern des am 15. März 1884 verstorbenen Professors Dr. Zwenger gestiftete, von Herrn Professor Hassenpflug zu Cassel in vorzüglicher Weise angefertigte Büste jenes um die Entwickelung des pharmaceutischen Stu-

dienwesens an unserer Hochschule hochverdienten Mannes in dem unter seiner Leitung erbauten pharmaceutisch-chemischen Institut in feierlicher Weise aufgestellt, wobei Herr Universitäts-Apotheker Siebert, Mitglied der pharmaceutischen Prüfungs-Commission und der langjährige erste Assistent des genannten Institutes, Herr Apotheker Denner über die so erfolgreich gewesene wissenschaftliche und practische Thätigkeit Zwenger's sprachen.

Bei der grossartigen Feier des Fünfhundertjährigen Jubiläums der Universität Heidelberg war unsere Hochschule, welche jener ihre Glückwünsche durch ein von dem Mitglied unserer Körperschaft, Herrn Consistorialrath Professor Dr. Ranke in lateinischen Hexametern verfasstes Festgedicht dargebracht hat, durch den Unterzeichneten und den Professor der Mathematik, Herrn Dr. H. Weber vertreten.

Dem ordentlichen Professor an der Universität Königsberg, Herrn Geheimen Regie rungsrath Dr. Neumann haben wir zu seinem 60jährigen Doctorjubiläum, sowie dem früher unserer Universität zugehörig gewesenen ordentlichen Professor der Philosophie und Mitglied der Academie der Wissenschaften zu Berlin, Herrn Geheimen Regierungsrath Dr. Zeller zu seinem 50jährigen Doctorjubiläum unter Uebersendug von Votivtafeln unsere Glückwünsche dargebracht. Letzterem, der bereits Doctor der drei übrigen Facultäten ist, hat bei dieser Gelegenheit unsere medicinische Facultät auch ihre Doctorwürde honoris causa verliehen. Dieselbe Ehrenbezeugung ist dem um die Erforschung der Fauna und Flora des Kreises Rotenburg an der Fulda sehr verdienten Herrn Kreisphysicus, Sanitätsrath Dr. Eisenach bei Gelegenheit der Feier seines 50jährigen Doctorjubiläums, zu dem die hiesige medicinische Facultät ihm ein erneuertes Diplom geschickt hat, von Seiten unserer philosophischen Facul tät durch Verleihung ihrer Doctorwürde honoris causa zu Theil geworden.

Was die Veränderungen im Personal der Universität betrifft, so haben wir zuerst der Verluste zu gedenken, welche sie durch den Tod von zwei ihrer Professoren erlitten hat, über deren Leben und literarische Thätigkeit hier der Sitte gemäss kurz zu berichten *ist*

Friedrich Wilhelm Röstell wurde am 9. October 1799 zu Berlin geboren, wo sein Vater practischer Arzt war. Er besuchte daselbst das Gymnasium zum grauen Kloster und studirte alsdann auf den Universitäten Berlin, Königsberg und Göttingen, wo er am 16. April 1823 zum Doctor juris promovirt wurde. Im Jahre 1825 habilitirte er sich als Privatdocent in Königsberg. Eine im Jahre 1826 angetretene wissenschaftliche Reise nach Rom brachte ihn zu dem daselbst als königlich preussischer Ministerresident beim päpstlichen Stuhl weilenden Bunsen in nähere Beziehungen, welche dazu führten, dass er im Jahre 1828 dieser Gesandtschaft attachirt wurde. Die Ergebnisse seiner während seines Aufenthaltes in Rom angestellten emsigen Studien hat er in der gemeinsam mit Platner, Bunsen und Gerhard herausgegebenen Beschreibung der Stadt Rom niedergelegt.*) Nach seiner Rück-

---

*) Der Verwaltung der Universitäts-Bibliothek verdanken wir folgende Zusammenstellung von Röstell's Schriften:

Beschreibung der Stadt Rom von Ernst Platner, Carl Bunsen, Eduard Gerhard und Wilh. Röstell. Bd. I. Stuttgart und Tübingen 1829. 8⁰. Darin: Röstell, über die Glaubwürdigkeit der ältesten Lebensbeschreibungen der Päpste (1827) S. 208—216. — Derselbe, Rom's Katakomben und deren Alterthümer. S. 355—416. — Derselbe, Anmerkungen zu Ernst Platner, Rom's Basiliken und ihre Mosaiken. (1827). Bd. II. Abth. II. Stuttgart und Tübingen 1834. 8⁰. — Darin: Röstell, von dem Archiv des Lateranischen Palastes. S. 284—294. — Derselbe, das vati-

kehr aus Italien wurde er im Jahr 1832 zum ausserordentlichen Professor in der juristischen Facultät der Universität Berlin ernannt. Er hat als solcher über Encyclopädie, Kirchen-, Völker-, Eherecht, sowie über Staatsrecht des deutschen Bundes gelesen. Gleichzeitig wurde er in der Stellung eines publicistischen Rechtsconsulenten im Königlichen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten beschäftigt. Nach dem Fortgang Richter's von Marburg nach Berlin erfolgte im Frühjahr 1847 seine Berufung als ordentlicher Professor der Rechtswissenschaft nach Marburg. Hier hat sich seine durch gediegene Wissenschaftlichkeit ausgezeichnete Lehrthätigkeit besonders auf Kirchen- und deutsches Privatrecht, sowie auf deutsche Staats- und Rechts-Geschichte erstreckt, bis ihn vor wenigen Jahren körperliches Leiden nöthigte, seine erspriessliche Wirksamkeit als academischer Lehrer einzustellen. Neben der letzteren hat er bis an sein Lebensende den allgemeinen Interessen seiner Facultät und der Universität die regste Theilnahme gewidmet. Er hat viermal das juristische Decanat, dreimal das Prorectorat bekleidet und war Stellvertreter des letzten Vice-Kanzlers unserer Universität. Hat er sich durch sein Wirken an unserer Hochschule, ebenso wie durch die Lauterkeit seines Charakters die ungetheilte Verehrung seiner Amtsgenossen erworben, so hat ihm auch die äussere Anerkennung nicht gefehlt. 1871 erhielt er den rothen Adlerorden 4. Klasse, 1873 bei Gelegenheit der Feier seines fünfzigjährigen Doctor-Jubiläums die 3. Klasse jenes Ordens mit der Schleife und der Zahl 50, 1882 zum fünfzigjährigen Professorenjubiläum den Kronenorden 2. Klasse. Zur Feier seines sechzigjährigen Doctor-Jubiläums wurde er zum Geheimen Justizrath ernannt und die Marburger philosophische Facultät verlieh ihm ihre Doctorwürde honoris causa. Auch nachdem er, bereits in hohem Alter stehend, von seiner öffentlichen Thätigkeit zurückgetreten war, hat es ihm eine seltene, fast jugendlich zu nennende Frische des Geistes möglich gemacht, bis zu seinen letzten Lebenstagen mit beharrlichem Eifer seine von Jugend auf den verschiedensten Zweigen der Wissenschaft und Kunst gewidmeten Studien, deren Ergebniss ein sehr umfassendes Wissen und eine in seltener Weise harmonisch gestaltete Geistesbildung war, fortzusetzen unter der lebhaftesten Betheiligung und treuesten Pflege seiner Gattin Justine Wilhelmine geb. Ritter, mit der er seit dem Jahre 1848 in glücklicher Ehe verbunden war, und seiner aus dieser entsprossenen einzigen Tochter. Am 12. Februar d. J. schied er aus diesem Leben, 86 ½ Jahre alt. An seinem Grabe widmete ihm nach einer erhebenden Rede des Herrn Pfarrer Scheffer Herr Geheimer Justizrath, Professor Dr. Ubbelohde im Namen unserer Hochschule einen sein Wesen und Wirken in warmempfundenen Worten schildernden Nachruf. (Cf. Marburger Tageblatt Nr. 39.)

---

kanische Archiv. S. 295—302. — Derselbe, Allmähliche Entstehung, Bestand und Verwaltung der vatikanischen Bibliothek. S. 303—322.

Ausserdem sind, soweit sich ermitteln liess, von Röstell noch veröffentlicht worden folgende Schriften:

Fr. Guil. Röstell, de bonis ecclesiasticis ante Constantinum Magnum. Regiomonti 1825. 4⁰. — Joh. Wilh. Bickell, Geschichte des Kirchenrechts. Bd. I. Lief. 2. Nach dem Tode des Verfassers herausgegeben von Fried. Wilh. Röstell. Frankfurt a. M. 1849. 8⁰. — Statuta Eschenwegensia ex codice Gissensi no. 980. edita a Frid. Guil. Roestell. Marburg 1854. 4⁰. (Universitäts-Programm). — Referate und Kritiken im allgemeinen Repertorium für die theologische Literatur und kirchliche Statistik, herausgeg. von H. Rauber — Eine Kritik Röstell's über O. Hartwig's Codex juris municipalis Siciliae Bd. I findet sich in v. Sybel's historischer Zeitschrift Bd. XX. p. 223.

Carl Julius Caesar, geboren am 4. Februar 1816 zu Cassel, woselbst sein Vater als Regierungssecretär angestellt war, studirte nach seiner auf dem Lyceum zu Cassel erlangten Vorbildung in Marburg und Göttingen von Ostern 1833 an Philologie, anfangs in Verbindung mit Theologie, besonders beeinflusst und in seiner Richtung bestimmt von Carl Friedrich Hermann und Otfried Müller. Nach Bestehen der Gymnasiallehrer-Prüfung im December 1836 habilitirte er sich zugleich mit seiner am 10. Mai 1837 stattgehabten Promotion zum Doctor der Philosophie als Privatdocent an der Marburger Universität, der er seitdem bis an sein Lebensende, fast fünfzig Jahre hindurch, ausschliesslich angehört und alle seine reichen Kräfte in liebevollster Hingabe gewidmet hat. Im Jahr 1842 wurde er zum ausserordentlichen Professor, 1853 zum Gehülfen des Directors des philologischen Seminars, 1863 zum ordentlichen Professor der Philologie und Eloquenz, sowie alsbald auch zum Director des ebenbezeichneten Seminars ernannt. Ausser durch die dem letzteren gewidmete gewissenhafteste Thätigkeit wirkte er in der anregendsten Weise auf die Studirenden durch seine Vorlesungen. Dieselben erstreckten sich auf die verschiedensten Disciplinen der classischen Philologie, in deren weitem von ihm als untrennbares Ganzes aufgefasstem Gebiet er jedem Theil, und über deren Gebiet hinaus er verwandten Forschungszweigen die möglichste Berücksichtigung zu Theil werden zu lassen suchte, wenn er sich auch mit Vorliebe neben der griechischen Literaturgeschichte vornehmlich der Metrik und der Mythologie zugewandt hat. Nächst seinem Lehramt widmete er eine ausgedehnte literarische Thätigkeit theils eigenen Arbeiten, theils viele Jahre hindurch als Redacteur der Zeitschrift für die Alterthumswissenschaft der Verbreitung der Forschungsergebnisse anderer Gelehrter seines Faches*).

---

*) Ueber Cäsar's literarische Thätigkeit giebt folgendes, theils seinen eigenen Aufzeichnungen entnommenes, theils in dankenswerthester Weise von Herrn Professor Dr. Leopold Schmidt zusammengestelltes Verzeichniss Aufschluss.

Von Cäsar sind folgende selbständige Schriften im Buchhandel erschienen:

De carminis Graecorum elegiaci origine et notione, Marb. 1841. 8⁰. (Vermehrter Abdruck der 1837 erschienenen Inauguraldissertation). — Hyperidis oratio pro Euxenippo et orationis pro Lycophrone fragmenta, Marb. 1857. 8⁰. — Ein Beitrag zur Charakteristik Otfried Müller's als Mytholog. Marb. 1859. 8⁰. — Der Prometheus des Aeschylus, zur Revision der Frage über seine theologische Bedeutung. Marb. 1860. 8⁰. — Die Grundzüge der griechischen Rhythmik im Anschluss an Aristides Quintiliannus erläutert Marb. 1861. 8⁰. — Das finnische Volksepos Kalevala, eine Vorlesung, Stuttgart 1862. 8⁰. — Hegesippus de bello Judaico ope codicis Cassellani recognitus. Edidit Car. Fr. Weber. Opus morte Weberi interruptum absolvit J. C. Marb. 1864. 4⁰. — Die Universität als Genossenschaft. Marb. 1865. 8⁰. (Festrede). — Die Universität Marburg als Stiftung Philipps des Grossmüthigen. Marb. 1867. 8⁰. (Festrede). — Dilichii, Wilh. urbs et academia Marpurgensis succincte desripta et typis efformata. Librum autographum brevibus annotatt. instructum ed. J. C. Marb. 1867. 4⁰. — (Zuerst in vier Programmen erschienen), — Academiae Marpurgensis privilegia, leges generales et statuta facultatum specialia anno MDCLIII promulgata. Edidit J. C. Marb. 1868 (zwei Frogramme). — Emendationes Hephaestioneae. P. I. II. Marb. 1869, 4⁰. (zwei Programme). — Catalogus studiosorum scholae Marpurgensis. Edidit J. C. P. I. — XIV. Marb. 1875 — 1886. 4⁰. (vierzehn Programme). Dazu gehört: Edicta de emendando Academiae Marburgensis statu a. 1575 promulgata im Ind. lectt. aest. 1879. 4⁰. — Fasti Prorectorum et Rectorum universitatis Marburgensis a saeculari eius a. MDCCCXXVII per decem lustra deducti. Composuit J. C. Marb. 1877. 4⁰. (Progr. zum Tübinger Jubiläum). — Festrede gehalten auf dem Marktplatz zu Marburg am 31. Juli 1877 bei der 350jährigen Feier der Stiftung der Universität. Marb. 1877. 8⁰. — Christian Wolff in Marburg. Marb. 1879. 8⁰. (Festrede).

Ferner sind als Universitätsprogramme, beziehungsweise Proömien zu lateinischen Lektionskatalogen von ihm erschienen: Aristidis Quintiliani de metris commentarius emendatus atque anno-

Was die weitere vielseitige Bethätigung seiner aussergewöhnlichen Arbeitskraft anbelangt, so sei zunächst erwähnt, dass er der wissenschaftlichen Prüfungs-Commission für Gymnasiallehrer erst als Vertreter, dann seit 1864 als ordentliches Mitglied, im Jahr 1873 als ihr Director, mit einigen Unterbrechungen bis zum Herbst 1885 angehört hat. Vor Allem aber muss hervorgehoben werden, wie Caesar in der umfassendsten Weise sich der Förderung der allgemeinen Interessen seiner Facultät und der gesammten Hochschule hingegeben hat. Seit dem Jahre 1848 wirkte er, durch die Vielseitigkeit seiner Bildung und wissenschaftlichen Interessen zu einer derartigen Stellung besonders berufen, zunächst als Unter-Bibliothekar, 1859 zum zweiten, 1874 zum alleinigen Bibliothekar, 1882 zum Ober-

---

tationibus criticis instructus. 1862. 4°. — De versibus asynartetis commentatio. 1864. 4°. — Commentatio de nonnullis artis metricae apud veteres vocabulis. 1867. 4°. — Coniectanea critica. 1871. 4°. — De nonnullis metricorum latinorum locis. 1874. 4°. — Sanzanomis gesta Florentinorum e cod. Florentino primum edita. 1875. 4°. — Quaestionum de Callini poetae elegiaci aetate supplementum. 1876. 4°. — De mythologiae comparativae quae vocatur rationibus observationes nonnullae. 1877. 4°. — Observationes nonnullae de Josepho latino qui Hegesippus vocari solet emendando. 1878. 4°. – Quaestiones duae ad Aristophanis aves spectantes. 1881. 4°. — Oratiunculae duae promotoriae. 1882. 4°. — De Aristidis Quintiliani musicae scriptoris aetate. 1882. 4°. — Additamentum disputationis de Aristide Quintiliano et oratio in prorectoris munere ineundo pridem habita. 1884. 4°. — De Aristoxeni elementis rhythmicis. 1884. 4°. — De verborum arsis et thesis apud scriptores artis metricae latinos significatione. 1885. 4°.

Als Manuscript sind von ihm gedruckt: Zur Leichenfeier Fr. Alb. Lange's am 24. Nov. 1875, eine nicht gehaltene Rede. 8°. — Worte am Grabe des Geh. Justizraths Prof. Dr. Fuchs am 22. Okt. 1884 gesprochen von J. C. 8°.

Unter den Zeitschriften, für welche Cäsar thätig gewesen ist, steht die Zeitschrift für die Alterthumswissenschaft voran, deren Redaktion er von 1843 bis 1852 in Verbindung mit Th. Bergk, darauf von 1852 bis in die Mitte von 1858 allein besorgt, sodann wegen zu grosser Geschäftsüberhäufung aufgegeben hat; ausser an dieser hat er sich an der früheren Darmstädter Zeitschrift für die Alterthumswissenschaft, dem Rheinischen Museum für Philologie, dem Philologus, den Jahrbüchern für Philologie, der Neuen Jenaischen Literaturzeitung, dem Serapeum und der Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte als Mitarbeiter betheiligt. Von seinen dafür gelieferten Aufsätzen sind die folgenden hervorzuheben: Ueber das angebliche grössere Gedicht vom Landbau und die *μεγάλα ἔργα* des Hesiod (Ztschr. f. d. A. 1838). — Ueber die Einleitung in die Rhythmik des Psellus und ihr Verhältniss zu der Rhythmik des Aristoxenus, nebst der ersten Ausgabe jener Schrift (Rh. Mus. 1842). — Die Hesiodische Theogonie und ihre neuesten Beurtheiler (Z f. d. A. 1843). — Ueber den Prometheus des Aeschylus (Z. f. d. A. 1846). — Ueber einen Ausspruch Heraklits (Z. f. d. A. 1847). — Zu den lateinischen Metrikern (Rh. Mus. 1848). — Ueber das Naturgefühl bei den Griechen (Z. f. d. A. 1849). — Kritische und exegetische Beiträge zu Aeschylus, Quintilian, Horatius (Philologus 1858 u. 59). — Zur Stuttgarter Publication von H. Stadens Beschreibung seiner Reise nach Brasilien (Serapeum XX. 1859). — Litterarische Miscelle über Christophorus Basilius Beckerus (Ibb. f. Phl. 1859). — Rettung und Rüge (Jbb. f. Phil. 8662). — Zur griechischen Rhythmik (Jhb. f. Phil. 1863). — Ueber Wilh. Dilichs Leben und Schriften (Ztschr. d. V. f. hess. Gesch. N. F. VI. 1876). — Unter den von ihm verfassten Recensionen sind als tiefer eingehende und selbständige Erörterungen enthaltend die folgender Werke hervorzuheben: Ulrici's und Boden's Geschichten der Hellenischen Dichtkunst (Z. f. d. A. 1840 und 1842). — Feussner's Ausgabe der Rhythmik des Aristoxenus (Z. f. d. A. 1841). — Nitzsch's Anmerkungen zur Odyssee (Z. f. d. A. 1842). — Schöll's Leben des Sophokles (Jen. Litztg. 1843). — Freese's griechisch-römische Metrik (Jen. Ltztg. 1844). — Schömann's Bearbeitung des Prometheus des Aeschylus (Z. f. d. A. 1845. — G. Hermann's epitome doctrinae metricae, ed. II. (Z. f. d. A. 1845). — H. Müller's und Seeger's Uebersetzungen des Aristophanes (Z. f. d. A. 1847). — Ow, die Abstammung der Griechen (Z. f. d. A. 1851). — Babington's Ausgabe der Leichenrede des Hyperides (Z. f. d. A. 1857).

Bibliothekar ernannt, an der Universitäts-Bibliothek in einer ebenso dieses Institut, wie diejenigen, welche dasselbe benutzten, in jeder Beziehung fördernden Weise. Als Professor der Beredtsamkeit ist er in Rede und Schrift sehr oft der Wortführer der Universität gewesen. Dreimal wurde ihm die höchste academische Würde, viermal das Decanat seiner Facultät anvertraut, neun Jahre gehörte er der Universitäts-Deputation, ebenso lange der Beneficien-Inspection, sechszehn Jahre der Gratuiten-Commission an. Oft wählte ihn als den genauesten Kenner aller auf die Universität Bezug habenden Verhältnisse der Senat, dessen Sitzungen er seit seiner Ernennung zum Ordinarius ausnahmslos beigewohnt hat, bis ihn seine zum Tode führende Krankheit daran hinderte, in zu besonders wichtigen Vorberathungen eingesetzte Commissionen. In allen diesen Stellungen hat er unermüdlich, zum Theil noch auf seinem Krankenlager und bis zum letzten Lebenstage zum Nutzen unserer Universität und ihrer Mitglieder in niemals ermüdender Pflichttreue gewirkt. Die allgemeine wärmste Anerkennung ist dafür dem hochverdienten Mann gezollt worden. Se. Majestät der Kaiser und König haben ihm 1873 den rothen Adlerorden 4. Classe, 1883 die 3. Classe desselben Ordens mit der Schleife verliehen. Bereits als ausserordentlicher Professor wurde ihm im Jahre 1848 die Vertretung der Marburger Extraordinarien auf dem Universitäts-Congress in Jena anvertraut; auch war er im Frühjahr 1849 bei den Verhandlungen der von jenem niedergesetzten Commission in Heidelberg betheiligt. 1867 entsandte ihn die Universität als ihren Vertreter zum Jubiläum der Universität Halle-Wittenberg, 1872 zur Einweihung der Universität Strassburg, 1879 zur goldenen Hochzeit des Allerhöchsten Kaiserpaares, 1880 zur Einweihung des neuen Universitäts-Gebäudes zu Giessen. 1884 erkannte der Verein für hessische Geschichte und Landeskunde Caesar's bedeutende Verdienste um die Aufklärung der Geschichte unserer Universität und seiner hessischen Heimath, als deren echten Sohn er sich gern und mit Recht bezeichnete, wenn er auch mit warmem Patriotismus sich der politischen Neugestaltung unseres Vaterlandes angeschlossen hat, durch Ernennung zum Ehrenmitglied an. In der wärmsten und allseitigsten Weise offenbarte sich die aufrichtige Verehrung, die Caesar sich durch seine hohen Verdienste und seine vortrefflichen Character-Eigenschaften erworben hatte, als der academische Senat durch Ueberreichung einer Votivtafel, die Facultäten durch Beglückwünschungen von Seiten ihrer Decane, viele Amtsgenossen, deren einer, Herr Consistorialrath, Professor Dr. Ranke ein lateinisches Gedicht *) überreichte, viele Freunde, von denen einer, Herr Ober-Bibliothekar Dr. Hartwig zu Halle eine literarische Festgabe **) übersandte, sowie Schüler und weitere Kreise der Studirenden durch Adressen und Veranstaltung eines feierlichen Commerses darin wetteiferten, ihm bei der Feier des auf den 4. Februar 1886 fallenden siebenzigjährigen Geburtstages ihre Liebe, Anerkennung und Dankbarkeit zu bezeugen. Hierbei erschien uns der durch dieses Fest hochbeglückte Mann körperlich so rüstig, geistig so frisch,

---

*) De laude civis. Epistola jocosa seria qua Carolo Julio Caesar viro meritissimo collegae conjunctissimo natalem septuagesimum pridie nonas Februarias celebrandum ex animo gratulatus est Ernestus Ranke. Impr. Marburgi typis Fridericianis. MDCCCLXXXVI.

**) Die Uebersetzungsliteratur Unteritaliens in der normanisch-staufischen Epoche. Herrn Oberbibliothekar Professor Dr. phil. Julius Caesar zum siebenzigsten Geburtstage am 4. Februar 1886 gewidmet von Otto Hartwig. (Als Manuscript gedruckt). Leipzig Druck von Hallberg und Büchting.

dass wir hofften, uns seiner vielseitigen Wirksamkeit noch lange erfreuen zu dürfen. Aber bald nach jener Feier stellte sich ein schleichendes Lungenleiden ein, das ihn auf das Krankenlager warf und am 27. Juni d. J. sein Leben beendete, viel zu früh für die Hochschule und ihre Angehörigen, für seine zahlreichen Freunde, vor Allem aber für seine Gattin Caroline, geb. Bücking, die treue Genossin seines Lebens und seiner Arbeit, mit der ihn seit dem Jahr 1855 die glücklichste Ehe vereint hatte. Am 24. Juni haben wir ihn zur letzten Ruhestätte geleitet, an der nach der ergreifenden Grabrede des Herrn Pfarrer Scheffer der Unterzeichnete im Namen der Universität, sowie der dem Entschlafenen besonders nahe befreundet gewesene Herr Professor Dr. Leopold Schmidt im Namen der philosophischen Facultät versuchten, in warmen Worten zu schildern, was uns Cäsar gewesen war und den Empfindungen der tiefen Trauer über den schweren Verlust Ausdruck zu geben. (Cf. Marburger Tageblatt Nr. 147. — Leopold Schmidt, Prooemium zum Index lectionum für das Wintersemester 1886/87 und Necrolog Caesar's in der Allgemeinen Zeitung Nr. 183.) Noch über das Grab hinaus hat der Dahingeschiedene seine liebende Sorge für die Universität durch ein derselben hinterlassenes Vermächtniss von 6000 Mark bethätigt, aus deren Zinsen Beneficien an Studirende der klassischen Philologie vergeben werden sollen.

Aus dem Kreise der Studirenden verloren wir zu allgemeinem Bedauern durch den Tod den stud. philol. Ludwig Schafft aus Homberg.

Am 20. December 1885 starb der frühere Diener der Entbindungs-Anstalt Conrad Deuker, welcher bis zu seiner ein halbes Jahr vor seinem Tode erfolgten Pensionirung achtundvierzig Jahre hindurch seinen Dienst in treuester und musterhafter Weise versehen hat, wofür ihm auch im Jahre 1878 die Allerhöchste Anerkennung durch die Verleihung des Allgemeinen Ehrenzeichens zu Theil geworden war.

In Betreff weiterer Veränderungen im Kreise unseres Lehrkörpers ist Folgendes zu melden:

Einem glänzenden Ruf an die Universität Leipzig folgend ist zum Herbst des Jahres von uns geschieden: der ordentliche Professor der Theologie, Herr Dr. theol. et philos. Theodor Brieger.

Der frühere Privatdocent und erste Repetent der Stipendiaten-Anstalt, Licentiat der Theologie, Herr Dr. philos. C. H. Cornill, welcher bei Gelegenheit des 500jährigen Jubiläums der Universität Heidelberg von deren theologischer Facultät die theologische Doctorwürde honoris causa erhalten hat, ist, nachdem er bereits im ablaufenden Amtsjahr hier zum ausserordentlichen Professor der Theologie befördert worden war, zum Herbst d. J. in gleicher Eigenschaft an die Universität Königsberg versetzt.

Dagegen wurde auf den durch die Berufung des Herrn Professor Dr. Brieger erledigten Lehrstuhl für Kirchengeschichte berufen: Herr Carl Gustav Adolf Harnack, Doctor der Theologie und Philosophie, der, am 7. Mai 1851 zu Dorpat geboren, sich im Sommer 1874 zu Leipzig habilitirt hatte, daselbst am 2. Juni 1876 zum ausserordentlichen Professor ernannt worden war und seit Ostern 1879 in Giessen als ordentlicher Professor gewirkt hat.

Zum ordentlichen Professor der classischen Philologie und alsbald auch zum Mitdirector des philologischen Seminars wurde ernannt: Herr Theodor Ulrich Birt, Doctor der Philosophie, geboren den 22. März 1852 zu Wandsbeck bei Hamburg, der bereits

seit Ostern 1878 als Privatdocent, dann als Leiter des philologischen Proseminars und seit Ostern 1882 als ausserordentlicher Professor unserer Universität angehört hat.

Neu berufen ist als ausserordentlichnr Professor der classischen Philologie und zugleich mit der Leitung des philologischen Proseminars beauftragt: Herr Georg Otto August Wissowa, Doctor der Philosophie, der, am 17. Juni 1859 zu Breslau geboren, nach Vollendung seiner Studien an den Universitäten seiner Vaterstadt und zu München sich an der ersteren im Juli 1882 habilitirt hat und dort nach einer einjährigen wissenschaftlichen Reise nach Italien seit dem Wintersemester 1883/84 als Privatdocent thätig gewesen ist.

Fünf Privatdocenten haben sich seit vergangenem Herbst habilitirt und zwar in der theologischen Facultät: der Repetent an der Stipendiaten-Anstalt, Licentiat der Theologie, Herr Adolf Link, geboren zu Coblenz den 20. April 1860, für das Fach der neutestamentlichen Exegese; in der medicinischen Facultät: Herr Doctor der Medicin Carl Roser, geboren zu Marburg den 30. December 1856, für Chirurgie; in der philosophischen Facultät: Herr Doctor der Philosophie Wilhelm Roser, geboren den 30. Januar 1858 zu Marburg, für Chemie; Herr Doctor der Philosophie Alfred Feist, geboren den 18. Februar 1861 zu Leipzig, für romanische Philologie; Herr Doctor der Philolosophie, Georg von Below, geboren den 19. Januar 1858 zu Königsberg i. Pr., für Geschichte.

Zum Lector für die hebräische Sprache wurde ernannt: Herr Professor, Oberlehrer a. D. Doctor der Philosophie Julius Ley, geboren den 19. März 1822 zu Posen. An Stelle des ausscheidenden Candidaten der Philologie, Herrn Adolf Giesse ist zwar Jemand als Lector für die französische Sprache in Vorschlag gebracht, bis jetzt aber nicht ernannt.

Für den von dem Amte eines Universitäts-Richters auf seinen Wunsch enthobenen Staatsanwalt a. D. Brauns wurde der ordentliche Professor der Rechte, Herr Doctor Ubbelohde, welchem im ablaufenden Amtsjahr der Character als Geheimer Justizrath verliehen worden ist, die gedachte Stellung im Nebenamt übertragen.

Den ordentlichen Professoren Herren Consistorialrath Dr. Heinrici und Enneccerus wurde der Rothe Adler-Orden 4. Klasse und dem ordentlichen Professor Herrn Dr. Stegmann der Rothe Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife und der Zahl 50, sowie von Sr. Majestät dem Kaiser von Russland dem ordentlichen Professor Herrn Dr. von Liszt der St. Stanislausorden II. Klasse verliehen. Der Universitäts-Pedell Kraatz erhielt das Allgemeine Ehrenzeichen.

Die Frequenz der Universität war auch in dem abgelaufenen Jahre eine recht erfreuliche zu nennen, indem sich die Zahl der neu Immatriculirten im Winter-Semester 1885/86 auf 228 und im Sommer-Semester 1886 auf 344 Studirnnde belief. Die Gesammtzahl der Studirenden betrug nach der endgültigen Feststellung im Winter-Semester 1885/86 797 und im Sommer-Semester 1886 921, wozu im ersteren 20 und im letzteren 30 nichtimmatriculirte Zuhörer von Vorlesungen kamen.

Ausser den bereits erwähnten Ehrenpromotionen haben je eine Promotion in der theologischen und in der juristischen Facultät, 22 Promotionen in der medicinischen und 37 in der philosophischen Facultät stattgefunden.

Nachdem, wie im vorjährigen Jahresbericht erwähnt ist, die „Stiftung der Gräfin Bose, geb. Gräfin von Reichenbach-Lessonitz“, deren Ergebnisse „zur Sicherung medicinischer Studien, insbesondere auch zu Reisestudien im In- und Auslande zu verwenden

sind", ins Leben getreten ist, soll hier zum ersten Mal der Bestimmung der Statuten gemäss veröffentlicht werden, welche Beneficien aus den Erträgnissen der Stiftung in den letzten drei Semestern verliehen worden sind. Es haben Stipendien erhalten: dreiundzwanzig Studirende der Medicin, zum Theil wiederholt, Unterstützungen für Reisen zur weiteren wissenschaftichen Ausbildung: zwei approbirte Aerzte, für Reisen zu bestimmten wissenschaftlichen Zwecken: ein Assistenzarzt und ein Privatdocent, und Unterstützungen zu wissenschaftlichen Arbeiten: ein Professor, ein Privatdocent und ein Candidat der Medicin. Ferner wurden die Interessen des neuerrichteten hygienischen Institutes durch verschiedene finanzielle Zuwendungen wesentlich gefördert und für das pathalogische Institut, dessen Neubau, wie oben bemerkt ist, inzwischen begonnen hat, ein bei weitem geeigneterer, als der ursprünglich dafür in Aussicht genommene, der Universität bereits gehörige Bauplatz mit Mitteln erworben, die theils den Erträgnissen der Bose-Stiftung, theils dem Universitätsvermögen entnommen worden sind, letztere mit der Bestimmung, dass sie binnen zehn Jahren aus den Erträgnissen der genannten Stiftung zurückgezahlt werden.

Die Universität hat sich ausser der vorerwähnten Stiftung des verstorbenen Professor Dr. Caesar einer von dem Herrn Professor Dr. Bauer für das seiner Direction unterstellte mineralogische Institut erfolgten sehr werthvollen Schenkung von Mineralien, Präparaten, Geräthen und Apparaten, sowie Büchern und Schriften zu erfreuen gehabt. Für beide Zuwendungen, für welche hier der wärmste Dank ausgesprochen wird, ist die landesherrliche Genehmigung erbeten worden.

Am 17. October werde ich das Rectoramt meinem vom academischen Senat gewählten und von Sr. Excellenz dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten bestätigten Nachfolger

Herrn Franz von Liszt

Doctor und ordentlichem Professor der Rechte

übergeben. Zur Theilnahme an dieser im Saalbau stattfindenden Feierlichkeit werden die Lehrer, Beamten und Studirenden der Universität, sowie deren Gönner und Freunde hierdurch ergebenst eingeladen.

Marburg, den 15. October 1886.

Mannkopff.

